

Heike Möller (Hrsg.)

Brandenburg im Kaleidoskop der Agenda 2030

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

Inhalt

- 3 Vorwort**
Heike Möller
- 5 Schwierige Zeiten**
Uwe Prüfer
- 6 Für einen gerechten Frieden in Nahost!**
Uwe Prüfer
- 7 Global Governance auf städtischer Ebene in Zeiten radikaler Ungewissheit**
Achim Wennmann
- 12 Herausforderungen für die Nachhaltigkeit in Zeiten multipler Krisen**
Ira Matuschke und Ortwin Renn
- 14 Veranstaltungskaleidoskop**
» Viel Dampf für den Klimaschutz! | Uwe Prüfer
» Wie? Schon Halbzeit für die Agenda 2030? | Uwe Prüfer
» Teilhabe ALLER Menschen – nur eine schöne Vision? | Heike Möller
» Die 8. Baruther Schlossgespräche 2023 | Heike Möller
» Nachhaltige Kommunen in Brandenburg | Marion Piek
» 13. Runder Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung | Heike Möller
- 19 Aus der Arbeit des 13. Round Table Entwicklungspolitik**
Heike Möller
- 30 Das Promotor:innenprogramm Brandenburg 2022 – 2024**
Uwe Prüfer
- 32 Entwicklungspolitisches Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen**
Jahsa Rebecca Wiles
- 34 Essen – Genießen – Nachdenken**
Simone Holzwarth
- 36 Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im ländlichen Brandenburg**
Andreas Teuchert und Fatuma Musa Afrah
- 38 Ein Einblick in die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit**
Adina Hammoud
- 39 Süd-Nord-Schulpartnerschaft in Zeiten der Klimakrise**
Uwe Berger
- 41 20 Jahre BREBIT**
Birgit Mitawi
- 43 Servicestelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung**
Anja Zubrod
- 45 Globale Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten**
Meike Pfeil
- 48 Kleine Schritte auf der langen Bank: Die Agenda 2030 in den Kommunen**
Lena Bunselmeyer
- 50 Nachhaltige Kommunen in Brandenburg: Wie weiter?**
Marion Piek
- 51 Das VENROB-Projekt „Regional aktiv – global gedacht“**
Nora Lust
- 53 Grüner Wasserstoff aus Namibia**
Heiner Naumann
- 58 Impressum**

Vorwort

Unruhige Zeiten. Während Russland mit der gewalttätigen Vereinnahmung der Ukraine versucht, sein Abgleiten in den Status einer Regionalmacht zu verhindern – der verbale Stachel von Obama sitzt noch tief in Putins Selbstwertgefühl – ist Israels oberster Kriegsherr Benjamin Netanjahu eifrig bemüht, die Folgen seiner miserablen Politik, die letztlich erst die Gewaltexzesse der Hamas gegenüber israelischen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht hatte, mit zerstörerischer Vehemenz zu kaschieren, um sich so lang wie möglich noch an der Macht zu halten. Diese Politiken der Landnahme und Vergeltung hinterlassen nichts als Tod, physische und psychische Wunden bei allen Beteiligten sowie immense materielle Verluste. Und die Spirale der Gewalt kommt nicht zur Ruhe. Wie hatte schon Thomas Hobbes, der englische Philosoph und Staatstheoretiker in seinem Leviathan Mitte des 17. Jahrhunderts geschrieben: „Einem Menschen mehr Schaden zugefügt zu haben, als man wiedergutmachen kann (...), veranlasst den Täter, den Geschädigten zu hassen.“

Offener Hass und verdecktes Fremdeln schlägt auch hierzulande wieder in verstörender Zahl jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern entgegen, allen Aufarbeitungsargumenten zum Trotz. Der Völkermordforscher Gunnar Heinsohn schreibt dazu 2003: „Fast das gesamte (deutsche, Anm. die Verfasserin) Volk ist vom Symptom der verfolgten Unschuld befallen. Selbst liebenswerte Zeitgenossen und Friedenskämpfer fahnden auf



Heike Möller

seit 2010 Herausgeberin
des Heftes „Forum
Entwicklungspolitik
Brandenburg“

einmal wie besessen nach israelischen Missetaten, weil sie hoffen, dadurch irgendwie und vor allem endgültig vom Hitlerfluch loszukommen.“ Seine Schlussfolgerung daraus ist, dass „die gekränkte Unschuld (...) eine gefährliche, unberechenbare und rachsüchtige Spezies“ sei, durchschaut man aber ihren Mechanismus, könne selbst aus dem fanatischsten Antizionisten wieder ein nüchterner und fairer Betrachter der Lage Israels werden, „der das Heil der Menschheit nicht mehr zwanghaft an die Lösung der Judenfrage in Nahost bindet“.

Mit vielen guten Argumenten versuchen Streetworker:innen, Ehrenamtliche u.a. Mitglieder der Zivilgesellschaft, und viele weitere Institutionen sowie die Politik auf den aufgebrauchten – meist jugendlichen und durch Social Media aufgestachelten – Mob auf den Straßen europäischer Großstädte einzuwirken. Oft vergeblich, denn um diesen Aktionismus

zu durchbrechen, bedarf es nicht nur guter Argumente, sondern auch Taten. Damit ist nicht die Vergabe von materiellen Wohltaten in Form von Bürgergeld gemeint, um selbige ruhigzustellen, sondern die Vermittlung von Information über die Mechanismen der Geldschaffung. Das bedeutet aktive Teilhabe am wirtschaftlichen Leben durch legale Teilnahme an Arbeitsprozessen, Schaffung von persönlichem Wohlstand und der Möglichkeit, das Gastland nach Erreichen dieser Ziele, wenn gewünscht, auch wieder Richtung Heimat zu verlassen.

Der Blick über den Tellertrand ist in der hiesigen Fläche nicht selbstverständlich und deshalb freue ich mich über den Gastbeitrag von dem umtriebigen, polyglotten **Achim Wennmann**, Direktor für Strategische Partnerschaften am Institut de Hautes Études Internationales et du Développement im beschaulich schönen Schweizer Genf. Er forscht seit Jahren darüber, wie globale, urbane Zentren mit den Notwendigkeiten des radikalen Wandels, hervorgerufen durch multiple Krisen wie Pandemien, Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Umweltzerstörung, Klimawandel und noch einigen mehr umgehen.

Dass Nachhaltigkeit kein Selbstläufer ist und zum Teil auch vergeblich, hat der Sozialpsychologe Harald Welzer auf den Punkt gebracht: „Wenn wir heute von Nachhaltigkeit sprechen und vor allem wenn etwa Unternehmen versuchen, ‚nachhaltiger‘ zu produzieren, findet das unter Bedingungen systematisch entwickelter ►►

►► Nichtnachhaltigkeit statt.“ Vielleicht ist diese Erkenntnis partiell auch in der Brandenburger Politik vorhanden, weshalb es so lange gedauert hat, bis die passenden Worte Eingang in die neformulierte Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung gefunden haben. **Ira Matuschke** und **Ortwin Renn** vom RIFS Potsdam, dem ehemaligen IASS, berichten darüber.

Als neue Rubrik in dieser Ausgabe ist unser „Kaleidoskop zu Veranstaltungen rund um die Agenda 2030“ zu verstehen. Neben der Zusammenfassung des Fachtags vom 16. November 2023 „Nachhaltige Kommunen in Brandenburg von **Marion Piek**, Brandenburg 21 e.V., beschäftigt sich das Herausgeberduo in Beiträgen unterschiedlicher Längen mit einigen nennenswerten Veranstaltungen – neben der eigenen –, auf die wir als Kernstück dieses Heftes kommen, d.h. dem Bericht aus der Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg.

Darin zu lesen ist von **Alfred Roos**, Leiter der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg, ein statistischer Überblick zu Rechtsextremismus und Rassismus in Brandenburg. Neben dem Monitoring der Entwicklungspolitischen Leitlinien gab es wie immer gute Gespräche, Diskussionen und Vernetzungsmöglichkeiten in der überschaubaren Runde, flankiert von einer Ausstellung des African Medien Zentrums e.V. mit dem Titel „Migration und Wir“.

In seiner Halbzeitbilanz zum Promotor:innen-Programm Brandenburg 2022 – 2024, das seine Anfänge 2015 zeitlich verortet, weist **Uwe Prüfer** darauf hin, wie sich dessen Ansatz „vom Projekt zur Struktur“ in der Verstetigung von positiven Veränderungen im Lernfeld, der Selbstwirksamkeitswahrnehmung von Multiplikator:innen

und dem ganz konkreten Aufbau von Begegnungsorten darstellen lässt.

Wie man sich das im Einzelnen vorzustellen hat, berichten die Promotorin für entwicklungspolitisches Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen **Jahsa Rebecca Wiles**; die Eine Welt-Promotorin zur Stärkung entwicklungspolitischer Themen in Nachhaltigkeitsprozessen Brandenburgs, **Simone Holzwarth**; das Promotor:innen-Tandem, das entwicklungspolitische Bildungsarbeit mit Frauen mit migrantischer Erfahrung im ländlichen Brandenburg leistet, **Fatuma Musa Afrah** von United Action Women and Girls e.V. und **Andreas Teuchert** von Halle 36 e.V. sowie die Fachpromotorin für Partnerschaften und internationale Kooperationen bei der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG) **Adina Hammoud**.

Schulpartnerschaften mit dem Globalen Süden, das hört sich nach exotischen Reisezielen für Schülerinnen und Schüler sowie begleitendes Lehrpersonal und Eltern an. Aber wie lässt sich eine Partnerschaft pflegen bei ungleichen Voraussetzungen wie der Visumvergabe, der finanziellen Möglichkeiten u.a.m.? Und wie vertretbar sind Langstreckenflüge heutzutage? Diese und weitere Fragen stellt **Uwe Berger** von Carpus e.V. in seinem Artikel „Süd-Nord-Schulpartnerschaften im Zeichen der Klimakrise“.

Grund zum Feiern liefert **Birgit Mitawi** in ihrem Beitrag zu „20 Jahre BREBIT, Entwicklungspolitische Bildungs- und Informationstage – eine Geschichte von Mitgestaltung, Vernetzung, Lernprozessen und Veränderungen“. Noch längst keine 20 Jahre alt ist die Servicestelle BNE, finanziert vom MLUK und in erster Linie für außerschulische

Bildungsangebote für Nachhaltige Entwicklung zuständig, weiß **Anja Zubrod** zu berichten.

Einen Überblick über die von der SKEW geförderten zwölf brandenburgischen Kommunen, die sich zwischen 2021 und 2023 im Rahmen des Projekts „Global Nachhaltige Kommune Brandenburg“ auf den Weg gemacht haben, die Prinzipien und Ziele der Agenda 2030 langfristig und strategisch in das kommunale Verwaltungshandeln zu integrieren, liefert **Meike Pfeil** von Engagement Global. Im Rahmen ihrer Masterarbeit fuhr **Lena Bunselmeyer** in eine brandenburgische Kommune, um zu untersuchen, wie Kommunen die Agenda 2030 jenseits von Handlungsleitfäden und Best-Practice tatsächlich angehen. **Marion Piek** von der Koordinierungsstelle Brandenburg 21 e.V. gibt einen Rück- und Ausblick auf die Arbeit der „AG Nachhaltige Kommune“, die gezielt Austauschformate zur Unterstützung der Kommunen in Nachhaltigkeitsprozessen anbietet. In der Durchführung des VENROB-Projektes „Regional aktiv – global gedacht“ stieß **Nora Lust**, Projektleiterin VENROB e.V. auf „Windmühlen und Schutzwälle“ und berichtet darüber.

Zum Abschluss noch ein interessanter Beitrag von **Heiner Naumann**, ehemals Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Namibia, der sich am Beispiel ‚Grüner Wasserstoff aus Namibia‘ die Frage stellt, inwieweit privat finanzierte Großprojekte eine positive entwicklungspolitische Wirkung entfalten können.

Schönheit liegt im Auge des Betrachters. Das Titelbild hat übrigens die KI verzapft.

Potsdam, im Dezember 2023

Schwierige Zeiten

Wie macht man es nur, für eine feine, kleine entwicklungspolitische Publikationsreihe angesichts der aktuellen Kriegsgeschehen dennoch ein zu unseren zentralen Themen- und Aufgabenbereichen passendes und der Situation angemessenes Vorwort zu schreiben? Wie schon im Vorjahr müssen wir brutalen Terror und Ermordungen von Zivilisten, massive Zerstörung von Infrastruktur aller Art und damit elementarer Lebensvoraussetzungen erleben. Dies leistet der Zunahme erbitterten gegenseitigen Hasses auch bei der nächsten Generation Vorschub. Ein sich beschleunigender Prozess, in dem Gewalt Recht ersetzt, steht allem entgegen was Entwicklung möglich macht.

Einige Grundgedanken, die sich vor allem aus Diskussionen des Sprecher:innenrates von VENROB speisen beim Versuch, der komplexen Situation in Nahost halbwegs gerecht zu werden, finden Sie auf der folgenden Seite.

Nun zum entwicklungspolitischen Geschehen in Brandenburg.

Leserinnen und Leser werden jetzt unter Umständen einen Beitrag zur Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien (EpolL) der Landesregierung vermissen. Da die Fortschreibung noch nicht vorliegt und ihr Entwurf nicht allgemein öffentlich bekannt ist, wäre ein Kommentar dazu m.E. nicht sinnvoll. VENROB war Anfang Juli seitens des Ministeriums der Finanzen und für Europa über den Stand der Fortschreibung der Leitlinien informiert worden, verbunden mit der Möglichkeit zur Stellungnahme. Am 14. August hat das Landesnetzwerk eine



Uwe Prüfer

2. Sprecher VENROB e.V.

solche auf der Basis zahlreicher Zuarbeiten von NRO abgegeben. Diese Konsultation entspricht der dazu getroffenen Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag der drei Brandenburger Regierungsparteien. Sie steht zudem im Einklang mit dem Grundverständnis der Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung aus dem Jahr 2012. Mit dem Einbringen von Perspektiven und spezifischen Kompetenzen der engagierten Zivilgesellschaft geht VENROB davon aus, für die Fortschreibung der EpolL durch die Landesregierung einen konstruktiv-kritischen Beitrag geleistet zu haben. Die neuen Leitlinien werden also mit Spannung erwartet, wie auch die fortgeschriebene Landesnachhaltigkeitsstrategie und der ausstehende Klimaplan.

Nicht nur in Brandenburg verstärkt sich v.a. in der diesbezüglich organisierten Zivilgesellschaft ein Trend, Entwicklungspolitik auch in ihren Inland-Komponenten thematisch immer breiter und damit mit neuen Ansätzen und Aktivitäten zu fassen. Zwei

besondere Verknüpfungen sind zu verzeichnen, die Nachhaltigkeitsthemen und ein besseres Verständnis von Migration und Flucht auch als entwicklungspolitische Themen begreifen. Beides waren und sind strategische Ansätze für das Wirken des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg seit 2010. Dessen 13. Treffen am 13. Oktober hat dies eindrucksvoll bekräftigt. Es bedarf allerdings auch der realistische Einschätzung, dass aus den Beiträgen, Impulsen und Forderungen des RTEP nicht unmittelbar Landespolitik erwächst. Umso wichtiger ist die Alltagsarbeit der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Aktiven in diesen Bereichen. Manchmal kann sie mit Tagungen oder Projekten – einige werden in diesem Heft vorgestellt – Erfolge erzielen und zumindest etwas öffentliche Aufmerksamkeit erlangen. Bezüglich landespolitischer Wertschätzung und kontinuierlicher finanzieller Absicherung bleiben viele Wünsche offen. Nicht nur das: absehbar werden dafür die Zeiten rauer. Was von den wieder auf das Niveau von 2022 leicht erhöhten Mitteln für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Einzelplan 2023 des BMZ für 2024 nach Brandenburg gelangt und was der Landeshaushalt 2025 dafür hergeben wird, bleibt abzuwarten.

Abwarten? Nicht ganz! Das Wahljahr 2024 wird ein unglaublich spannendes und diejenigen Teile der Zivilgesellschaft, die sich für ein demokratisches, weltoffenes und antirassistisches Brandenburg einsetzen, sind gut beraten, dies mit bewährten und auch mit neuen Bündnissen in vielfältiger und kreativer Weise zu tun.

Für einen gerechten Frieden in Nahost!

FRIEDEN ist eines der Versprechen, dass die Regierungen dieser Welt 2015 gleichzeitig mit der Verabschiedung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen gemacht haben. Auch für die aktuell wieder einmal brennende Nahost-Region. Deshalb geht es darum, auf allen Seiten jene politischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte zu stärken und zu unterstützen, die sich trotz aller Unwägbarkeiten für eine dauerhafte Friedenslösung einsetzen.

Der hasserfüllte Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und die Geiselnahmen sind Verbrechen und zu verurteilen! Interpretation dieses Terrors gegen den Staat Israel und gegen das jüdische Volk kann ich absolut nicht als Teil eines legitimen palästinensischen Freiheitskampfes sehen. Hamas und ihre islamistischen Verbündeten müssen den Beschuss Israels sofort einstellen, alle Geiseln bedingungslos freilassen und keine weiteren Angriffe auf Israel mehr unternehmen.

So wie das Kriegsvölkerrecht – eine ohnehin schwierige Frage – Gegenschläge zur Verteidigung legitimiert, setzen Humanismus und Recht diesem jedoch auch Grenzen. Die Zivilbevölkerung in Gaza ist als Opfer der Hamas-Politik und durch die Militärschläge Israels massivem Leiden ausgesetzt. Es muss alles darangesetzt werden, sie davor bestmöglich zu schützen, auch mit internationaler Diplomatie

und Hilfe. Waffenruhe und Hilfslieferungen sind auch dann geboten, wenn die Gefahr besteht, dass Terroristen sie für sich nutzen. Die zwischenzeitlichen Waffenstillstände und der Austausch von israelischen Geiseln und palästinensischen Inhaftierten lassen sehr vorsichtigen Optimismus bei mir aufkommen.

Von allen Seiten müssen neben und nach den militärischen Auseinandersetzungen ernsthafte Anstrengungen gemacht werden, Hindernisse für den Frieden zu beseitigen und dafür Verhandlungen aufzunehmen. Von einem gerechten Frieden wird abhängen, ob in Nahost allen Bevölkerungsgruppen in ihrer Heimat ein Leben in Recht und Freiheit ermöglicht werden kann. Auch Vertreibungen, Enteignungen, illegale Siedlungen und alltägliche Schikanen in den besetzten Gebieten verhindern Schritte zu einem solchen Frieden. Genauso hinderlich ist die Weigerung der palästinensischen Autonomiebehörde,

demokratische Wahlen abzuhalten, Korruption zu unterbinden und Terrorist:innen zu bekämpfen.

Es gibt Sorge, dass der Konflikt auch auf unseren Straßen zunehmend gewaltsam ausgetragen wird. VENROB wird sich auch zukünftig dafür einsetzen, dass sich hierzulande alle Menschen mit Anstand und Respekt begegnen. Gewalt und Rassismus, Antisemitismus und Israel-feindlichkeit und Antiislamismus, Intoleranz und Fundamentalismus sollen keinen Platz in unserer freiheitlich-demokratischen, pluralistischen Gesellschaft haben. Menschenrechte sind unteilbar.

Es bedarf auch von uns für all dies Lernfähigkeit, Toleranz und große Beharrlichkeit.

Dieser Beitrag wird aus den Diskussionen des Sprecher:innenrates von VENROB e.V. gespeist, jedoch ausschließlich durch den Autor verantwortet.

Global Governance auf städtischer Ebene in Zeiten radikaler Ungewissheit

In einer Ära radikaler Ungewissheit, in der multiple Risikofaktoren zusammentreffen und zu akuten, wiederkehrenden Krisen und systemischen Zusammenbrüchen führen, gewinnen Städte zunehmend an Bedeutung. Dieser Beitrag beleuchtet die Relevanz von Mechanismen zur Problemlösung in städtischen Kontexten, die dazu beitragen können, die Auswirkungen eines Versagens des Governance-Systems zu begrenzen. Städte können durch den gezielten Einsatz von Instrumenten wie der Problemgesteuerten Iterativen Anpassung (PDIA, Problem-Driven Iterative Adaptation), kollektivem Handeln oder Plattformen Problemlösungen beschleunigen und gleichzeitig politische Systeme gestalten, die dem Schutz vor zukünftigen Risiken dienen.

Dieser Gastbeitrag wurde uns freundlicherweise von der *Stiftung für Frieden und Entwicklung* zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

Einführung

In vielen internationalen Konferenzen der letzten Jahre wurde in Redebeiträgen betont, dass wir in einer Ära radikaler Ungewissheit leben. Die Einflussfaktoren, die diese Ära prägen, sind vielseitig, darunter Pandemien und neue Krankheiten, Bevölkerungswachstum, Flucht und Vertreibung, Urbanisierung, Klimawandel, Umweltzerstörung, geopolitische Verschiebungen, technologische Innovationen, zunehmende Ungleichheiten und Ausgrenzung. Wenn diese Faktoren zusammentreffen, werden Krisen zur Norm, die immer häufiger, weitreichender und intensiver auftreten und eine Bedrohung für die Governance-Kapazitäten auf allen Ebenen darstellen. Das Zeitalter gilt als „radikal“, weil sich der Wandel rasant und auf breiter Ebene vollzieht und als „ungewiss“, weil die vorhandenen Instrumente und Bezugsrahmen zur Steuerung dieses Wandels entweder unzureichend oder nicht vorhanden sind. Diese Gesamtsituation verdeutlicht die Relevanz von Kompetenzen, um Problemlagen zu bewältigen und Systeme anzupassen, insbesondere dort, wo der größte Teil der Menschheit heute lebt – in den Städten.



Dr. Achim Wennmann

Direktor für Strategische Partnerschaften am Graduate Institute of International and Development Studies, wo er auch als Dozent und leitender Forscher tätig ist.

Global Governance im strategischen Kontext

Wissenschaftliche Fortschritte der letzten zwei Jahrzehnte haben eine solide wissenschaftliche Grundlage für die heutige und künftige Welt geschaffen, die wiederum dem vorausschauenden Handeln dient. Ergebnisse aus der Forschung unterstreichen, dass die bestehenden Regelungen der Global Governance, einschließlich des

Systems der Vereinten Nationen, nur eines von vielen Instrumenten sein können, um weltweit Frieden und Sicherheit zu gewährleisten. Diese Erkenntnisse beruhen auf Daten des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), Prognosen zur Weltbevölkerung und Szenarien zu Auswirkungen des Quantencomputings auf Gesellschaft und Wirtschaft. Eine strategische Perspektive auf Global Governance zeigt eine Welt auf, die deutlich weniger staatlich zentriert ist. Die Macht globaler Unternehmen in den Bereichen Technologie, Rohstoffgewinnung, Energie oder Landwirtschaft sowie die Ausweitung sozialer Bewegungen veranschaulichen, dass sich Macht und Einfluss jenseits staatlicher Strukturen ausbreiten. Dies regt darüber hinaus zu Überlegungen über zusätzliche Ebenen kollektiver Sicherheit und Zusammenarbeit an, welche sich als erforderliche Ergänzungen zum UN-System abzeichnen.

Im vorliegenden Spotlight wird erörtert, wie Lösungsprozesse für Problemlagen durch die Fokussierung auf Städte zu einem eigenständigen multilateralen Mechanismus ausgebaut werden können, um die Folgen eines möglichen ►►

►► Versagens des Governance-Systems abzufedern. Angesichts der Bemühungen, den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Rückgang globaler Gemeingüter zu begegnen, liegt der Schwerpunkt auf Problemlösungen. Denn hier besteht ein Bedarf an kurz- und mittelfristigen Problemlösungsressourcen, und zwar in einer Größenordnung, die derzeitige Ansätze nicht leisten können.

Städte in einer multiplexen Welt

Das bestehende internationale System basiert auf der Geschichte von Nationalstaaten, die sich auf verbindliche Beziehungen geeinigt haben, in denen Kriegsführung und Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer globaler Herausforderungen geregelt sind. Wenngleich der Westfälische Frieden von 1648 die Grundlage für die heutige staatlich zentrierte Ordnung bildete, ist die Geschichte von Konzernen, sozialen Bewegungen und Städten ein Beleg dafür, dass Staaten nie allein die „internationalen“ Beziehungen bestimmt haben. Amitav Archarya bezeichnet die sich derzeit herausbildende Ordnung als „multiplexe Welt“ und bezieht sich dabei auf eine Ära der Global Governance, die durch eine stetig zunehmende Fragmentierung und Machtaufteilung zwischen Staat, Privatsektor und gesellschaftlichen Akteur:innen gekennzeichnet ist. Eine multiplexe Welt ist wie ein Multiplex-Kino, das „seinem Publikum eine Auswahl an verschiedenen Filmen, Schauspielern, Regisseuren und Handlungen unter einem Dach bietet“ (Archarya 2017). Diese neue Weltordnung stellt hierarchische,

mandatsgebundene Institutionen in Frage und betont die strategische Bedeutung von politischer Netzwerkarbeit.

Städte sind ein integraler Bestandteil dieser multiplexen Welt. Untersuchungen zufolge gibt es derzeit mehr als 300 Städtenetzwerke, deren Partnerschaften immer deutlicher zeigen, wie Städte ihren Einfluss in einer zunehmend urbanen Welt ausüben (Acuto & Leffel 2021). Städte sind wichtig, weil sie in erster Linie der Lebensraum vieler Menschen sind. Heute leben bereits mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten, und dieser Anteil wird bis 2050 auf 68 Prozent an-

Eine multiplexe Welt ist wie ein Multiplex-Kino, das „seinem Publikum eine Auswahl an verschiedenen Filmen, Schauspielern, Regisseuren und Handlungen unter einem Dach bietet“.

Archarya 2017

steigen (Vereinte Nationen 2018). Jegliche politischen Maßnahmen, Programme und Initiativen, die den Anspruch erheben, „den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen“, dürfen daher Städte nicht aus dem Blick verlieren. Auch politisch gesehen sind Städte von großer Bedeutung, sowohl als Quelle von Identität und wirtschaftlicher Aktivität als auch als Zentren für Innovationen. Die Tatsache, dass unsere Welt immer urbaner wird, hat zur Folge, dass sich Menschen nicht nur mit dem Staat oder der Nation, sondern auch oder ganz allein mit ihrer Stadt identifizieren. Städte beeinflussen folglich

die soziale Zugehörigkeit der Menschen und die politische Richtung, die sie verfolgen, mit der sie konfrontiert sind oder die ihnen wichtig ist. Daher stellen Städte oft ein eigenständiges politisches Universum dar, mit spezifischen Governance-Methoden und politischen Schwerpunkten, die festlegen, welche politischen Maßnahmen von wem und für wen umgesetzt werden.

Wenn wir Städte als eigenständige politische Einheiten erkennen, dann können wir eine Vorstellung der möglichen Größenordnung eines tragfähigen stadtzentrierten Multilateralismus gewinnen. Die Vereinten Nationen gehen da-

von aus, dass es bis 2030 43 Megastädte mit einer Bevölkerungszahl von mehr als 10 Millionen, 66 Städte mit 5 bis 10 Millionen, 597 Städte mit 1 bis 5 Millionen, 710 Städte mit 500.000 bis 1 Million und 827 Städte mit 300.000 bis 500.000 Einwohner:innen geben wird (Vereinte Nationen 2019). Angenommen, diese globale Landschaft stellt eine Ansammlung eigenständiger politischer Räume dar, ergibt sich eine Gesamtzahl

von 2.243 „städtischen“ politischen Einheiten. Diese Summe relativiert die Anzahl der „staatlichen“ Einheiten, welche die UN-Mitgliedsstaaten mit lediglich 193 bilden, erheblich. Wenn die Kontrolle über Bevölkerung und Territorium als Schlüsselmerkmal politischer Autorität und Macht betrachtet wird, stellt sich ferner die Frage, warum 71 UN-Mitgliedsstaaten mit weniger als 5 Millionen Einwohner:innen mehr Einfluss auf Global Governance haben sollten als 109 Städte mit mehr als 5 Millionen Einwohner:innen. Die Prognose, dass Mumbai im Jahr 2050 42 Millionen Einwohner:innen haben

wird, Kinshasa 35 Millionen und Karachi 32 Millionen (Hoornweg & Pope 2016), verdeutlicht die Problematik der Repräsentation im Bereich Global Governance. Dies wirft zudem die Frage auf, wessen Stimmen bei der Festlegung von Handlungsprioritäten und der damit verbundenen Verteilung von Ressourcen Gehör finden.

Die Komplexität von Städten wird durch ihre Heterogenität weiter verstärkt, was sich oft in einem sogenannten „städtischen Dilemma“ niederschlägt. Dieses Phänomen beschreibt die Situation, in der Städte „einerseits Triebkraft für einzigartige Entwicklungen sind und andererseits ein Unsicherheitsrisiko für städtische Arme darstellen“ (Muggah 2012). Es ist der Zustand der räumlichen Nähe zu einer Person oder Sache, der als charakteristisches Merkmal die Realität und Komplexität vieler rasant wachsender Städte bestimmt. Die Anhäufung von Menschen, die auf teilweise extrem beengtem Raum leben, bietet im städtischen Kontext einzigartige Chancen für das Streben nach finanziellen Gewinnen und die Verteilung von Ressourcen. Analog zum Staat manifestiert sich dieses Dilemma in der Stadt in einer fragmentierten Landschaft von Autoritätsstrukturen, in der offizielle Autoritätsstellen neben verschiedenen De-facto-Machthabern in einer Situation „fragmentierter Souveränität“ regieren. Dieses Konzept erfasst die Realität vieler Städte (und Staaten), in denen die Autorität über Bevölkerung, Territorium oder Märkte aufgeteilt ist, ein Phänomen, das auch als „hybride politische Ordnung“ oder „begrenzte Staatlichkeit“ bezeichnet wird.

Instrumente des stadtzentrierten Multilateralismus

Vor dem Hintergrund der oben aufgeführten charakteristischen Merkmale von Städten muss ein stadtzentrierter Multilateralismus in der Lage sein, Probleme in einem Umfeld zu lösen, das von extremer Heterogenität und fragmentierten Autoritätsstrukturen gekennzeichnet ist. Diese Situation erfordert Kompetenzen und Kapazitäten, um alle relevanten Akteur:innen einzubeziehen. Dazu gehören sowohl die offiziellen städtischen Autoritätsorgane als auch die zahlreichen De-facto-Autoritäten, die für die Lösung von Problemen in

Da sich kollektive Handlungsansätze auf De-facto-Machtstrukturen in ihrer Ausrichtung konzentrieren, können sie in formellen wie informellen politischen Räumen operieren.

Städten notwendig sind. Die logische Folgefrage betrifft das 'Wie'-konkret, wie können Probleme so gelöst werden, dass der Prozess eine zusätzliche Ebene schafft, die trotz der urbanen Komplexität Frieden und Sicherheit in der Stadt gewährleisten kann? Diesbezüglich bieten Ansätze wie die Problemgesteuerte Iterative Anpassung (PDIA), kollektive Maßnahmen und Plattformen wichtige Anhaltspunkte.

Das erste Instrument des stadtzentrierten Multilateralismus legt den Schwerpunkt auf das Lösen von Problemen und nicht auf das Finden von Lösungen. Dieser subtile Unterschied geht über die

Semantik hinaus und baut auf jahrzehntelangen Lernprozessen aus dem Bereich der internationalen Entwicklungshilfe und des Staatsaufbaus auf. Die meisten Programme des staatszentrierten Multilateralismus basieren auf einer Perspektive der Umsetzung, bei der globale Normen gemeinschaftlich vereinbart und anschließend in Maßnahmen umgewandelt werden, die von den UN-Mitgliedsstaaten zu implementieren sind. Der Grundgedanke hinter diesem Ansatz, auch als Lösungs- und Führungsgesteuerter Wandel (Solution and Leader-driven Change, SLDC) bezeichnet, ist, dass „Reformen durch einen disziplinierten, formalen Projektprozess eingeführt werden: Lösungen werden im Vorfeld vollständig identifiziert und stehen im Mittelpunkt des Wandels; der Reformprozess wird von Anfang an umfassend geplant und planmäßig umgesetzt; ein Vorreiter treibt den Prozess voran; und eine ... Best-Practice-Lösung wird erstellt“ (Andrews 2015). Ein Problem dieser Vorgehensweise besteht darin,

dass sie in einem Zeitalter, in dem Probleme schneller wachsen als Lösungen, zu zeitaufwändig ist und der Komplexität nicht gerecht wird. Dies birgt das Risiko, dass unzureichende Lösungen zu spät entstehen, um noch sinnvoll zu sein. Im Gegensatz zum SLDC steht der Ansatz der Problemgesteuerten Iterativen Anpassung (PDIA). Dabei werden „Reformen in einem iterativen Prozess eingeführt, der eher an ein 'Sich-Durchlavieren' erinnert: Die Veränderung wird durch ein Problem, nicht durch eine Lösung, angetrieben; der Inhalt der Reformen entsteht in einem Prozess des Experimentierens und des Ausprobierens; ►►

►► wobei multiple Akteur:innen unterschiedliche Führungsrollen übernehmen; im Ergebnis entsteht eine Hybridform, die an den spezifischen Kontext angepasst ist.“ Ein solcher Ansatz definiert die notwendigen Partnerschaften für den Wandel und stützt sich dabei auf die Akteur:innen, die de facto die Macht besitzen, das Problem zu lösen. Daher ist er besonders gut geeignet, um in komplexen und zumeist ressourcenarmen Einsatzumgebungen Lösungen zu finden. Über ein Jahrzehnt praktischer Anwendungen von PDIA haben diesen Ansatz zu einem etablierten Instrument in der Entwicklungszusammenarbeit werden lassen. Dennoch besteht Potenzial für einen breiteren Einsatz, einschließlich in Städten, die von den Auswirkungen des Klimawandels und der Unsicherheit betroffen sind.

Das zweite Instrument des stadtzentrierten Multilateralismus stützt sich stärker auf kollektives Handeln als auf Institutionen. Forschungen im Bereich sozialer Innovation haben gezeigt, dass die Unterstützung einer spezifischen Institution durchaus begrenzte Wirkungen erzielen kann. Diese Unterstützung hat sich jedoch als wenig geeignet erwiesen, um in einer interdependenten und von komplexen Beziehungen geprägten Welt weitergehende Wirkungen in großem Maßstab zu erzielen. Ansätze mit begrenzter Wirkung zielen darauf ab, „Lösungen innerhalb einzelner Organisation zu finden und zu finanzieren, verbunden mit der Hoffnung, dass die leistungsfähigsten Organisationen ihr Wirkungsfeld erweitern oder replizieren werden“ (Kania und Kramer 2011).

Bei diesen einzelnen Organisationen kann es sich um einen Staat, eine Regierungsabteilung oder -instanz oder um einen spezifischen privaten Dienstleistungsanbieter handeln. Die Argumentation für kollektive Wirkungsansätze beruht auf dem systemischen Ursprung radikaler Ungewissheit und der Tatsache, dass „keine einzelne Organisation für ein wesentliches soziales Problem verantwortlich ist und es auch keine einzelne Organisation lösen kann“.

Neben der traditionellen Ausrichtung auf „Hardware“ in Gestalt von Gebäuden, Konferenzzentren und anderen infrastrukturellen Einrichtungen ... unterstützen bereichsübergreifende Plattformen, die Wissen effektiv nutzen, um institutionen- und sektorübergreifende Zusammenarbeit zu fördern und Innovationen voranzutreiben.

Erkenntnisse der kollektiven Wirkungsforschung weisen daher darauf hin, dass institutionszentrierte Handlungsformen in komplexen Umgebungen – wie in Städten – möglicherweise zu begrenzt wirksam sind. Zusätzlich dazu werden Mechanismen erforderlich sein, die kollektives Handeln durch multiple Akteur:innen fördern. Um kollektives Handeln praktisch umzusetzen, ist vorrangig die Finanzierung seiner funktionalen Komponenten sicherzustellen. Dies schließt auch ein, dass „eine

gemeinsame Agenda, einheitliche Bewertungssysteme, einander verstärkende Aktivitäten, kontinuierliche Kommunikation und unterstützende Organisationen“ (ebd.) etabliert werden. Ferner verweist die Forschung darauf, dass die Verfolgung eines gemeinsamen Ziels, offene Organisationsstrukturen und Netzwerkstrategien sowie diplomatische Kompetenzen, die zur Vermittlung zwischen allen beteiligten Akteur:innen dienen und den Prozess auf die Erreichung des gemeinsamen Ziels ausrichten, von großer Bedeutung sind (Kornberger 2022). Daher erfordern Ansätze des kollektiven Handelns Investitionen in ein Funktionsdesign, das Schnittstellenbereiche (für eine effektive Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteur:innen), Beteiligungsarchitekturen (für die Regelung der Arbeitsteilung und dafür, wer wo und wann am Prozess teilnimmt) und Feedbackschleifen (für Lernprozesse und die Ermittlung von Anpassungsbedarf) umfasst. Diese Initiativen unterscheiden sich von staatlich gelenkten Prozessen insofern, als sie sich darauf fokussieren, wer de facto

die Macht hat, um Veränderungen herbeizuführen, und nicht, wer das offizielle Mandat dazu hat. Da sich kollektive Handlungsansätze auf De-facto-Machtstrukturen in ihrer Ausrichtung konzentrieren, können sie in formellen wie informellen politischen Räumen operieren.

Das letzte Instrument des stadtzentrierten Multilateralismus sind Plattformen, die dazu dienen, kollektive Handlungsprozesse zu koordinieren und zu unterstützen. In der Wirtschaft

haben sich Plattformen im Zuge der Aktivitäten einiger bekannter Unternehmen entwickelt, denen es erfolgreich gelungen ist, verschiedene Gemeinschaften oder Gruppen miteinander zu verbinden und Transaktionen zwischen ihnen zu erleichtern. Als Beispiele können hier Airbnb, eBay oder Uber genannt werden, die ein Plattformmodell für ihre Geschäftsstrategien nutzen. Wirtschaftswissenschaftler:innen haben Unternehmensplattformen als Reaktion auf Geschäftsmöglichkeiten in mehrseitigen Märkten beschrieben. Plattformen positionieren sich zwischen verschiedenen Märkten oder verschiedenen Gruppen von Käufer:innen und Verkäufer:innen. Sie schaffen einen gemeinsamen physischen oder virtuellen Raum, um Interaktionen zwischen Marktteilnehmenden oder Gemeinschaftsmitgliedern zu erleichtern und die Transaktionskosten zwischen ihnen zu minimieren.

Im Rahmen ihrer Gastgeberfunktion für das Europäische Hauptquartier der Vereinten Nationen in Genf hat die Schweiz einen Plattformansatz umgesetzt. Neben der traditionellen Ausrichtung auf „Hardware“ in Gestalt von Gebäuden, Konferenzzentren und anderen infrastrukturellen Einrichtungen unterstützt die Schweizer Regierung zunehmend

auch „Software“ in Form von Plattformen. Dazu gehören bereichsübergreifende Plattformen, die Wissen effektiv nutzen, um institutionen- und sektorübergreifende Zusammenarbeit zu fördern und Innovationen voranzutreiben. Plattformen verknüpfen formale UN-Prozesse mit einem breiteren Kreis von Akteur:innen. Beispielsweise verschafft die Plattform „Geneva Cities Hub“ den Stimmen von Städten in verschiedenen multilateralen Verhandlungen Gehör. Ein solcher Plattformansatz könnte sich zu einem Treiber für bereichsübergreifende Zusammenarbeit in Städten entwickeln und die Verbindungen zwischen Nachfragequellen, materiellen Kapazitäten, praktischem Know-how und Investitionen zur Problemlösung erleichtern. Daher bergen Plattformen ein erhebliches Potenzial, als Instrument zur Förderung von institutionen- und sektorübergreifenden Partnerschaften zu fungieren. Voraussetzung dafür sind jedoch die erforderliche lokale Expertise und politische Kompetenz, um mit formellen und informellen Akteur:innen zusammenzuarbeiten. Diese Fähigkeit von Plattformen, in der hybriden politischen Ordnung von Städten zu agieren, wird in Zeiten radikaler Ungewissheit entscheidend für einen stadtzentrierten Multilateralismus sein.

Autor: Dr. Achim Wennmann

Direktor für Strategische Partnerschaften am Graduate Institute of International and Development Studies, wo er auch als Dozent und leitender Forscher tätig ist.

Übersetzung: Constanze Prehl

Eine längere Fassung dieses Beitrags ist unter dem folgenden Titel erschienen: *Pragmatic Peacebuilding for Climate Change Adaptation in Cities* (USIP Peaceworks, 2023).



Weitere Publikationen zur Thematik Frieden in Städten finden Sie in Englisch unter: <https://www.graduateinstitute.ch/academic-departments/faculty/achim-wennmann>.

Literatur

- Acuto, M & Leffel, B. (2021): Understanding the Global Ecosystem of City Networks, *Urban Studies* 58, no. 9, S. 1758 - 1774.
- Andrews, M. (2015): Explaining Positive Deviance in Public Sector Reforms in Development, *World Development*, Volume 74, S. 197 - 208.
- Archarya, A. (2017): After Liberal Hegemony: The Advent of a Multiplex World Order, *Ethics & International Affairs* 31(3), S. 271 - 285.
- Hoornweg, D. & Pope, K. (2016): Population Predictions for the World's Largest Cities in the 21st Century, *Environment & Urbanization* 29(1): 195 - 216.
- Kania, J. and Kramer, M. (2011): Collective Impact, *Stanford Social Innovation Review* 9(1), S. 36 - 41.
- Kornberger, M. (2022): *Strategies for Distributed and Collective Action: Connecting the Dots*, Oxford: Oxford University Press.
- Muggah, R. (2012): *Researching the Urban Dilemma: Urbanization, Violence and Poverty*, IDRC, <https://igarape.org.br/wp-content/uploads/2014/05/Researching-the-Urban-Dilemma-Base-line-study.pdf>.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2019). *World Urbanization Prospects: The 2018 Revision*.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs (2018): *68% of the World Population Projected to Live in Urban Areas by 2050*, Says UN, <https://t1p.de/bof4>.

Herausforderungen für die Nachhaltigkeit in Zeiten multipler Krisen

Das Jahr 2023 war wieder ein Jahr multipler Krisen, die das Alltagsleben der Brandenburgerinnen und Brandenburger prägten. Der Krieg in der Ukraine und Israel, steigende Energie- und Lebensmittelpreise, hohe Inflationsraten, ein – vor allem im Süden Europas – heißer Sommer, gefolgt von massiven Überschwemmungen seien hier als Beispiele genannt. Neben diesen Brennpunktthemen gilt es auch weiterhin Herausforderungen wie die Agrarwende, Energiewende, Mobilitätswende, Förderung der ländlichen Räume und den Fachkräftemangel in Brandenburg zu stemmen. Vor diesem Hintergrund geraten Themen der Nachhaltigkeit oft aus dem Fokus. Sie können jedoch einen großen Beitrag leisten, um die zukünftigen Herausforderungen des Landes wirksam anzugehen. Die Landesregierung versucht mit verschiedenen Strategien das Land nachhaltiger aufzustellen. Zu oft fehlte es jedoch in diesem Jahr am notwendigen Tempo; denn die ökologischen Krisen wie der Klimawandel und der Verlust der Biodiversität erfordern jetzt schnelles und ambitioniertes Handeln.

Nachhaltigkeitsstrategie

Es hat sich einiges getan bei den Nachhaltigkeitsakteuren in 2023: Im November 2022 hat die federführende Staatskanzlei einen ersten Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Diese neue Strategie soll die frühere Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg aus dem Jahr 2014 ersetzen. Als Teil der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Überarbeitung des Entwurfes hat die Staatskanzlei eine Online-Umfrage und eine Stakeholder-Konsultation durchgeführt. An der schriftlichen Online-Umfrage beteiligten sich über 800 Teilnehmende, was das große Interesse an der Überarbeitung der Strategie unterstreicht.

Im Rahmen der Stakeholder-Konsultation wurden Nachhaltigkeitsakteure aus Brandenburg eingeladen, ins direkte Gespräch mit



Ira Matuschke und Ortwin Renn

Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg | Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit – Helmholtz-Zentrum Potsdam (RIFS)

der Staatskanzlei zu kommen. Darunter befanden sich das Jugendforum Nachhaltigkeit, der Nachhaltigkeitsbeirat Brandenburg, der Städte- und Gemeindebund Brandenburg, der Landkreistag und die Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg. In der Stellungnahme der Steuerungsgruppe der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg zum Entwurf der Landesnachhaltigkeitsstrategie heißt es zum Beispiel: „Der vorliegende Entwurf

bietet einen guten Überblick über den derzeitigen Stand der Nachhaltigkeitsbestrebungen im Land. Was jedoch fehlt, ist eine übergreifende Vision, die klar umreißt, wie die Entwicklung zu einem nachhaltigen Brandenburg Schritt für Schritt voranschreiten soll und welche Ziele man bis wann erreicht haben will. Zudem fehlt es an einer Priorisierung: Wo gibt es konkret den größten Handlungsbedarf, was muss vordringlich angegangen werden, womit kann man sich noch etwas Zeit lassen? Wie lässt sich sicherstellen, dass die Ziele der Nachhaltigkeit auch zeitgerecht erreicht werden?“

Seit der Stakeholder-Konsultation im März 2023 ist viel Wasser die Havel hinuntergeflossen, und eine überarbeitete Version der Landesnachhaltigkeitsstrategie ist zwar inzwischen ausgearbeitet, aber noch nicht verabschiedet. Damit bleiben im Jahr 2024 – was

gleichzeitig das Ende der Legislaturperiode markiert – nur wenige Monate, um die Strategie in die praktische Umsetzung zu bringen. Das wird im Wesentlichen die Aufgabe einer neuen Landesregierung sein und sollte fest im neuen Koalitionsvertrag verankert sein.

Klimaplan

Ein weiteres großes Projekt der Landesregierung ist die Erstellung eines Klimaplanes für Brandenburg. Unter Federführung des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) sollen die bestehenden Strategien des Landes für die Bereiche Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr auf Klimaverträglichkeit geprüft und in ein Maßnahmenpaket überführt werden, das den Erfordernissen zur Erreichung von Klimaneutralität bis spätestens 2045 entgegenkommt. Im März 2023 wurde von einem wissenschaftlichen Gutachterkonsortium ein Gutachten mit Vorschlägen für über 80 Maßnahmenbündel zu den acht Handlungsfeldern des Klimaplanes vorgelegt. Das Gutachten zeigt deutlich auf, wo Handlungsbedarfe für die Landespolitik auf dem Weg zur Klimaneutralität liegen. In die Erstellung des Gutachtens sind Stimmen aus verschiedenen Beteiligungsformaten eingeflossen. So fanden unter anderem Dialoge mit Kommunen und verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen statt. Der Klimaplan befindet sich derzeit noch in der Abstimmung. Ähnlich wie bei der Landesnachhaltigkeitsstrategie bleibt daher wenig Zeit, noch in dieser Legislaturperiode „ins Tun“ zu kommen.

Klimaanpassungs-, Mobilitäts- und Ernährungsstrategie

Weitere wichtige Strategien, die in diesem Jahr eingebracht wurden, sind die Klimaanpassungsstrategie, die Mobilitätsstrategie und die Ernährungsstrategie. Im Juli 2023 wurde die Klimaanpassungsstrategie durch das Landeskabinett beschlossen. Dies war ein wichtiger Schritt, um sich systematisch auf die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels für das Land Brandenburg einzustellen. Die Klimaanpassungsstrategie umfasst insgesamt zwölf Handlungsfelder aus sechs Ressorts der Landesregierung mit rund 200 konkreten Maßnahmen. So werden zum Beispiel im Handlungsfeld Wasser Maßnahmen zum Hochwasser- und Niedrigwassermanagement aufgeführt. Im Handlungsfeld Gesundheit steht die Erstellung eines Brandenburger Hitzeaktionsplans auf der politischen Agenda.

Die Mobilitätsstrategie 2030, entwickelt unter Federführung des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, wurde im August 2023 vom Kabinett beschlossen. Sie gibt den Rahmen für die verschiedenen Fachstrategien, wie den Landesnahverkehrsplan oder die Radverkehrsstrategie, vor und beabsichtigt den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ein attraktives und zukunftsfähiges Mobilitätsangebot zu machen.

Die Ernährungsstrategie des Landes Brandenburg wurde unter Federführung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg (MSGIV) erarbeitet. Ziel der Strategie, die gemeinsam mit dem Brandenburger Ernährungsrat erarbeitet wurde,

ist es, 25 Maßnahmen zu bündeln, um so Anreize für eine nachhaltige und gesunde Ernährung mit möglichst regionalen und saisonalen Lebensmitteln für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger zu schaffen. Die Ernährungsstrategie sollte im September 2023 vom Landeskabinett beschlossen werden, was jedoch bislang noch nicht erfolgt ist. Sie ist im Oktober als Strategie des MSGIV veröffentlicht worden und steht jetzt wie die anderen Landesstrategien vor der Umsetzung.

Diese Entwicklungen zeigen, dass viele Nachhaltigkeitsthemen von der Landesregierung systematisch angegangen werden. Zu oft wurde jedoch in den letzten Jahren der Legislaturperiode über Strategien debattiert und zu wenig über deren effektive Umsetzung in der ganzen Fläche des Landes Brandenburg. Diese Aufgabe fällt jetzt der neuen Landesregierung zu, über deren Zusammensetzung und politische Prioritäten zum jetzigen Zeitpunkt noch Unklarheit herrscht. Dennoch ist es jetzt schon ratsam, die letzten Monate der Legislaturperiode zu nutzen, um die großen Steine für die Nachhaltigkeit ins Rollen zu bringen und zumindest die Strategien zu verabschieden, damit die Chancen, die diese Legislaturperiode noch bietet, nicht vertan sind. Auch gilt es, die verschiedenen Strategien und deren Zusammenwirken für eine nachhaltige Entwicklung in Brandenburg besser zu kommunizieren und den Brandenburgerinnen und Brandenburgern verständlicher zu machen.

Veranstaltungskaleidoskop | Agenda 2030

Uwe Prüfer

Viel Dampf für den Klimaschutz!

Klimaschutz und Klimaanpassung waren die zentralen Themen der öffentlichen **4. Plenarveranstaltung** der Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg. Im Eberswalder Familiengarten fanden sich am 2. Juni 2023 dazu mehr als 80 Engagierte ein. Dutzende waren Online dabei. Eröffnet wurde die Tagung durch Minister Vogel (B90/Grüne), dessen Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Federführung dafür hat, Brandenburg bis 2045 beim Ausstoß von Treibhausgasen auf Netto Null zu bringen. Noch in diesem Jahr sollen deshalb durch die Landesregierung u.a. ein Klimaplan und eine Strategie zur Klimaanpassung verabschiedet- sowie die

Nachhaltigkeitsstrategie fortgeschrieben werden.

Professor Hirschl vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, stellte Auszüge aus dem wissenschaftlichen Gutachten zu diesem Klimaplan vor. Er verwies u.a. darauf, dass das dazugehörige Maßnahmenpaket ambitioniert, verbindlich und sozialverträglich sein sollte. Sein Fazit: Trotz sektoraler Fortschritte ist Brandenburg noch weit entfernt von einem Klimaneutralitätspfad.

Deshalb wurde im weiteren Verlauf nicht nur aus der Wissenschaft,

sondern auch seitens der Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft viel (treibhausgasfreier) Dampf gemacht, um jene Strategien der Landesregierung nun zügig zu beschließen und vor allem umzusetzen. Dabei wurde immer wieder angesprochen – ganz im Sinne von VENROB –, dass Klimaschutz immer auch die Perspektiven globaler Klimagerechtigkeit mit in den Blick zu nehmen hat, und dass die Umsetzung von Maßnahmen als Experimentierraum für neue demokratische Beteiligungsformate genutzt werden können.

Die Dokumentation der 4. Plenarveranstaltung ist abzurufen unter: <https://plattform-bb.de/event/plenarveranstaltung-2023/>

Uwe Prüfer

Wie? Schon Halbzeit für die Agenda 2030?

Das Kongresshotel in Potsdam war Schauplatz des bundesweiten Kommunalkongresses „**Nachhaltigkeit aktiv gestalten – die Kommunen gehen voran**“, zu dem die Bertelsmann Stiftung und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global am 5. und 6. Juni eingeladen hatten. Mehr als 150 Engagierte und Expert:innen insbesondere aus Kommunalpolitik -und Verwaltung, aber auch aus der Zivilgesellschaft, tauschten

sich über die Rolle der Kommunen in puncto Nachhaltigkeit aus und diskutierten zahlreiche Beispiele guter Praxis. Einig war man sich über die große Bedeutung der Kommunen bei der Umsetzung der 17 Sustainable Development Goals.

Vom Deutschen Institut für Urbanistik wurde eine durchaus gemischte Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen vorgestellt. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat das Difu analysiert, wo die Kommunen

auf der Hälfte zwischen der Verabschiedung der UN-Nachhaltigkeitsagenda mit (SDGs) 2015 und deren Zieljahr 2030 stehen.

Viele Teilnehmende forderten, dass die Kommunen für das schnelle Vorankommen bei den SDGs eine stärkere politische Rücken- deckung durch Bund und Länder benötigen. So solle u.a. die Vielzahl deren Förderprogramme gebündelt, verstetigt und bedarfsgerechter auf die Kommunen fokussiert werden. Für ein angemessenes

Nachhaltigkeitsmonitoring muss die Schließung von Datenlücken angegangen werden. Die Vorschläge und Erwartungen sind an Frau Ryglewski, Staatsministerin

für Nachhaltige Entwicklung im Bundeskanzleramt, übergeben worden. In ihrer Rede betonte Ryglewski, dass es einen Schlußschluss aller politischen Ebenen

und Sektoren brauche, um die Agenda 2030 zum Erfolg zu führen. Nachhaltigkeit müsse gesellschaftliche Richtschnur werden.



Unter folgendem Link kann die vorgestellte Studie von der Bertelsmann Stiftung „Halbzeitbilanz zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen“ abgerufen werden: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/halbzeitbilanz-zur-umsetzung-der-agenda-2030-in-deutschen-kommunen-1>

Heike Möller

Teilhabe ALLER Menschen – nur eine schöne Vision?

Wie unfassbar viel friedlicher ginge es auf unserem Globus zu, wenn Frauen mehr politische Teilhabe erlaubt wäre und Geschlechtergerechtigkeit nicht nur theoretisiert, sondern auch gelebt werden könnte. Wenn nicht konstatiert werden müsste, dass 99 Prozent der weiblichen Personen unter geschlechtsspezifischen Diskriminierungen zu leiden hätten. Und mal unter uns Pfarrerstöchtern gesagt, müsste nicht dieses Ziel 5 – Geschlechtergerechtigkeit auf Platz EINS gesetzt werden, weil ja irgendwie alles mit allem zusammenhängt?!

Diese Koalition hat mit der Besetzung des Auswärtigen Amtes durch Annalena Baerbock und des BMZ mit Svenja Schulze einen Anfang gemacht, indem sie konkret im März 2023 ein Strategiepapier des BMZ vorlegte, das genau dies zum Ziel hat: Feministische Entwicklungspolitik – Für gerechte und starke Gesellschaften weltweit.

Denn auf dem Weg zu einer feministischen Außen- respektive Friedenspolitik ist die feministische Entwicklungspolitik eine wichtige Voraussetzung.

Der von Engagement Global und UN Women Deutschland e.V. durchgeführte **Fachtag „Geschlechtergerechtigkeit – Schlüssel für eine global nachhaltige Entwicklung“** am 16. Oktober 2023 im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte in Potsdam bot den Teilnehmerinnen und einer Handvoll Teilnehmern, überwiegend Multiplikator:innen aus den Bereichen Bildung, Entwicklungspolitik und den kommunalen Verwaltungen die Gelegenheit, sich dem Thema strategisch und praxisorientiert anzunähern. „Der Blick ist reflexiv“, vom Betrachter aus, da er „sonst nicht stimmig mit dem allgemeinen Anspruch“ sei, so die Grundaussage von Frau Norzin Grigoleit-Dagyab vom BMZ, die federführend an

dem Strategiepapier gearbeitet hat und über die Herangehensweise an das Thema berichtete.

Ja, die eigenen Strukturen unserer bundesdeutschen Wirklichkeit müssten definitiv überprüft werden, damit wir mit Best-Practice-Beispielen durchstarten könnten, bevor wir (wieder oder vielleicht: noch immer?) im postkolonialen Modus der Welt erklären, wo es lang geht. Und überhaupt gebe es ja nicht den EINEN Feminismus, so ereiferten sich die Teilnehmer:innen in der Diskussion. Um nicht in der Theorie-Debatte stecken zu bleiben und für den chauvinistischen Rest der Welt, für den schon das Gendern „emotional aufgeladen“ ist, ein zerstrittenes Bild abzugeben, kann es nicht genug von solch kleinen, aber feinen Veranstaltungen geben, Engagement Global und UN Women Deutschland e.V. sei Dank!



Wer mehr dazu wissen möchte, kann sich über diesen Link informieren: <https://www.bmz.de/resource/blob/146200/strategie-feministische-entwicklungspolitik.pdf>



Heike Möller

Die 8. Baruther Schlossgespräche 2023

Wie schaffen es die Baruther immer wieder, sich zu ihren mittlerweile achten Schlossgesprächen am 5. September 2023 mit heiterem Wetter und viel Sonnenschein zu präsentieren und damit die Mühsal der Anreise zu entschärfen? Ob dieser Tatsache ist der Nachhaltigkeitsdialog mit den Mitarbeitenden der SKEW, den – leider viel zu spärlichen Vertreter:innen der Kommunen und Landkreise –, Ministerien, Berater:innen sowie der Zivilgesellschaft einer der angenehmeren Termine im Jahr. Auch deshalb, weil Kommunikation im Grünen über Nachhaltigkeit mit Gleichgesinnten irgendwie glaubwürdiger überkommt.

Das tut vor allem Bürgermeister Peter Ilk, der sich mit seinen

Mitstreitern nicht nur in der Heimat dem Thema mit aller Verve widmet. Auch in der Partnerstadt Murun in der Mongolei, von der er erst am Vortag nach strapaziöser Reise zurückkam, wusste er erfreuliches zu berichten. Dort wurde der Abschluss des seit drei Jahren laufenden Abfallwirtschaftsprojekt gefeiert, das u.a. die örtliche Bevölkerung sensibilisiert für die Themen Abfall/Wasser/Bildung. In Baruth selbst hat der famose kommunale Manager dafür gesorgt, dass ein Nachfolger (Red Bull) für den traditionellen Mineralwasserbetrieb gefunden und 300 Arbeitsplätze der Stadt erhalten werden konnten. Im Einvernehmen mit der Bevölkerung liefern die in Flächenkonkurrenz zu Nahrungs- und Futtermittelproduktion

stehenden, neu installierten, erneuerbaren Energien (Fotovoltaik- und Windparkanlagen) günstigen Strom nicht nur für die ansässige Industrie, sondern auch für das neue Wohngebiet und Schulzentrum. Es tut sich also eine ganze Menge, aber reicht das?

Einfache Lösungen werden seltener so Dr. Jörg Eulenberger vom Kompetenzzentrum BNE. Die Zielkonflikte zwischen Wirtschaftswachstum und dessen erzwungener ökologischer Begrenzungen erhöhen die Komplexität. Die Gleichzeitigkeit der Problemlösungen lässt jedoch den Druck im Kessel steigen und macht die dadurch verursachten Krisenmodi zum Teil des Problems. Runtergebrochen auf die Kommunen bedeutet das, die Schäfchen in der Gemeinde zur

kritischen Reflexion zu erziehen und in die Lage zu versetzen, eigenständig über Lösungsansätze nachzudenken. Die Devise dazu lautet: Nicht jammern, was nicht geht, sondern eruieren, was möglich ist (sic)!

Der Blick in die gelebte Praxis zeigt unterschiedliche Beteiligungsformate sowie Informations- und Bildungsvermittlung, beispielsweise durch Mietergärten zwischen Plattenbauten, die auch als Migrationsanlaufstellen dienen. Stichwort: Die Leute da abholen, wie sie stehen.

Nichts wirklich Neues konnte man hinsichtlich der Messbarkeit der Nachhaltigkeit durch Indikatoren und damit wirksamer Einordnung, Monitoring und Bewertung von Aktionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene erfahren. Natürlich ist es schwierig, den Status Quo zu ermitteln

und verbindliche Grundlagen zu finden. Und das auch noch im europäischen Raum vergleichbar machen! Aber wie mit Zielverletzungen umgehen? Oder auch nicht erreichbare Ziele formulieren? Gefordert wurde hier ein Off-Track der Bundesregierung, d.h. ein transparentes Umgehen mit gescheiterten Zielvorstellungen, dazu mehr Öffentlichkeitsarbeit z.B. bei fairer Beschaffung, Transparenz von Handelsketten, flexible Handhabung bei den Indikatoren, Einbeziehung der Verwaltungsspitzen, Synergien stärken und Kritik aushalten können, auch da, wo sie angebracht ist.

Sollten wir nicht ehrgeiziger sein? Wie wäre es mit Mut zur Gestaltung und der schrittweisen Umsetzung der Forderungen von BM Ilk – und nicht nur von ihm – nach der Nachhaltigkeit als Pflichtaufgabe der Kommunen mit entsprechender Finanzausstattung, der Ausbildung von Verwaltungspersonal, der massiven Aufnahme von BNE in schulischen und außerschulischen Lehrplänen etc. etc.?

Auch gefordert wurde mehr Umgang mit Worst-Case-Szenarien. Aber da ist schon die gelebte Praxis vor: Gelöscht wird erst, wenn's brennt!

Die vollständige offizielle Dokumentation der 8. Baruther Schlossgespräche kann auf Wunsch bei Frau Claudia Glöckner bestellt werden: Claudia.Gloeckner@engagement-global.de

Marion Piek

Nachhaltige Kommunen in Brandenburg: Wie weiter?

Im Ergebnis des Fachtags hat die AG „Nachhaltige Kommunen“ der Brandenburger Nachhaltigkeitsplattform ihre Empfehlungen unter dem Titel „Nachhaltige Kommunen in Brandenburg: Wie weiter?“ verfasst, die mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeitsprozesse in den Kommunen umreißen.

Die gleichnamige Tagung fand am 16. November 2023 in der Wissenschaftsetage des Bildungsforschung Potsdam statt. Trotz des GDL-Streiks besuchten fast 60 Teilnehmende die Veranstaltung Live und weitere 30 an ihren Bildschirmen.

Am Vormittag konnten Emily Reich, Lokale Agenda 21/Umweltschutz im Fachbereich Bauen und

Wohnen der Gemeinde Kleinmachnow, und Christopher Huhn, Leiter Stadtmarketing und Tourismus, zwei ganz unterschiedliche Entstehungsgeschichten ihrer kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse erzählen: Kleinmachnow hat dieses Jahr das 25jährige Jubiläum des Gemeindebeschlusses für die Lokale Agenda21 gefeiert und kann auf eine sehr aktive Bürgerschaft bauen. In Storkow kommt das Engagement ursprünglich eher aus der Verwaltung und wird dort als Standort- und Marketingfaktor verstanden, nachdem einem Antrag um Anerkennung als staatlich anerkanntem Erholungsort nicht stattgegeben wurde. Die Stadt geht den Prozess in Richtung nachhaltiger Kommune sehr engagiert und zugleich pragmatisch an

und prüft derzeit die Einführung eines Nachhaltigkeitshaushalts.

Das vormittägliche Fishbowl-Diskussionsformat ermöglichte einen sehr lebendigen und intensiven Austausch zwischen Impulsgebenden und Teilnehmenden. Dabei wurden u.a. sehr unterschiedliche Erfahrungen mit Agenda- bzw. Nachhaltigkeitsbeiräten in den Kommunen erörtert: In Strausberg wurde dieser nach über 20jähriger Arbeit von der Kommunalaufsicht auf die in der Kommunalverfassung geregelten Vorgaben für Beiräte verweisend hinterfragt, die Gemeinde Nutheletal hat 2022 einen solchen dagegen unhinterfragt gegründet.

Nachmittags wurde in parallelen Workshops zu drei Themenfeldern diskutiert:

- » Klimaneutralität in Kommunen und Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft
- » Starkregen, Hitze, Dürre – Kommunen im Wasserstress
- » Chancen und Herausforderungen kommunaler Wärmeplanung

Die Diskussion dieser drei Bereiche soll in späteren Treffen der AG fortgesetzt werden, auch um Interessierten, die durch den

GDL-Streik verhindert waren, Gesprächsangebote zu machen.

Nach den Ausführungen von Dr. Martin Pohlmann vom MLUK in der abschließenden Fishbowl darf für dieses Jahr noch mit Kabinettsbeschlüssen für den Klimaplan und voraussichtlich auch für die Landesnachhaltigkeitsstrategie gerechnet werden.

Nach der Strategie kommt die Umsetzung: Packen wir es an!

Die Veranstaltung hat einmal mehr gezeigt, dass der Anspruch, sich in Richtung nachhaltiger Entwicklung aufzustellen, bereits in zahlreichen Brandenburger Kommunen Alltag ist. Allerdings benötigen die Kommunen dabei Unterstützung. Diese würde schon mit einem Aktions- und Umsetzungsplan als nächsten Schritt nach der Verabschiedung der neuen Landesnachhaltigkeitsstrategie beginnen.

Heike Möller

13. Runder Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Da alles mit allem zusammenhängt, darf in unserem Veranstaltungskaleidoskop der „Runde Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE)“ nicht fehlen, der auch 2023 wieder ein Anziehungspunkt für BNE-Interessierte war, darunter zwischen 30 und 50 Prozent Erstbesucher wie jedes Jahr.

Mit den neuen Teilnehmenden wird auch die Bandbreite an Akteursgruppen sukzessive größer. Das betrifft vor allem den Bereich der Non-formalen, d.h. der außerschulischen Bildung. Während beispielsweise bei den ‚Nationalen Naturlandschaften‘ das Bewusstsein für BNE schon aktiv in diversen Projekten umgesetzt wird, sind es jetzt Multiplikator:innen aus der kulturellen Bildung und aus sozial-ökologischen Organisationen und Bewegungen, die mit Hilfe der BNE den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit auch in ihrem Bereich schaffen möchten.

Insgesamt ist eine Qualitätsverbesserung zu verzeichnen. Das wird beispielsweise bei der Zertifizierung deutlich (siehe dazu den Punkt „Außerschulische BNE“ im

Bericht von Martin Pohlmann zum Round Table Entwicklungspolitik*). Es gibt einen personellen Grundstock, der über die reine Projektstruktur für eine Verstärkung der Arbeit sorgt, wohl auch deshalb, weil es zunehmend besser gelingt, Anschlussprojekte zu generieren.

Sehr viel aufzuholen ist aber im Bereich der formalen Bildung, d.h. auf der Ebene der Kitas und Schulen. Dort passiert noch viel zu wenig, so gibt Stefan Löchtfeld von e-fect die Meinung vieler Teilnehmenden des Runden Tisches wieder. BNE ist zwar im Rahmenlehrplan verankert, allerdings nur als eines von 13 für alle Schultypen fachübergreifende Kompetenzen. Eine fachübergreifende Anleitung für die Bildungspraxis wurde zwar 2020 mit dem Handbuch für Globales Lernen geschaffen, ein vom

MBSJ gefördertes Projekt (siehe Ramona Krautz in ihrem Bericht zum Round Table Entwicklungspolitik*), es mangle aber noch sehr an der Umsetzung.

Angesichts der Ergebnisse der neuesten Pisa-Studie möchte man sich die Augen reiben und fragen, was da schief läuft an unseren Schulen und Kitas. Vielleicht ist es die grundsätzliche Einstellung der Lehrenden und der zu Belehrenden. Bildung hat zwar unbedingt auch mit Büffeln zu tun, sie darf – nein, sie sollte – aber Spaß machen, zumal sie mit dem digitalen Überangebot an Ablenkung konkurriert. Eine Dreisatz-Rechnung lässt sich auch anhand eines Streamingdienst-Vergleichs erlernen. Und was das viele Streamen kostet, wird in den externalisierten Skat gedrückt ...



*Aus der Arbeit des Round Table Entwicklungspolitik: abzurufen unter: <https://venrob.de/veroeffentlichungen/>

Aus der Arbeit des 13. Round Table Entwicklungspolitik

am 13.10.2023 von 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Uwe Prüfer (VENROB e.V.) und **Dr. Irene Heuser** (MdFE) begrüßten die 38 Gäste des Round Table, stellten das Programm vor und gaben **Wolfgang König** vom Afrika Medien Zentrum e.V. die Gelegenheit, einige erklärende Worte zur Ausstellung „**Migration und wir**“ an die Anwesenden zu richten.

Dr. Irene Heuser stellte **Alfred Roos** vor, der seit einem knappen halben Jahr die Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg leitet. Davor war er Leiter der RAA Brandenburg (Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie).



Als dramatisches Beispiel für Rechtsextremismus in Brandenburg blickt er auf die Lausitzregion, die der Verfassungsschutz als „toxisches Gemisch“ von Rechtsextremismus, organisierter Kriminalität, Hooliganszene, Kampfsport, Rocker und Sicherheitsgewerbe beschreibt.

Grundlegendes Element des Rechtsextremismus ist immer auch der Rassismus, der nicht nur dramatische soziale und für von Rassismus betroffene Menschen Folgen hat, sondern auch

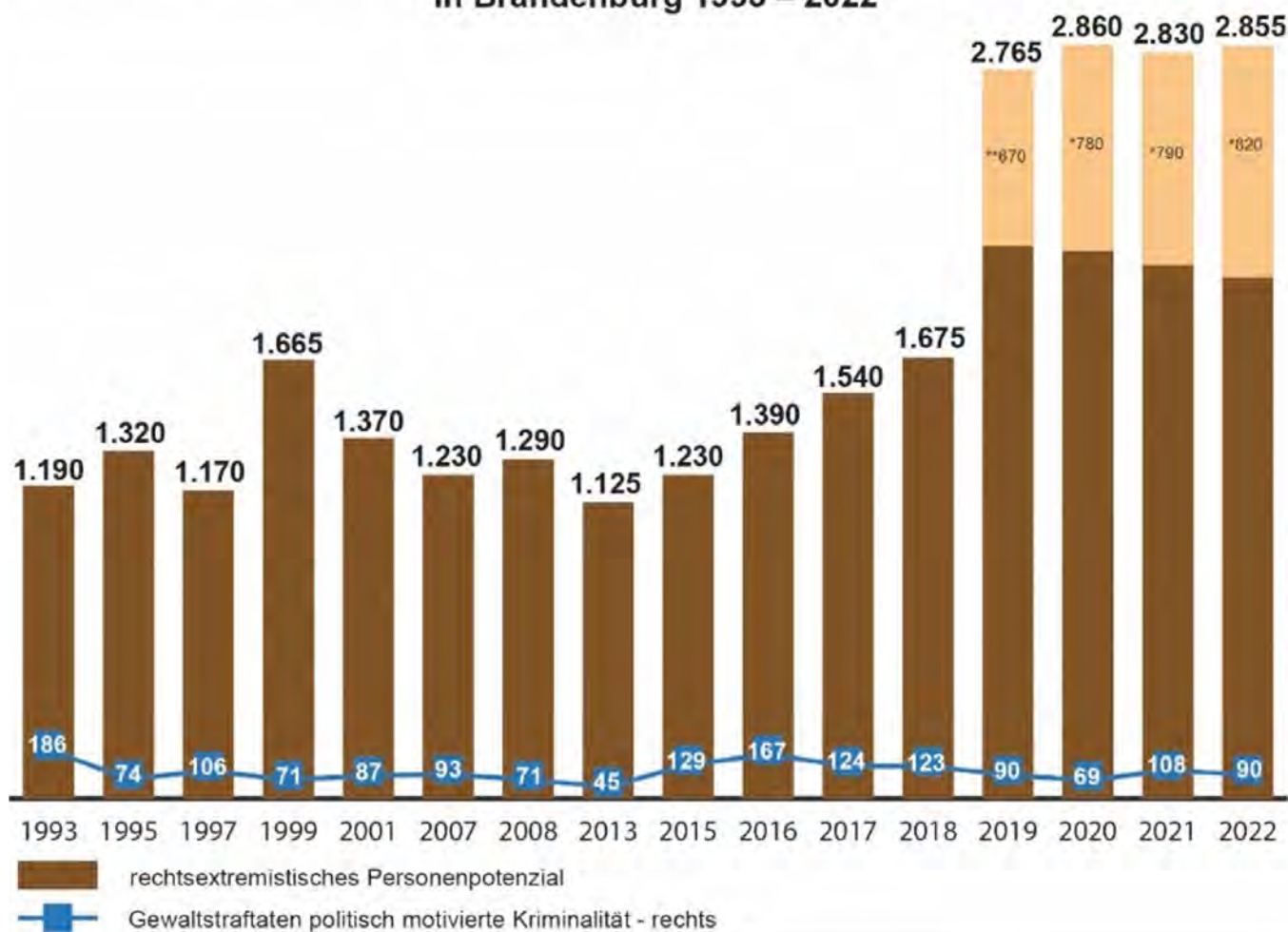
wirtschaftliche Konsequenzen. Die Gewinnung von Arbeits- und Fachkräften gestaltet sich dadurch schwierig. Hinzu kommt: trotz positiver Zuwanderungsbilanz, vor allem im Blick auf den Zuzug aus Berlin, ist die negative demografische Entwicklung nicht aufzuhalten. Die Frage der Zuwanderung und Integration von Arbeitskräften wird die größte Herausforderung in Deutschland bleiben.

Für die Attraktivität der Regionen in Brandenburg ist das gemeinsame Auftreten von

Rechtsextremisten und gewählten Politikerinnen und Politiker der AfD ein riesiges Problem.

Die Säulendiagramme zeigen das Lagebild des Verfassungsschutzes: Trotz rückläufiger Gewaltstraftaten politisch motivierter Kriminalität zwischen 1993 und 2022 erhöht sich seit 2019 das rechtsextremistische Personenpotenzial drastisch um Mitglieder der AfD in Brandenburg, nachdem die AfD als Beobachtungsfall eingestuft wurde.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial und Entwicklung der Gewaltstraftaten in Brandenburg 1993 – 2022

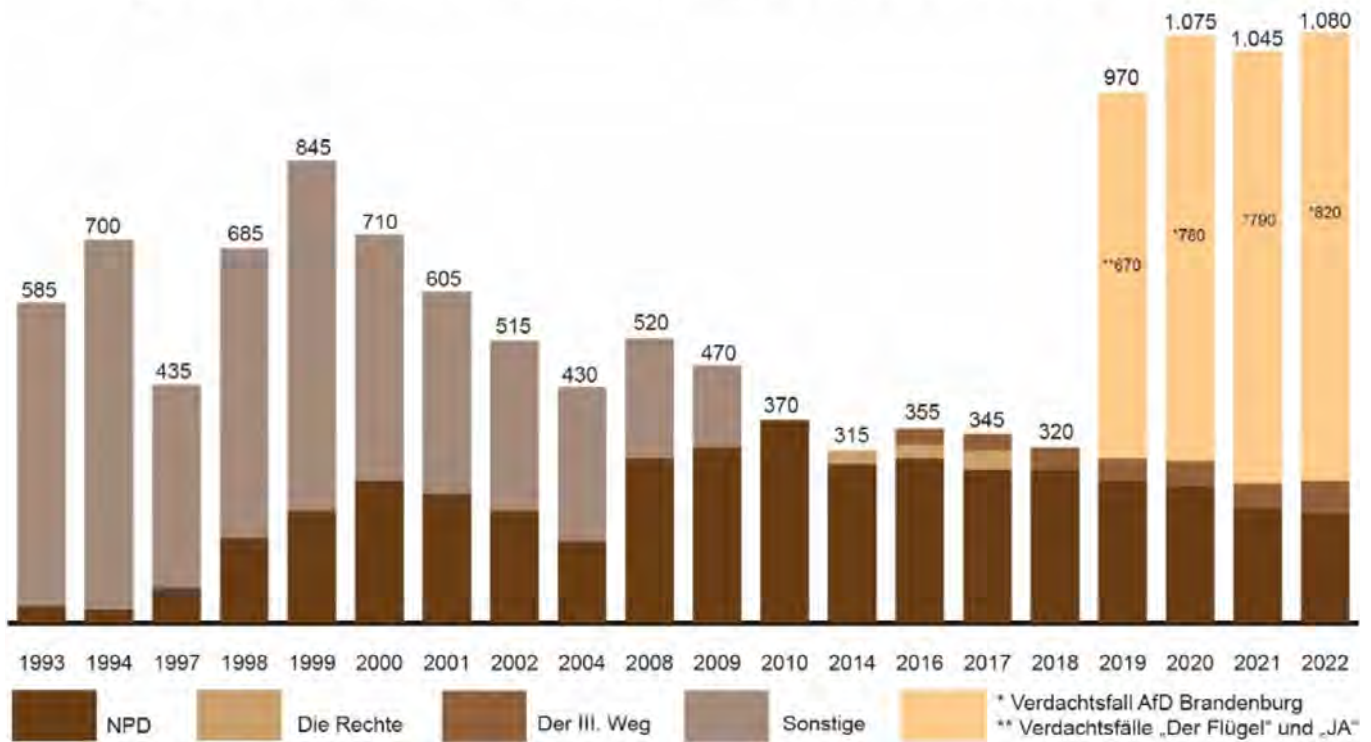


Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen im Trendverlauf aufweisen, zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

* Verdachtsfall AfD Brandenburg, weitere Erläuterungen siehe Fußnote 6
 ** Verdachtsfälle „Der Flügel“ und „JA“, weitere Erläuterungen siehe Fußnote 6

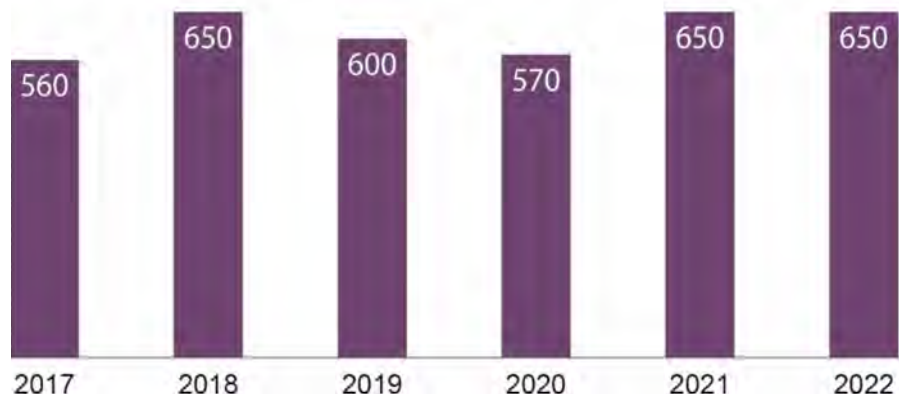
Im folgenden Diagramm wird deutlich, wie hoch sich die Mitgliedszahlen – im Vergleich zu anderen rechtsextremen Parteien – aus Sicht des Verfassungsschutzes darstellen.

Mitglieder rechtsextremistischer Parteien in Brandenburg 1993 – 2022



Auch die Anzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Brandenburg hat sich zwischen 2017 bis 2022 von 560 auf 650 Personen erhöht.

Reichsbürger und Selbstverwalter in Brandenburg 2017- 2022



Reichsbürger mögen zwar ökologisch nach Mondphasen produzieren, tragen aber gleichzeitig viel rechtsextremistisches Gedankengut in die Region und bieten Anknüpfungspunkte für rechtsextremistische Einstellungen.

Das Handlungskonzept der gesamten Landesregierung mit Unterstützungsangeboten gegen Rechtsextremismus startete 1998 und erfuhr 2005 eine Überarbeitung.

Es orientiert sich an drei Schwerpunkten, die es braucht, um sich mit Rechtsextremismus und Rassismus auseinanderzusetzen:

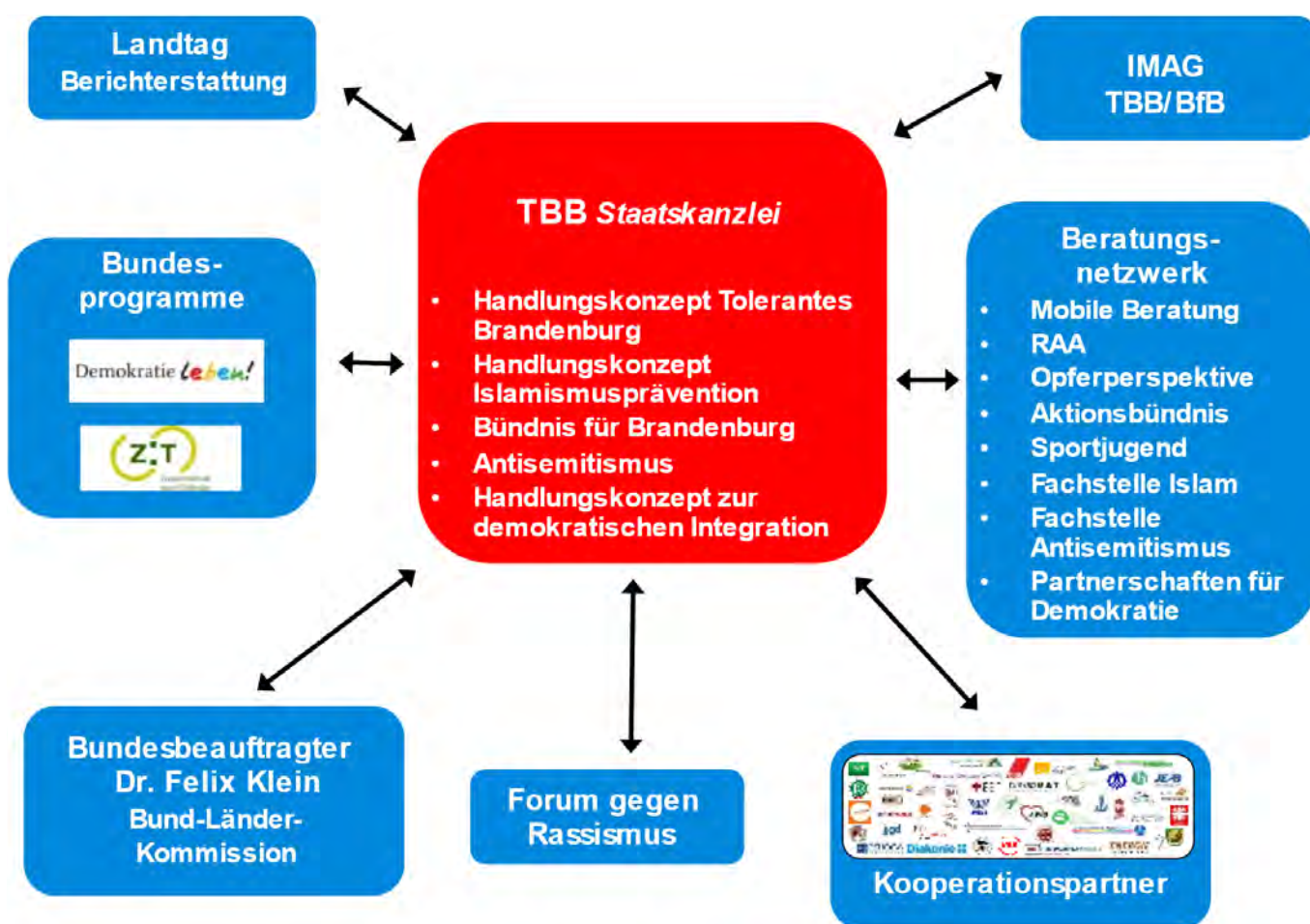
1. Eine Politik der klaren Signale auf Landes- und Kreisebene, in Städte und Gemeinden
2. Die Kooperation von Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft
3. Repression von Neonazismus, Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz

Daraus folgen die drei Koordinierungsaufgaben:

1. Koordinierung der Arbeit der Landesregierung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Vielfalt
2. Koordinierung des Beratungszentrums Tolerantes Brandenburg mit folgenden Akteuren:
 - » Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus

- » Brandenburgische Sportjugend
- » Demos/Brandenburgisches Institut für Gemeinwesen-Beratung/ Mobile Beratung
- » Fachstelle gegen Antisemitismus
- » Fachstelle Islam im Land Brandenburg
- » Opferperspektive
- » RAA Brandenburg

3. Koordinierung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Staat („Brandenburger Weg“). Dazu gehört auch die Förderung von Beratungsstrukturen und Projekten sowie die Vermittlung von Kontakten an die zuständigen Stellen und Einrichtungen im Land Brandenburg.



An dieser Stelle sollte eigentlich der Impulsvortrag von **Marianne Ballé Moudoumbou** von PAWLO-Masoso e.V. zum Thema: „Positionen und Beiträge aus einer diasporisch-migrantischen Perspektive“ stehen. Leider lag uns bis zum allerletztmöglichsten Redaktionsschluss keine von ihr autorisierte Fassung vor.



Diskussion

zu den beiden Inputs Round Table Entwicklungspolitik

Die anschließende Diskussion zu den beiden Vorträgen wurde sehr offen geführt, wobei einige wenige Teilnehmer:innen sich sehr kritisch zu den beiden Inputs äußerten. Nicht nur, dass die Aktualität der von Herrn Roos eingebrachten Zahlen hinterfragt wurde, sondern auch der Umgang damit.

So kritisierte **Ermyas Mulugeta** zu Beginn, dass er den vorgetragenen Zahlen von Alfred Roos nicht vertraue, denn es sei ihm gar nicht klar geworden, welche Menschen eigentlich als Zuwanderer bezeichnet würden. Er könne keine Bereitschaft erkennen, sachorientierte Gespräche führen zu wollen. Seiner Erfahrung nach säßen Rechtsextreme auch in der Verwaltung und er erlebe seit Jahren, dass Schwarze Menschen nicht angenommen würden. Koloniale Muster würden weitergeführt.

Marianne Ballé Moudoumbou beklagte, dass andernorts genozidale Gräueltaten begangen würden und verwies darauf, dass auch wir in Brandenburg nun mit der Situation umgehen müssten. Hier habe die Landesregierung die Verantwortung zum Handeln. Es sei fatal, wenn Menschen das Gefühl vermittelt würde, dass afrikanische Menschen weniger Wert seien im Namen der Demokratie und Menschenrechte.

Jahsa Wiles sprach die diesbezügliche Korrektur der aktuellen Rahmenlehrpläne von Schulen v.a. für Geschichte, Religion und Politik an. Was dafür getan wird, werde nicht ausreichend kommuniziert. Bestimmte Bewegungen verstünden sich gut darauf, Angst

als Instrument der Herrschaft und Macht zu verstehen. Die Vielfältigkeit sollte als Mechanismus begriffen werden. Die Felder würden sehr eingleisig und problematisch dargestellt.

Roald Matscheroth berichtete, dass an den Schulen über globale Fragen viel Unwissenheit anzutreffen sei. Toleranz bedeute Auseinandersetzung, Streit und Kampf, in der Politik wie im eigenen Leben. Angeblich sei die Arbeitslosigkeit in Brandenburg gering, aber zu welchem Preis? Wo kommen die Rohstoffe her und wer zahlt diesen Preis? Auf wessen Kosten geht es wem im Globalen Norden gut?

Nach der Glaubhaftigkeit der angebotenen Informationen fragte auch **Christina Katzer**. Wie gelangten diese zu den Menschen, die keine Zeit hätten, ständig im Netz nach der „Wahrheit“ zu suchen?

Uwe Prüfer schlug vor, sich an der Berliner Dekolonialisierungsstrategie zu orientieren, um Ansätze und Erfahrungen für eine ähnliche brandenburgische Strategie zu nutzen. In Berlin umfasse diese z.B. auch den Bildungskomplex mit Aus- und Weiterbildung für die Senatsverwaltung. Die Diskussion sei in Berlin wegen der starken zivilgesellschaftlichen Anti-Rassismus Szene deutlich weiter.

Helen Franke von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe berichtete dazu von dem 2019 gegründeten und geförderten Verein „Decolonize Berlin e.V.“, dazu mehr in ihrem Bericht zum Monitoring. Es gebe einen Senatsbeschluss, ein Konzept zur Dekolonisierung zu erarbeiten. Derzeit würden diesbezügliche

Rückmeldungen und Feedbacks geprüft. Zwar sei eine gewisse Dynamik in den Verwaltungen bei diesen Themen erkennbar, jedoch bestünde noch viel Nachholbedarf. Derzeit würden die Entwicklungspolitischen Leitlinien Berlins überarbeitet.

Fragen nach dem Auffinden von kolonialen Entitäten, dem Widerspruch von Klimaneutralität, wurden dahingehend beantwortet, dass man dabei sei, die entsprechenden Infrastrukturen zu schaffen, um auf diese Themen aufmerksam zu machen und eine Verbesserung im gesamten Sektor zu erreichen.

Im Hinblick auf Bildung und Antirassismus an den Schulen in Brandenburg wurde auf die BREBIT verwiesen, an die sich Bildungseinrichtungen eigenständig wenden könnten, um Unterstützung anzufordern.

Alfred Roos erwiderte Herrn Mulugeta, dass die von ihm vorgetragenen Zahlen nicht den allgegenwärtigen Alltagsrassismus abbildeten. Es handle sich hierbei um die Fälle von Rassismus, die in der Polizeistatistik als Straftat geführt würden. Dies gehöre zum Handlungskonzept, das seit 2005 bearbeitet werde. Neu sei das vom Kabinett beschlossene Konzept zum Thema Rassismus, Islam und Extremismus, das Handlungskonzept zur Förderung von Demokratie: Hier ginge es darum, Migrant:innen nicht nur als hilfsbedürftig wahrzunehmen, sondern sie verstärkt in den Beteiligungsprozess einzubinden. Eine Aktualisierung der Konzepte – auch zum Antisemitismus – werde demnächst

noch im Kabinett behandelt. Aufgrund der Koalition mit drei Regierungsparteien benötige der Aushandlungsprozess Zeit. Kritik muss innerhalb und außerhalb des parlamentarischen Rahmens geäußert werden können, z.B. im Rahmen des Flüchtlingsrates.

In der derzeitigen Lage werde versucht, das gesellschaftliche WIR mit starken rassistischen Einflüssen auszuhebeln. Um aber die Spaltung nicht weiter voranzutreiben, müsse auch mit diesen Menschen kommuniziert werden, bevor wir sie dafür „verlören“. Umfragen hätten ergeben, dass es zwar einen großen Wertekonsens gebe, dieser aber nicht bestimmend sei im Umgang mit der Rassismus-Problematik beispielsweise an Schulen. Wie also diskutieren wir mit ihnen und welche Schlüsse ziehen wir daraus, angesichts einer Partei, die nichts anderes macht, als Themen rauszupicken und zu fragen, dass die Politik ihnen vorschreiben wolle, was man zu essen oder zu denken hätte.

Mit diesem Personenkreis müsse man, so **Alfred Roos**, auf andere Weise und mit dem lokalen Know-how aus der Szene ins Gespräch und die Auseinandersetzung

kommen. Es geht vor allem um Triggerpunkte wie beispielsweise das Gendern, die manche Leute emotional herausfordernd wahrnehmen. Es bedürfe das Zutun aller, Wirtschaft, Verbände, Zivilgesellschaft, um deutlich zu machen, „wir lassen rassistische Äußerungen nicht zu!“ Das sei aber in Potsdam anders anzugehen als beispielsweise in Rathenow. „So unterschiedlich die lokalen Gegebenheiten auch sein mögen, müssen wir darauf eingehen, sonst bringen z.B. die nächsten Kommunalwahlen schwierige Ergebnisse für ein weltoffenes Brandenburg!“

Marianne Ballé Moudoubou bedauerte sehr, dass man sich in Brandenburg so schwer tue, mit den Migrant:innenorganisationen zu reden, um den Antirassismus voranzubringen. Es bedürfe einer anderen Energie, auf das Land zu gehen, als in die Stadt. Aber selbst in der Stadt kämen neue Herausforderungen, beispielsweise die Notwendigkeit eines Sicherheitskonzeptes. „Wir seien jetzt noch nicht einmal in den Startblöcken, um das Thema voranzubringen.“

Seitens der Zivilgesellschaft wurde nach dem Stand der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen

Leitlinien der Landesregierung gefragt, da dies bereits beim Round Table im Vorjahr 2022 angesprochen worden war. Dazu führte **Uwe Prüfer** aus, dass die Entwicklungspolitischen NGO, darunter mehrere Stakeholder des Round Table Entwicklungspolitik, über VENROB e.V. im Sommer 2023 die Möglichkeit zur Kommentierung genutzt hätten, die ihnen das diesbezüglich federführende MdFE eröffnet habe.

Dr. Irene Heuser bedankte sich für die Stellungnahmen seitens VENROB e.V. und der kommunalen Spitzenverbände – neben denjenigen der Ressorts der Landesregierung – zum Entwurf der Fortschreibung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und erläuterte, dass das MdFE derzeit die Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen prüfe und über den neuen Stand informieren werde.“

Die Mittagspause wurde nicht nur für einen fairen und veganen Imbiss bei angeregten Gesprächen, sondern auch für einen Rundgang durch die Ausstellung vom Afrika Medien Zentrum e.V. genutzt, bevor das Nachmittagsprogramm begann.



Monitoring

Entwicklungspolitische Leitlinien

Der Nachmittag des Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg war traditionell dem Monitoring der Entwicklungspolitischen Leitlinien vorbehalten. Aufgrund der begrenzten Zeit gaben die Redner:innen nur einen kurzen Einblick in ihren jeweiligen Tätigkeitsbereich. Ihre mit * versehenen Berichte aus den Fachabteilungen der Ministerien, die um viele Fakten erweitert sind, können auf der VENROB-Website in der vollständigen Fassung der Aufzeichnung aus dem Round Table unter folgendem Link: <https://venrob.de/veroeffentlichungen/> eingesehen werden. Die Beiträge verschiedener NGOs Promotor:innen sind in ausführlicher Version hier im Heft zu lesen.

Frau **Dr. Irene Heuser** vom MdFE bat Frau **Lena Bunselmeyer** aus der Staatskanzlei, über die aktuell laufende Weiterentwicklung der Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNS) zu berichten. Die Strategie, die sich systematisch an den 17 SDGs der Agenda 2030 ausrichtet, befinde sich nunmehr auf der Zielgeraden und soll noch in diesem Jahr vom Kabinett beschlossen werden.

* Herr **Dr. Martin Pohlmann** aus dem MLUK berichtete über den Stand der Nachhaltigkeit. Dazu gehören im Einzelnen die Nachhaltigkeitsplattform Brandenburg, verschiedene Projektvorhaben zur Umsetzung und Stärkung der nachhaltigen Beschaffung in der Landesverwaltung, die außerschulische Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) sowie der Klimaschutz im Klimaplan für Brandenburg.

* Frau **Ramona Krautz** aus dem MBSJ stellte ihren Monitoringbericht zur Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg 2023 vor. Einige der Projekte seien hier erwähnt: Sie verwies auf die Rahmenlehrpläne für die jeweiligen

Schultypen, wobei im Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe explizit das übergreifende Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ verankert sei. Des Weiteren berichtete sie über das zum 31.07.2023 ausgelaufene Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“, über das Handbuch „Globales Lernen – eine Anleitung für die Bildungspraxis“, das von Carpus e.V. mit Unterstützung des MBSJ erstellt worden ist. Die Handreichung zum übergreifenden Thema „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“ befindet sich in den letzten Abstimmungsprozessen zwischen LISUM, Senatsverwaltung Berlin und dem MBSJ.

Mit dem 5-Punkte-Plan zur Stärkung der politischen Bildung an Brandenburger Schulen setzt das MBSJ auf die noch intensivere Förderung des demokratischen Verständnisses und des gesellschaftlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen.

Ab 2024 ist geplant, das Projekt „Starke Lehrer – starke Schüler“ nach Abschluss der Projektphase Ende 2023 in die Organisationsstruktur des LISUM zu integrieren.

* Frau **Alisa Trojansky** vom MdFE stellte die AG Informations- und Bildungsarbeit BLA-EZ vom 30.06.2023 vor, die sich für eine querschnittsartige Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Strategien und Gesetzen der Landesregierung einsetzt.

* In seinem ausführlichen Bericht ging Herr **Sergey Moiseenko** vom Referat „Zuwanderung und Integration“ im MSGIV** auf die Themen Zuwanderung und Integration in Brandenburg ein.

Ausgehend von den Globale Flüchtlingszahlen berichtet er weiter über das Brandenburger Landesaufnahmeprogramm Jordanien, den Asyl- und Migrations- und Integrationsfond der EU, sowie über diverse Landesprogramme beispielsweise für die Unterbringung von Geflüchteten oder das Programm „Telefon- und Videodolmetschen in Brandenburg“. Eine vollständige Übersicht über die verfügbaren Sprachen und eine Auflistung der berechtigten Stellen und Einrichtungen im Land Brandenburg ist auf der Website des MSGIV zu finden.

Frau **Dr. Irene Heuser** berichtete über die unterschiedlichen Aktivitäten im Bereich der Entwicklungspolitik. Sie hob erneut die – mittlerweile achten – Baruther Schlossgespräche im September 2023 hervor. Zudem wies sie auf die Veranstaltungen der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) in Brandenburg hin, dabei erwähnte sie insbesondere die Potsdamer Frühjahrsgespräche, die sich in diesem Jahr auf das Thema Ernährungssicherheit konzentrierten, und den vorgeschalteten Brandenburg-Dialog, der allen Akteur:innen offen steht sowie den Berliner Sommerdialog und den Parlamentarischen Abend der sef: im Landtag Brandenburg im Anschluss an die Sitzung des sef:-Beirats in Potsdam im September 2023. Schließlich erläuterte sie, dass viele der genannten entwicklungspolitischen Themen ebenfalls ihren Widerhall in den Gesprächen des Bund-Länder-Ausschusses Entwicklungspolitik finden würden, insbesondere die regionalen Aktivitäten der Länder, die Umsetzung der globalen Dimension der Agenda 2030, die Bedeutung der kommunalen Entwicklungspolitik und die derzeitige Haushaltssituation im Hinblick auf Mittelkürzungen im Bereich der Entwicklungspolitik seitens des Bundes.

* Frau **Vera Fiebelkorn** von der Stabsstelle IntKom des MdFE berichtete über die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit und gab einen Einblick in die Förderlandschaft. Dazu gehören Projekte, die sich entwicklungspolitischen sowie auch europäischen und internationalen Themen widmen. Für die Zukunft sollen z. B. folgende Akzente stärker fokussiert werden:

- » Unterstützung für das Engagement junger Menschen: Hier soll es gezielt

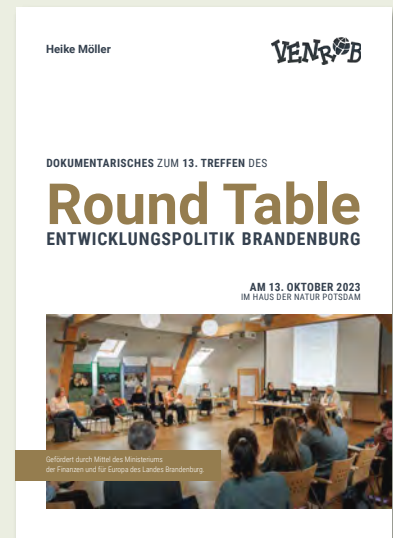
DOKUMENTARISCHES ZUM 13. TREFFEN DES **Round Table** ENTWICKLUNGSPOLITIK BRANDENBURG

Am 13. Oktober 2023



* Die mit Sternchen versehenen Berichte aus den Fachabteilungen der Ministerien können in der vollständigen Fassung der Aufzeichnung aus dem Round Table unter folgendem Link oder per QR-Code eingesehen werden.

<https://venrob.de/veroeffentlichungen/>



um entwicklungspolitische Projekte gehen, die sich am Bedarf junger Menschen orientieren. Eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Jugendorganisationen wird angestrebt.

- » Stärkerer inhaltlicher Austausch zwischen den Akteuren der entwicklungspolitischen Kommunikation und denjenigen der Bildung für nachhaltige Entwicklung.
- » Stärkere Sichtbarkeit und Ergebnisorientierung der entwicklungspolitischen Akteure im ländlichen Raum.

* Wer mehr über die Berliner Aktivitäten zur Entwicklungszusammenarbeit wissen möchte, dem sei der ausführliche Bericht von Frau **Helen Franke** von der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe zur Lektüre empfohlen. Darin

berichtet sie über den Decolonize Berlin e.V. Maßnahmenplan, Neues zur Beschaffung und Vergabepolitik, Fairem Handel, über die gemeinsame Nachhaltigkeitskonferenz der Bundesregierung und des Landes Berlin sowie den Wettbewerb Faire Schule. Darüber hinaus geht es um Auszeichnungen für Startups bzw. Geschäftsgründungen im Bereich Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit und Migration.

* Aus seinem Arbeitsbereich bei der Industrie- und Handelskammer Potsdam berichtet Herr **Torsten Stehr**, Leiter des Fachbereichs Unternehmensförderung. Hier ein Ausschnitt seines Beitrags:

Trotz einer außenpolitisch sehr schwierigen Zeit und einer Eintrübung der Konjunktur, sind die Exporte Brandenburgs im ersten Halbjahr 2023 gestiegen (+2,6%); die Importe unseres Bundeslandes hingegen gingen um 2,9 % zurück. ▶▶

►► Die Russland-Sanktionen greifen – der Handel mit dem Land sank um 97,9 %. Der Krieg in der Ukraine belastet nicht nur den bilateralen Handel, sondern auch die Lieferketten.

Die IHK Potsdam kooperiert seit 2011 mit BMZ und GIZ und ist in diesem Zusammenhang Partner des Programms Business Scout for Development (BSfD). Bis Ende 2024 ist diese Stelle gesichert, doch ist eine Ausweitung des Scout-Netzwerkes geplant ohne eine Aufstockung der Mittel. Künftig sollen Business Scouts bei den Gewerkschaften eingesetzt werden, die u.a. Lieferketten zum Thema haben werden. In Sachen Nachhaltige Lieferketten hat die IHK Potsdam gemeinsam mit dem BSfD einen Zertifikatskurs entwickelt, der inzwischen bundesweit im Angebot ist.

Frau **Birgit Mitawi** vom Verein Demokratie und Integration Brandenburg e.V./RAA Brandenburg berichtet über die Aktivitäten der BREBIT 2023. Bis Mitte Oktober 2023 haben 139 Schulen BREBIT-Projektstage zum Jahresthema „Gemeinsam handeln für eine klimagerechte Zukunft“ gebucht, die von 39 Referent:innen durchgeführt wurden oder noch stattfinden werden.

Lehrkräfte schätzen den Bezug zum Unterricht und den „Zuwachs an gesellschaftspolitischem Einblick. Ob Demokratieprojekttag, Geografie-Unterricht, Fremdsprachenunterricht oder fächerübergreifende Perspektive auf lokal-globale Fragen – BREBIT-Angebote finden Sie in unserem Katalog.

Buchungen sind direkt online möglich unter: <https://www.brebit.org/Angebote#Buchungsformular>.

BREBIT begann 2004 mit einer Woche, wurde dann auf mehrere Wochen, schließlich auf den gesamten Herbst und jetzt auf

das ganze Schuljahr ausgeweitet. Diese Entwicklung entspricht den Bedürfnissen der Schulen und den zur Durchführung notwendigen zeitlichen Ressourcen der Referent:innen.

In ihrem Beitrag fasst Frau **Birgit Gericke**, Geschäftsführerin des Standortes Brandenburg der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft (BBAG) e.V. die Aktivitäten der BBAG Potsdam zusammen. Einige der interessantesten Projekte seien hier genannt. Dazu gehören eine gutbesuchte Ausstellung in der Stadt- und Landesbibliothek zur Städte- und Klimapartnerschaft Sansibar-Town mit Potsdam. Die Koordinierungsstelle Klimaschutz der Landeshauptstadt unterstützt ein neues, auch mit Bundesmitteln gefördertes Projekt namens „Biocooling Zanzibar“. Dort geht es um die Erforschung und Entwicklung natürlicher Systeme zur Verschattung öffentlicher Plätze im verdichteten Stadtraum Sansibars.

Auch die Finanzkürzungen spricht sie an: 30 Prozent bei der Migrationsberatung für Erwachsene, 70 Prozent bei den Psychosozialen Zentren und die gerade erst gesetzlich neu aufgestellte unabhängige Asylverfahrensberatung soll im Ergebnis um 50 Prozent und die Freiwilligendienste sollen um rd. 24 Prozent gekürzt werden. Mit Verweis auf Punkt 2.2 in den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Brandenburg: „Integration, Migration und Entwicklungszusammenarbeit müssen als Einheit betrachtet werden (...)“, müsse jetzt ein Schulterschluss erfolgen, so Frau Gericke, und es sollte ein klares Statement vom Round Table gemacht werden als Ergebnis dieses Treffens.“

Herr **Obiri Mokini** kündigte die von Cagintua e.V. organisierte und

u.a. von VENROB e.V. unterstützte am 26. und 27. Oktober 2023 stattgefundenen „9. African Cultures and Democratic Dialogue“-Konferenz in Potsdam an. Diese sei insbesondere für Migrant:innen in Potsdam und Brandenburg gedacht und diene dem Zweck, möglichst viele Organisationen zusammen zu bringen. Vor dem Hintergrund des Neokolonialismus sollte eruiert werden, was getan werden muss, um die Lebenssituationen vor Ort zu verbessern und Fluchtgründe zu eliminieren. Die Konferenz wurde von der Landesintegrationsbeauftragten Frau Dr. Lemmermeier gefördert und auch eröffnet.

Der ausführliche Bericht von Frau **Adina Hammoud**, Fachpromotorin für Partnerschaften und internationale Kooperationen bei der BBAG e.V., ist auf der Seite 38 zu lesen.

Die VENROB-Promotorin für entwicklungspolitisches Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen in Brandenburg, Frau **Jahsa Rebecca Wiles**, berichtete kurz über Veranstaltungen und Initiativen entwicklungspolitisch aktiver Gruppen und Netzwerke von Geflüchteten und Migrant:innen. Eines deren übergreifender Ziele besteht darin, die Teilhabe und die Ausweitung ihres Wirkungsbereichs zu verstärken. Dazu bedürfe es jedoch dringend der Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mittel für die personelle Verstärkung. Das starke Engagement ehrenamtlicher Unterstützer:innen in den Vereinen täusche nicht nur über darüber hinweg, dass sie vielfach erheblichen Mehrfachbelastungen ausgesetzt sind. Oftmals zahlen diese einen hohen persönlichen Preis für ihren Einsatz.

Diskussionsrunde

Herr **Uwe Prüfer** brachte einige Ergänzungen in puncto NGO-Strukturen ein. Für den Förderzeitraum 2024-27 der vom MLUK geförderten Servicestelle Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) in Brandenburg habe sich ein Trägertrio aus ANU Brandenburg, VENROB und der HNE Eberswalde beworben. Die Entscheidung werde in den nächsten Tagen erwartet.

Ein wichtiges Ergebnis des erfolgreichen politischen Fachgesprächs „Non-formale Bildung für nachhaltige Entwicklung – Handeln für ein zukunftsfähiges,

demokratisches Brandenburg“, zu dem die Arbeitsgruppe BNE Brandenburg am 12. Oktober 2023 eingeladen hatte, sieht er darin, dass BNE und Globales Lernen stärker auch als Demokratiebildung in einer sich polarisierenden Gesellschaft verstanden werden.

Des Weiteren informierte er darüber, dass die aktuelle Förderphase des bundesweiten Eine-Welt-Promotor:innen-Programms noch bis Ende 2024 laufen wird. In Brandenburg kommen die Landesmittel für die sieben Teilzeitstellen aus dem MdFE. Die 16

Landesnetzwerke bereiten den nachfolgenden Förderantrag für 2025-27 bereits vor. Sie stellen sich darauf ein, dass angesichts schwieriger Haushaltslagen in Bund und Ländern sich die Mittel für dieses Programm sowie generell für Eine-Welt-Arbeit nicht vergrößern werden.

VENROB bietet im November u.a. in diesem Zusammenhang einen Strategie-Workshop an. Informationen können auf der Webseite von VENROB eingesehen werden.

Vorschläge

zur weiteren Arbeit der Steuerungsgruppe Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg und Ausblick

Dr. Irene Heuser und Herr **Uwe Prüfer** dankten den Mitgliedern der Steuerungsgruppe des Round Table für die gemeinsame Arbeit.

Es wird versucht, dafür noch weitere Kompetenzen zu gewinnen, beispielsweise von Kommunen.

Herr Prüfer verwies zusammenfassend auf die Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Teilnehmer:innen, mehr politische Signale aus Landtag und Landesregierung bezüglich der Strategien für

die entwicklungspolitische Arbeit zu bekommen. Dies betreffe vor allem die Bildungsarbeit – eine originäre Aufgabe der Länder.

Wichtige Anregungen hierzu verspreche man sich vom Erfahrungsaustausch mit dem Berliner Senat. Die Berliner überarbeiten derzeit ihre entwicklungspolitischen Leitlinien und haben einen Prozess zu „Decolonize Berlin“ begonnen.

Obgleich auch in Brandenburg durchaus eine Entwicklung sichtbar ist, stelle sich die Frage nach der gleichberechtigten demokratischen Teilhabe von Migrant:innen. Der Vorwurf, dass die Vorschläge der Migrant:innen nicht ernst genommen würden, dürfe nicht beiseite gewischt werden.

Mit herzlichem Dank an alle Stakeholder beendete das Moderationsduo das 13. Treffen.

Das Promotor:innenprogramm Brandenburg 2022 – 2024

Eine Halbzeitbilanz

Die aktuelle dreijährige Phase des Eine-Welt-Promotor:innenprogramms (PP4) hat Mitte dieses Jahres seine Halbzeit erlebt, was ein guter Anlass für eine Zwischenbilanz im Land Brandenburg ist.

Die Erfahrungen mit diesem Programm reichen noch weiter zurück. Im April 2015 war auch das Land Brandenburg mit einer Ko-Finanzierung zum größeren Anteil des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) eingestiegen. Dies hat seitdem in drei Förderzyklen die überjährige Arbeit von sechs bis sieben Promotor:innen auf Teilzeitstellen ermöglicht. Selbstverständlich eine willkommene Unterstützung der ohnehin strukturell schwach aufgestellten entwicklungspolitischen Vereine und Initiativen im Bundesland. Gleichwohl ist es nach Meinung des Landesnetzwerkes und seiner Mitglieder nicht ausreichend, um die wachsenden Herausforderungen, vor allem in einem Flächenland, adäquat angehen zu können. In unserer sich weiter globalisierenden Welt werfen insbesondere der sich intensivierende Klimawandel, die wieder ansteigenden Zahlen von Hungernden und von Geflüchteten sowie das alarmierende Aufflammen von Kriegen und Konflikten geradezu existenziell die Grundfragen von Entwicklungspolitik auf.

Wird dies als dringende gesamtgesellschaftliche Fragestellung



Uwe Prüfer

2. Sprecher VENROB e.V.

verstanden – wie sonst?? – dann sind als notwendiger Teil von Lösungsstrategien auch Information und Sensibilisierung der Bevölkerung sowie das Aufzeigen möglicher kollektiver und individueller Handlungsoptionen folgerichtig. Daran arbeiten unter anderem die Promotor:innen auf der Basis eines Rahmenkonzepts des bundesweiten Programms sowie eigener sogenannter Wirkwege.

Zum Programmstart in Brandenburg 2022 mit einem Wermutstropfen, den spezifischen Stellenprofilen der momentan 7 Kolleg:innen sowie zu einigen Erfolgen und Herausforderungen des ersten Jahres siehe den Beitrag des Autors im FEB Heft 12/2022.

Was kann das Programm 2022-23 zu seiner Halbzeit bilanzieren?

Es hat sich bestätigt, dass Wirkungen unserer Arbeit vor allem in längerfristigen Prozessen entstehen. Das ist relativ unabhängig vom spezifischen Profil der einzelnen Promotorenstellen. Die fachlichen Kompetenzen der Kolleg:innen, ihre motivierenden Impulse, manchmal auch die von ihnen aufgebrachte Beharrlichkeit, haben zahlreiche Vorhaben von Vereinen, in Kommunen, in Schulen, bei Nord-Süd-Partnerschaften usw. voranbringen können.

Das Promotor:innenprogramm folgt dabei generell dem Ansatz und der Forderung „vom Projekt zur Struktur“. Keine Frage: Wichtig ist jedes einzelne Projekt als konkretes Beispiele für – im Sinne der Nachhaltigkeit positive – Veränderungen, z.B. als Lernfeld, als Erfahrungsraum für die Selbstwirksamkeit, als motivierende Weiterbildung von Lehrkräften und Multiplikator:innen etc. Schwerpunkte der sechs Fachpromotor:innen (der Autor fungiert als ihr Koordinator) sind u.a.:

- » Der Aufbau von Women World Cafes in Rathenow und Bad Belzig mit Einführungen von migrantischen Newcomerinnen ins Globale Lernen
- » Die fachliche Begleitung, Unterstützung und entwicklungspolitische Qualifizierung von diversen Nachhaltigkeitsaktivitäten im Landkreis Potsdam Mittelmark
- » Modellprojekt mit vier Brandenburger Schulen zur

fächerverbindenden Bearbeitung von „Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen“

- » Eine Reihe von Social Media Posts, welche in Brandenburg aktive Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden, Fair Trade Towns und am Projekt „Global Nachhaltige Kommune“ beteiligte Kommunen vorstellen
- » Die begleitende Unterstützung der „9. African Cultures and Democratic Dialogue“-Konferenz von Cagintua e.V. in der Landeshauptstadt.

Einige dieser Beispiele finden Sie in diesem Heft weiter ausgeführt

Ein echter Höhepunkt zu unserer Halbzeit war die abgestimmte Beteiligung aller Kolleg:innen am „FestEssen. Das Festival für regionalen, fairen und klimafreundlichen Genuss“ am 7. und 8. September 2023 in Werder/Havel, welches mehr als 4.000 Besucher:innen angezogen hat. Ein besonderes Beispiel dafür, dass Promotor:innen generell meist dann erfolgreich gewesen sind, wenn sie untereinander oder mit weiteren Akteure:innen kooperiert haben. Dies möchten sie weiter ausbauen, zumal damit oft eine breitere öffentliche Wahrnehmung des Programm einhergeht.

Unbestritten sind ohne eine Vielzahl solcher konkreter Aktivitäten die sinnvolle Entwicklung von Strategien und insbesondere ihre erfolgreiche Umsetzung nicht möglich. Deshalb zielt das Programm in Brandenburg grundsätzlich darauf ab, dass damit die strategische Verschränkung der

entwicklungspolitischen Anliegen und Schwerpunkte der NGO mit der Entwicklungspolitik der Landesregierung und mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie vorwärtskommt. Promotor:innen haben sich in lokale, regionale und landesweite Diskussionen, Prozesse und Gremien zur Nachhaltigkeit Brandenburgs mit konkreten entwicklungspolitischen Zielen und Aspekten eingebracht. Auf Landesebene betrifft dies insbesondere die Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNHS) und Arbeitszusammenhänge um den Round Table Entwicklungspolitik Brandenburg.

Entwicklungspolitik ist Demokratie- förderung!

Da momentan weder die Fortschreibung der LNHS noch die der im Koalitionsvertrag verabredeten entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung vorliegen, lassen sich diesbezüglich die Wirkungen jener Leistungen nicht einschätzen.

Als für die Programmumsetzung problematisch sind einige von den NGO kritisierten inhaltlichen Vorgaben auf der Bundesebene einzuschätzen, die der Praxis entwicklungspolitischen Engagements etliche Möglichkeiten erschweren. Dazu zählen insbesondere fördertechnische Abtrennungen bestimmter Verknüpfungen mit Nachhaltigkeitsthemen und mit allgemein demokratiefördernden und antirassistischen

Zielstellungen. Dazu gibt es seit Jahren eine Debatte zwischen den zivilgesellschaftlichen Verbänden und den staatlichen Förderern, auch bzgl. des Promotor:innenprogramms. Die Ermöglichung, besser noch die gezielte Förderung solcher breiterer Ansätze wird aus der Sicht vieler NGO angesichts des Erstarkens demokratiefeindlicher Tendenzen immer dringlicher. Entwicklungspolitik ist Demokratieförderung!

Da für sollten in Brandenburg ausreichende Ressourcen sowie Kompetenzen zur Verfügung stehen. Die Landesnetzwerke und ihr Zusammenschluss, die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke e.V. (agl), bereiten bereits jetzt die 5. Förderperiode des Promotor:innenprogramms vor, die 2025 beginnen soll. Davor wird bekanntlich auch hierzulande der Landtag neu gewählt, der über den Haushalt 2025 zu beschließen hat. In dem sollte es unbedingt wieder einen möglichst aufgestockten Titel für dieses Programm sowie für die weiteren zivilgesellschaftlichen Vorhaben geben, die Brandenburg dabei unterstützen, sich zukunftsfähig zu machen.

Ausführlich bei
<https://brandenburg-entwickeln.de/>



Die finanzielle Förderung des Programms erfolgt durch das Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung von Engagement Global GmbH aus Mitteln des BMZ sowie seit 2020 durch das Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg (MdFE).

Entwicklungspolitisches Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen – Flucht und Migration als entwicklungspolitische Themen

– eine doch umfassende, gleichwohl eher annähernde Profilumschreibung, für deren praktische Gestaltung und Umsetzung ich mich seit Juni 2023 als Promotorin bei VENROB im Brandenburger Eine-Welt-Landesnetzwerk engagiere.

Für eine erste Ansprache von entwicklungspolitisch Interessierten und Engagierten waren vorrangig migrantisch-diasporisch organisierte Veranstaltungen in Brandenburg wegweisend. Dabei ging es zunächst darum, mit entwicklungspolitisch bereits aktiven Strukturen – Gruppen, Vereine, Netzwerke, Initiativen – gemeinsam zu schauen, wie sich bestehendes Know-how und vielfältige Perspektiven künftig noch stärker für die Ausgestaltung entwicklungspolitischer Themen in Brandenburg einbringen lassen.

Entscheidend für eine solche allseits gewünschte Teilhabe und Ausweitung des Wirkungsbereichs migrantisch-diasporischer Organisationen ist nicht zuletzt Planungssicherheit auf personeller Ebene durch die Bereitstellung entsprechender Mittel. Das starke Engagement durch ehrenamtlich Mitwirkende sollte nicht über deren inakzeptable Mehrfachbelastungen aufgrund hoher persönlicher Beanspruchung hinwegtäuschen.

Neben der Gewährleistung kontinuierlicher Projektaktivitäten wurde vielfach der Wunsch nach



Jahsa Rebecca Wiles

Promotorin für entwicklungspolitisches Empowerment von migrantisch-diasporischen Strukturen

einem besseren Verständnis für entwicklungspolitisch relevante Programme und das Aufzeigen von Zugängen zu finanzieller Förderung für internationale Projektaktivitäten und Kooperationen geäußert.

Internationale Gespräche

Dazu fand im Oktober eine erste Videokonferenz mit dem BMZ unter Beteiligung der Referate „Grundsatzfragen Flucht und Migration“ sowie „Klimagerechtigkeit“ als auch diverser Länderreferate (Westafrika / Sahel) statt. Der Veranstaltung ebenfalls zugeschaltet

war das Referat für „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ an der deutschen Botschaft in Abuja, Nigeria.

Von den angemeldeten migrantisch-diasporischen Gruppen waren insgesamt sechs Brandenburger Vereine vertreten, ergänzt von weiteren vier zivilgesellschaftlichen Partner-NGOs vor Ort in Ghana, Nigeria und Kamerun. Im Mittelpunkt der Gespräche standen BMZ-geförderte Kooperationsmodelle mit lokalen NGOs in Westafrika exemplarisch für die zuvor angefragten Bereiche „regenerative Energiegewinnung und -versorgung“ sowie „nachhaltige Agrar- und Ernährungssysteme“.

Die Dringlichkeit und die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns zum schrittweisen Abbau der Ursachen von Flucht, die oft drastische Auswirkungen auf die Betroffenen hat, wurden klar benannt.

Der Rolle von Zivilgesellschaft als unverzichtbare und treibende Kraft für die Gestaltung tiefgehender Veränderungsprozesse wurde dabei besondere Aufmerksamkeit zuteil. Die Gespräche bildeten in jeder Hinsicht einen wichtigen Ausgangspunkt für weiterführende Diskussionen und kooperative Verständigung zu zentralen entwicklungspolitischen Fragestellungen. Dazu braucht es seitens der zuständigen Einrichtungen die Bereitschaft, bestehende bürokratische Hürden abzubauen und eine konstruktive Handhabung

bei der Visavergabe einzuführen. Das trifft vor allem dann zu, wenn es darum geht, die für eine echte Kooperation so entscheidende aktive Beteiligung von zivilgesellschaftlich legitimierte Kräfte zu gewinnen.

Brandenburger Kontext

Vor dem Szenario substanzieller Verschärfungen des Asylrechts – bei paradoxerweise gleichzeitiger Ankündigung weitreichender Reformen bestehender Einwanderungsregelungen, mit wiederum den daraus folgenden Verunsicherungen und Ungewissheiten für Betroffene – organisierte Cagintua e.V. Ende Oktober 2023 die „9. African Cultures and Democratic Dialogue“-Konferenz in Potsdam.

Mit begleitender Unterstützung von VENROB e.V. u.a. für die Kommunikation der hochaktuellen Konferenzschwerpunkte und bei der Gewinnung von Fachexpertise gelang dem Organisationsteam um den Cagintua-Vorsitzenden Obiri Mokini hierbei ein ebenso anspruchsvoller wie praxisnaher Brückenschlag. Die zweitägige Veranstaltung beleuchtete in verschiedenen Panels zentrale Themen zur gegenwärtigen Situation und den damit verbundenen sehr realen Herausforderungen für MigrantInnen in Brandenburg. Gefördert

sowie auch mit dem Keynote-Beitrag eröffnet wurde die Konferenz von der Landesintegrationsbeauftragten Frau Dr. Lemmermeier.

Von besonderer Gewichtung für die Gestaltung der Konferenz war neben der Mobilisierung von Expertise aus dem arbeitsrechtlichen und Bildungsbereich sowie dem zivilgesellschaftlichen Engagement die aktive Mitwirkung besonders vulnerabler Gruppen in einem

**We may have all
come on different
ships, but we're in
the same boat now.**

Martin Luther King Jr.

von Cagintua gewährleisteten geschützten Raum. Angesichts einer untragbar-populistisch geprägten Debattenkultur mit ihrer gewollten Desinformation und Verunsicherung bleibt es umso wichtiger, Betroffenen auf der Grundlage faktischer Informationen bestmögliche Orientierung über Handlungsoptionen zu ermöglichen.

Die Resonanz, die diese Veranstaltung erfuh, zeugt von einem

Beratungsbedarf über diesbezüglich wenig sensibilisierte Behördenstrukturen hinaus, um den Ansprüchen Hilfesuchender infolge ihrer besonderen Lebensumstände besser Rechnung zu tragen.

Eindrücklich zeigt sich, wie bedeutend die Wahrnehmung und Anerkennung realer Fluchterfahrungen für die Solidarisierung mit Geflüchteten ist, um Schutzsuchende angesichts eklatant willkürlicher Ungleichgewichte bei den Aufnahme- und Anerkennungsverfahren nicht schutzlos allein zu lassen.

Anerkennung und Sichtbarmachung der Realität von Flucht und Migration

Flucht und Migration als entwicklungspolitische Themen zu setzen bedeutet, die sehr komplexen Realitäten der davon unmittelbar Betroffenen sowohl solidarisch anzuerkennen als auch in der weiteren Öffentlichkeit differenziert sichtbar zu machen, um zugleich die untrennbaren Zusammenhänge der globalen Krisen zu verdeutlichen, die wiederum ausnahmslos alle angehen. Dabei sind die Chancen vielfältiger Betrachtungsweisen von zentraler Bedeutung für die Mobilisierung von Kräften für eine zukunftsfähige Gestaltung dieser – unser aller – Einen Welt.



9th African Cultures and Democratic Dialogue 26/27 Oct. 2023, in Potsdam

Und schließlich, allen perfiden Versuchen von Spaltung und Polarisierung zum Trotz:

**SCHUTZ ist kein
gönnenhaft-beliebiges
Zugeständnis, je nach
politischem Gusto.**

**SCHUTZ ist ein
fundamentales
Menschen-Recht.**

Essen – Genießen – Nachdenken: Wie die Ernährungswende in Brandenburg als Anknüpfungspunkt für entwicklungspolitische Themen genutzt werden kann

Wie erreichen wir möglichst viele Menschen in der Region Werder (und darüber hinaus) mit den Themen Nachhaltigkeit, Weltoffenheit und globale Gerechtigkeit? Mit dieser Frage haben wir vor sieben Jahren bei Stadt-Land.move mit unserer Arbeit angefangen. Von Anfang an stand das gemeinsame praktische Tun, Kultur und Feiern sowie das Lernen mit guten Beispielen im Vordergrund unserer Ideen, wie wir das erreichen können. Wir wollten die manchmal sperrig und genussfeindlich daherkommenden Themen positiv besetzen und positive gemeinsame Erlebnisse schaffen. Dabei wollten wir Stadt-Land.move als Plattform für verschiedene Projekte und Initiativen so aufbauen, dass wir langfristig zu einem positiven Wandel in der Region beitragen können. Zentral war dabei von Anfang an, auch lokale Themen als Anknüpfungspunkte für Bildungs- und Informationsarbeit an Themen der globalen Gerechtigkeit zu nutzen.

Antworten auf Fragen zur global-regionalen Ernährungswende finden

Ein Thema begleitet uns schon seit Beginn: die regional-globale Ernährungswende. Woher kommen



Simone Holzwarth
Stadt-Land.move e.V.

denn eigentlich die Tomaten in unserem Bio-Ketchup aus Brandenburg? Aus der Region? Oder aus Spanien und China? Warum ist unser Fleischkonsum auch ein globales Thema? Welche Ernährungsweise ist nachhaltig und wie kann sie auch in Kantinen umgesetzt werden? Was hat Kakaoproduktion mit Kinderarbeit und Fairness zu tun? Und warum macht es Sinn in Zukunft mehr Kichererbsen in Brandenburg anzubauen? Das Thema ist äußerst vielseitig und bietet viele regional-globale Anknüpfungspunkte. Wir probierten in den ersten drei Jahren dazu verschiedene Formate aus: Schulprojekte zur globalisierten Tomatenproduktion, regionale

Vernetzung beim „politischen Suppentopf“ mit INKOTA, die Unterstützung einer Schüler:innenfirma zum Aufbau eines regional-fairen Schüler:innencafés...

Diese Zeit war – trotz der schwierigen Arbeitsverhältnisse auf Basis von kurzfristigen Projektfördermitteln – gut um Erfahrungen mit Formaten und Zielgruppen zu sammeln und wir tasteten uns langsam an das heran, was wir eigentlich wollten: Für Themen der Ernährungswende in großem Stil begeistern, langfristige Veränderungen bewirken und über die Dimensionen der globalen Gerechtigkeit aufklären und ins Gespräch kommen.

Projekte aus der Promotoren-Arbeit

So richtig durchstarten konnten wir aber erst mit dem Beginn von längerfristigen Finanzierungen. Dabei kam uns zugute dass wir 2019 eine Förderung für eine Eine-Welt Promotor:innen-Stelle bekamen sowie eine Förderung für den Aufbau des Ernährungsrats Brandenburg. Jetzt konnten wir mit der Vernetzungs- und Informationsarbeit richtig beginnen und dazu beitragen, langfristige Strukturen zu schaffen. Schon länger hatten wir dabei die Idee, ein großes Festival

auf die Beine zu stellen, bei dem die regionale Ernährungswende erlebbar-, die Kultur des guten Essens gefeiert-, und das Ernährungsthema als Anknüpfungspunkt für entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit genutzt wird. 2022 war es dann soweit: Wir schafften es, gemeinsam mit vielen Akteur:innen und auf der Basis verschiedener Förderungen das erst FestEssen-Festival auf dem Marktplatz in Werder auf die Beine zu stellen. Neben einem Regionalmarkt und Essensanbieter:innen aus der Region gab es durch die Mitarbeit der Eine Welt-Promotor:innen in der Region Werder diverse Infostände zu regional-globalen Ernährungsthemen, eine Interkulturelle Koch-Talk-Show und Bühnengespräche zum Zusammenhang von Klimaschutz und Ernährung. Der große Erfolg mit ca. 4.000 Besucher:innen an zwei Tagen war eine große Motivation, gleich weiterzumachen und das FestEssen-Festival für 2023 zu planen. Hier brachten wir entwicklungspolitische Themen noch stärker in den Planungsprozess ein. So kam nicht nur das Wörtchen „fair“ mit in den Untertitel („Festival für regionalen, fairen und klimafreundlichen Genuss). Der Faire Handel wurde auch in einer eigenen Fairen Schoko-Werkstatt mitten auf dem Marktplatz sichtbar und erlebbar gemacht. Die Besucher:innen konnten hier selbst Hand anlegen und eine eigene Schokolade herstellen. Währenddessen erfuhren sie mehr über die Arbeitsbedingungen in der Kakaoherstellung, über den Welthandel mit Kakao und über die Vorteile des Fairen Handels. Begleitet wurde die Schoko-Werkstatt von der INKOTA-Ausstellung „Make Chocolate Fair!“, die sowohl die politischen Zusammenhänge thematisiert als auch individuelle Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.



Die beiden FestEssen-Festivals haben uns gezeigt, wie sehr die Themen Ernährung, regionale Lebensmittel und Landwirtschaft in Brandenburg interessieren, wie viele Besucher:innen durch dieses Format angezogen werden und welches Potential sich dabei ergibt, diese Themen mit entwicklungspolitischen Zusammenhängen zu verknüpfen. „Essen ist politisch“ – dieses Motto der großen Agrarwende-Demonstrationen anlässlich der Grünen Woche in Berlin ist hier in Brandenburg aktueller denn je. Agrarindustrie, Landgrabbing, Ernährungssouveränität, Klimawandel: Diese Themen sind hier alle aktuell für die Zukunft von Landwirtschaft und Ernährung und sie alle haben klare entwicklungspolitische Bezüge, die wir insbesondere in der regionalen Arbeit immer wieder aufzeigen können.

Weitere Informationen zur Eine Welt-Promotorin zur Stärkung entwicklungspolitischer Themen in Nachhaltigkeitsprozessen Brandenburgs: Simone Holzwarth, <https://www.stadt-land-move.org/eine-welt-promotorinnen-programm2/>

<https://festessen.net/>

<https://www.ernaehrungsrat-brandenburg.de/>

Folge zum FestEssen 2023 im Podcast Zukunftsimpulse Brandenburg: <https://open.spotify.com/episode/5di5u-4My1prsjQUloJLRxI>

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit im ländlichen Brandenburg

Fatuma Musa Afrah von *United Action Women and Girls e.V.* und *Andreas Teuchert* von *Halle 36 e.V.* betreiben seit Anfang 2022 als *Eine-Welt-Promotor:innen* im Tandem *entwicklungspolitische Bildungsarbeit* mit Frauen mit *migrantischer Erfahrung* im *ländlichen Brandenburg*.

Mit etwa 30 Frauen aus u.a. *Somalia, Afghanistan, Eritrea, der Ukraine und Tschetschenien* veranstalten sie *drei- bis viermal im Monat* in *Rathenow (Havelland)* und in *Bad Belzig (Fläming)* die *„Women World Cafés“*. Sie behandeln Themen rund um *„Das gute Leben für alle“*, *„Frauenrechte und Care-Arbeit“*, *„Klimagerechtigkeit und Konsum“*, *„Flucht und Migration“* mit *angepassten Methoden globalen Lernens* und wollen die *Teilnehmerinnen im Sinne einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit in ihrer Teilhabe an sozial-ökologischer Transformation stärken*.

Höhepunkte in den letzten Monaten waren ein Besuch im Berliner Haus der Kulturen der Welt, wo die Promotorinnen eine Führung durch einen der Kuratoren der Ausstellung *„O Quilombismo“* organisiert hatten. Es ging um *Widerstand und Beharren*, um *Flucht als Angriff*, um *demokratisch-egalitäre politische Praktiken* vor allem in *Südamerika*. Des Weiteren organisierten sie einen *„Wash Talk“* beim *Festival weltoffenes Werder*, bei dem *Kleidung gemeinsam von Hand gewaschen* wurde. Dabei wurden *Geschichten erzählt* rund um *Praktiken weltweiter Alltags-tätigkeiten*, die immer noch überwiegend von *Frauen und Mädchen* ausgeführt werden sowie deren *kultureller, sozialer und ökologischer Implikationen*.

Beide Veranstaltungen zielten auf *Stärkung interkultureller*



Andreas Teuchert
Halle 36 e.V.

Fatuma Musa Afrah
United Action Women & Girls e.V.

Wahrnehmung und Solidarität unter Frauen und Mädchen ab.

Weitere Beispiele für Workshops in Kooperation mit verschiedenen Referentinnen seit 2022 waren:

- » *Klimagerechtigkeit – mit theaterpädagogischen Elementen und Musik;*
- » *unser Konsum: wie wir mit unseren Kaufentscheidungen das Wohlergehen von Mensch und*

Umwelt an den Produktionsorten beeinflussen;

- » *Sorgearbeit: anhand von Filmclips, Grafiken und einem Care-Bingo ging es um die Bedeutung und Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit in der Gesellschaft.*

Die gewählten Methoden sollen möglichst *praktisch, vieldimensional und mehr-als kognitiv* sein, u.a. *Exkursionen, theaterpädagogische Elemente, kurze Filmclips,*

Rede-Stabrunden, Handarbeiten.

Sowohl die Situationen der Zielgruppe als auch die Arbeit im Tandem bergen eine Reihe von Herausforderungen: Die Teilnehmerinnen sind oftmals *räumlich, sprachlich und kulturell isoliert, täglich konfrontiert mit Rassismus*. Um die Rahmenbedingungen für *wirksame Bildungsarbeit herzustellen*, bedarf es *einigen Aufwands: Kinderbetreuung,*

Transport, Übersetzung, sozialarbeiterische Begleitung und Empowerment. Dazu gehörten auch intensive Auseinandersetzungen innerhalb des Promotor:innen-Tandems, um aus den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, Erfahrungen und Perspektiven ein gemeinsames Ergebnis zu erzielen – das dann aber manchmal überraschend originär ist.

Angesichts dieser Herausforderungen ist das Tandem dankbar für die gute Unterstützung durch Brandenburger und Berliner Promotor:innen, die es in verschiedenen Coaching-Treffen erfuhr. Eine daraus resultierende Maßnahme ist die geplante Etablierung eines Mentorinnen-Programms, in dem interessierte Teilnehmer:innen

der Women World Cafés (WWC) in Einzel-Coachings mit kooperierenden Referent:innen zusammenkommen und von ihnen präferierte Themen zur Workshopreihe weiterentwickeln sollen.

Als positive Effekte der WWCs hat das Tandem u.a. festgestellt, dass manche Teilnehmende sich erstmals als Persönlichkeiten mit spezifischen Bildungs- und Erfahrungshintergründen ernst genommen fühlten, dass kritische Perspektiven auf globale gesellschaftliche Zusammenhänge und auf kulturelle Vorgaben seitens der Herkunftsgemeinschaften wertgeschätzt wurden, dass respektvolle Debatten in einem sicheren Umfeld zustande kamen und mehr Sicherheit in der körperlichen Präsenz durch Tanz- und

Theatereinheiten zum Ausdruck kam.

Im Sinne einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit rückt das Promotor:innen-Tandem „(...) Frauen in ihrer wichtigen Rolle als Wissensträger:innen und Entscheidungsträger:innen ins Zentrum. Es geht ihr im Kern um eine weltweite Bewegung für mehr Gerechtigkeit – und darum, das Potenzial aller auszuschöpfen.“ (BMZ)

Das Eine Welt-Promotor:innen-Programm in Brandenburg wird gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und des Ministeriums der Finanzen und für Europa im Land Brandenburg.

Kontakt: Fatuma Musa Afrah, Andreas Teuchert, E-Mail: info@united-action.de, Telefon: 030-263 74 746



Wash-Talk beim Festival Weltoffenes Werder am 23.9.2023

Kommunikation ist alles, ohne Kommunikation ist alles nichts*

Ein Einblick in die entwicklungspolitische Kommunikationsarbeit

Ein aktueller Schwerpunkt ist die Überarbeitung des von der AGL vor einigen Jahren erstellten Fragenkataloges „Partnerschaften reflektieren“. Dieser ist als Leitfaden für Vereine gedacht, die mit Partnerorganisationen im Globalen Süden zusammenarbeiten. In Zweiertteams – in meinem Fall mit Akinola Famson, Berliner Promotor für Globale Solidarität im Kiez beim Afrikarat Berlin/ Brandenburg – werden die einzelnen Kapitel auf das Vorhandensein dekolonialer und machtkritischer Aspekte geprüft und entsprechend neu formuliert. Gleichzeitig wird das Dokument gestrafft und kann auch gut als Leitfaden für kommunale und andere Partnerschaften dienen. Nach Fertigstellung und Freigabe durch die AGL kann das Dokument allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Dieses erfolgt im Rahmen des Fachforums Internationale Kooperationen der AGL.

Das „Globale“ und Kommunen

Doch besonders relevant ist das Tätigkeitsfeld Begleitung und Beratung von Kommunen im Hinblick auf globale Aspekte. In Brandenburg beteiligen sich mehrere Kommunen am Prozess Global Nachhaltige Kommune. Acht von ihnen sind im gegenwärtigen bis Ende 2023 laufenden Projekt aktiv in Sachen Nachhaltigkeit und SDGs. Unterstützt werden sie von der SKEW, die bei der Entwicklung der kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie und der Umsetzung der für die Kommune passenden SDG berät. Manchen Kommunalvertreter:innen springt „das Globale“ nicht auf Anhieb ins Auge – hier sehe ich meinen Ansatzpunkt und meine Aufgabe, dafür Impulse zu geben und bei Bedarf zu beraten. Das kann, aber muss nicht zwangsläufig eine Partnerschaft mit einer Kommune im Globalen Süden sein. Nachhaltigkeitsaspekte wie Faire Beschaffung gehören genauso dazu wie das Bewusstsein, oft einem Zielkonflikt gegenüberzustehen: die Umrüstung auf E-Fahrzeuge mindert hier CO²-Emissionen. Der Abbau der z.B. für Batterien benötigten Rohstoffe unter oft schlimmen Bedingungen im Globalen Süden bedeutet Externalisierung ökologischer und sozialer



Adina Hammoud

Fachpromotorin für Partnerschaften und internationale Kooperationen bei der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft e.V. (BBAG e.V.)

Probleme. Ich halte es für wichtig, sich mit diesen globalen Zusammenhängen auseinanderzusetzen, auch und besonders im Kontext von Nachhaltigkeitsstrategien. Unterstützung und Beratung in Sachen kommunale Partnerschaften biete ich zurzeit den Aktiven in Kleinmachnow und Nuthe-Urstromtal an. Dort sind Kontakte nach Namibia bzw. Kosovo auf gutem Weg, in eine Partnerschaft zu münden.


Weltläden in Kommunen

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Begleitung des Projektes

„Weltläden engagiert in Kommunen“ des Weltladendachverbandes, das in zwei Pilotregionen stattfindet. Eine davon ist in Brandenburg. Sechs Weltläden rund um Berlin wollen als Partner der jeweiligen Kommunen die Gedanken von Fairness und Gerechtigkeit in der Kommune sichtbar machen und verankern. Diesen Prozess begleite ich z.T. beratend, hauptsächlich aber publizistisch auf den Social Media. Dazu erscheinen ab November immer mittwochs Posts, in denen die Partnerschaft Weltladen-Kommune und, sofern relevant, gemeinsame Aktionen vorgestellt werden. Stichwort Social Media. Die im laufenden Projekt Global Nachhaltige Kommune Beteiligten werden seit 9. Oktober immer montags vorgestellt. Es folgen weitere Reihen zu Partnerschaften und Fairtrade-Towns.

Die Kanäle sind so zu finden:

 [@brandenburgglobal](https://www.instagram.com/brandenburgglobal)

 [@BrandenburgEntwickeln](https://www.facebook.com/BrandenburgEntwickeln)

Kommentare und Austausch sind gern gesehen.

**Die Überschrift stammt ursprünglich von dem gleichnamigen Buch von Cornelia Kisslinger-Popp*

Süd-Nord-Schulpartnerschaft in Zeiten der Klimakrise

Seit 2011 begleitet Carpus e. V. die Süd-Nord-Schulpartnerschaft zwischen der San Miguel National High School in Puerto Princesa City (Philippinen) und dem Emil-Fischer-Gymnasium in Schwarzeide. An beiden Schulen gibt es eine Arbeitsgemeinschaft „Schulpartnerschaft“. In den zwölf Jahren seit Beginn der Partnerschaft fanden sieben Begegnungsreisen statt, davon vier Besuche in Brandenburg und drei in den Philippinen. Inhaltlich wurde in den Begegnungsprojekten immer zu wechselnden Themen der globalen Gerechtigkeit gearbeitet. An jeder Begegnung nahmen zwischen sechs und zehn Schüler:innen und jeweils zwei Lehrkräfte aus jedem Land teil.

Gemeinsames Lernen zur global gerechten Entwicklung

Als die beiden Schulen einen ersten Partnerschaftsvertrag mit Carpus e. V. unterzeichneten, wurde darin festgeschrieben, dass die inhaltlichen Ergebnisse aus den Begegnungsprojekten Eingang in den Unterricht finden sollen. Am Emil-Fischer-Gymnasium konzipierten die an der Begegnung teilnehmenden Schüler:innen daher immer eine Doppelstunde zum jeweiligen Thema der Begegnung, die sie selbst für ihre Mitschüler:innen anleiteten. Nach dem Peer-to-Peer-Ansatz schlüpfen sie selbst in die Rolle von Moderator:innen oder Lehrkräften. An der San Miguel National High School fanden meist interaktive Präsentationen über das Begegnungsthema statt, die von den Schüler:innen gehalten wurden. Oft waren die Präsentationen verbunden mit einem Quiz, bei denen die Mitschüler:innen ihr in der Präsentation erworbenes Wissen testen und Preise gewinnen konnten. Diese Präsentationen fanden nicht nur in der San Miguel National High School statt, sondern auf Bitten des Schulamtes Puerto Princesa City auch in anderen Schulen im Stadtgebiet.

Von Anfang an ist die Süd-Nord-Schulpartnerschaft auf das



Uwe Berger

Eine-Welt-Promotor für Globales Lernen bei Carpus e.V.

gemeinsame Lernen zu Themen der global gerechten Entwicklung ausgerichtet. Von vornherein sollten paternalistische Hilfsabsichten in der Partnerschaft vermieden werden. Auch wenn die Lernbedingungen an beiden Schulen sehr unterschiedlich sind und die technische Ausstattung am Emil-Fischer-Gymnasium weit umfangreicher ist als die an der San Miguel National High School, sollte es in der Schulpartnerschaft niemals darum gehen, dass die deutsche Schule Hilfe bei der Erweiterung oder der Ausstattung der philippinischen Schule leistet. Das würde die Zusammenarbeit in eine Abhängigkeitsbeziehung bringen,

die die bereits bestehenden Machtungleichheiten noch verstärken würden.

Schwierige Partnerschaft bei ungleichen Voraussetzungen

Dass es in der Partnerschaft ungleiche Positionen gibt, die auf kolonialen Kontinuitäten beruhen, ist kein Geheimnis. So brauchen Menschen mit einer EU-Staatsangehörigkeit kein Visum, um sich bis zu 30 Tage in den Philippinen aufzuhalten. Die philippinischen Staatsbürger:innen benötigen für die Einreise in die EU jedoch immer ein Visum, ganz gleich, wie lange sie sich dort aufhalten möchten. Um das Visum zu beantragen, müssen sie eine Einladung und eine bürgende Person vorweisen, die dafür garantiert, dass sie vor Ablauf ihres Visums die EU wieder verlassen. Welche Unterstellung schwingt in diesem ungleichen System mit? Mit welcher Rechtfertigung werden Menschen unterschiedlicher Herkunft derart ungleich behandelt? Dass die Finanzierung der Begegnungsprojekte nahezu ausschließlich mit Geldern von deutschen Förderinstitutionen erfolgt, schafft eine weitere Machtungleichheit in der Süd-Nord-Schulpartnerschaft. Hier werden Abhängigkeiten im

Kleinen geschaffen, die sich von den globalen Machtungleichheiten auf politischer und wirtschaftlicher Ebene nicht unterscheiden.

Koloniale Strukturen wirken bis heute

Sich dieser globalen Ungleichheit bewusst zu werden, zu verstehen, wie koloniale Strukturen bis heute weltweit weiterwirken und die eigene Rolle darin zu reflektieren, war uns stets ein Anliegen in den Begegnungsprojekten. Mit der in den Begegnungsprojekten verankerten Bildungsarbeit (Workshops, die das Carpus-Team selbst gestaltet, Exkursionen zu Nachhaltigkeitsinitiativen, Kennenlernen von Menschenrechtsaktivist:innen und ihrer Arbeit) wollten wir den Horizont der Teilnehmenden erweitern. Wir haben gehofft, dass sich die Teilnehmenden aus Schwarzheide im Rahmen der Begegnungsprojekte ihrer Privilegien bewusstwerden. Privilegien, wie der kostenfreie Zugang zu Bildung, visafreie Einreise mit einem deutschen Reisepass in 191 Staaten der Welt, durch das Grundgesetz garantierte Rechte wie Meinungsfreiheit. Privilegien, wie sie Menschen in den Philippinen nicht zuteilwerden. Und wir haben gehofft, dass die Teilnehmenden aus Deutschland dazu angeregt werden, sich nach den Begegnungen zivilgesellschaftlich für eine global gerechte Entwicklung zu engagieren.

Wunschdenken trifft auf Wirklichkeit – politische Bildung vs. Reiselust

Tatsächlich mussten wir jedoch feststellen, dass die Beweggründe der Schüler:innen für die Teilnahme am Süd-Nord-Schulaustausch ganz andere sind. Im Zentrum stand fast immer das Reisen. Nur vereinzelt melden sich Schüler:innen in der Arbeitsgemeinschaft

an, die mit der Familie bislang nur in Deutschland oder Europa Urlaub gemacht haben. Die meisten Schüler:innen waren mit der Familie schon auf verschiedenen Kontinenten unterwegs, lieben das Reisen und möchten gerne ein weiteres Land oder eine weitere Klimazone auf ihrer Reiseliste abhaken. Die Erwartung der Schüler:innen ist also eine ganz andere als wir es uns im Team von Carpus e. V. wünschen. Die Schulpartnerschaft wird vielmehr als eine touristische Aktivität gesehen und nicht als ein Projekt der politischen Bildung.

Befeuern wir mit dem Angebot der Begegnungsreisen möglicherweise die Reiselust der Schüler:innen? Und können wir transkontinentale Flüge im Zeitalter des Klimawandels noch vertreten? Im Begegnungsprojekt 2022 haben wir mit den Schüler:innen zum Thema Klimawandel gearbeitet und sie gefragt, ob Flugreisen als Teil des Problems noch tragbar sind. Für die Schüler:innen, aber auch die Lehrkräfte, standen Flugreisen und Klimawandel in keinem Widerspruch. Ihnen erschien es vollkommen notwendig, zu fliegen. Denn ohne Flug wäre die touristisch-kulturelle Erfahrung in einem tropischen Land nicht möglich. Doch gerade die Flug-Emissionen in den höheren atmosphärischen Schichten sind ausgesprochen klimaschädlich. Die Teilnehmenden nahmen die schwerwiegenden Folgen des Klimawandels in Kauf oder blendeten sie in der Debatte schlichtweg aus. Eine Süd-Nord-Partnerschaft ohne Flugreise, mit ausschließlich digitalen Treffen, erschien ihnen nicht attraktiv und sinnvoll.

Schüleraustausch trotz Klimawandel?

Dabei ist der Klimawandel aktuell eine der größten globalen Bedrohungen für das friedliche

Zusammenleben der Menschheit auf unserem Planeten, wenn nicht sogar die größte globale Bedrohung. Durch den Klimawandel werden schon jetzt weltweit Lebensräume, Ernten und Süßwasservorräte zerstört, was unweigerlich zu Migrationszwängen führt. Und gleichzeitig herrscht gerade in den privilegierten europäischen Gesellschaften eine große Angst vor In-Migration. Der Süd-Nord-Schulaustausch ist Teil dieses Dilemmas, verursacht er doch mit den Flugreisen klimaschädliche CO₂-Emissionen. Ein klimaneutrales Fliegen ist derzeit noch nicht möglich. Ist es gerechtfertigt, mit sechs, acht oder zehn Schüler:innen in die Tropen zu fliegen, um dort in Workshops mit Partnerschüler:innen zu globalen Gerechtigkeitsthemen wie dem Klimawandel zu arbeiten? Ginge das nicht auch digital? Ist es nicht paradox, den Klimawandel durch eigenes Reisen zu beschleunigen und gleichzeitig politische Bildungsarbeit zur weltweiten Klimakrise zu betreiben?

Diese Fragen stellen wir uns gerade. Und ehrlich gesagt wissen wir selbst nicht so recht, wie wir mit dieser Herausforderung umgehen sollen. Für 2023 und 2024 haben wir uns vorgenommen, keine Begegnungsprojekte durchzuführen. Stattdessen möchten wir mit der Arbeitsgemeinschaft Schulpartnerschaft im Emil-Fischer-Gymnasium vor Ort arbeiten. Wir möchten mit den Schüler:innen Workshops in der Schule oder in Seminarhäusern durchführen und die Partner:innen aus den Philippinen digital dazuschalten. Wir wollen uns ein Jahr Zeit nehmen, um mit den beiden Partnerschulen zu eruieren, wie ein zukunftsfähiges Konzept für die Fortsetzung der Süd-Nord-Schulpartnerschaft aussehen kann. Die Herausforderung dabei ist, die Partnerschaft

so zu gestalten, dass sie politisch-moralisch glaubwürdig und dennoch für die Schüler:innen attraktiv ist. In Zeiten des Klimawandels muss sich die Süd-Nord-Partnerschaft auf jeden Fall an

Nachhaltigkeitsaspekten messen lassen.

Mit Sicherheit sind wir nicht die einzigen, die sich in dieser Situation Gedanken machen. Wir freuen uns deshalb über Austausch mit

anderen Partnerschaftsprojekten. Gemeinsam lässt sich der Weg in eine klimafreundliche Süd-Nord-Partnerschaftsarbeit leichter gehen. Sprechen Sie uns deshalb gerne an!

20 Jahre Entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationstage

Eine Geschichte von Mitgestaltung, Vernetzung, Lernprozessen und Veränderungen

20 Jahre BREBIT sind 20 Jahre, in denen wir die Bildungslandschaft in Brandenburg engagiert mitgestaltet haben und dabei selbst gewachsen sind: Inhaltlich von der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit über das Globale Lernen hin zu der Frage, wie dieses gesellschaftlich transformativ und dekolonisierend wirken kann. Und strukturell ist in dieser Zeit aus einer Koordinationsgruppe ein eingespieltes Team geworden. Die BREBIT schuf den Rahmen für eine breite Zusammenarbeit von Akteur:innen des Globalen Lernens im ganzen Land Brandenburg. In den ersten Jahren trafen sich die Initiator:innen ehrenamtlich oder waren in anderen Projekten ihrer Vereine hauptamtlich beschäftigt. Diese Arbeitsweise stieß mit wachsender Professionalisierung der Bildungstage an ihre Grenzen. Eigene Ressourcen sicherten ab 2006 eine verbindlichere Zusammenarbeit innerhalb der BREBIT. Dies ermöglichte die Organisation der Bildungstage sowie eine systematische Qualitätsentwicklung des Globalen Lernens für Brandenburg.

Die Vernetzungsstruktur der BREBIT-Koordinationsgruppe war für die beteiligten Vereine und die einzelnen Personen sowohl für die gemeinsame Projektentwicklung als auch für das gemeinsame Lernen als Individuen und als Organisation von großer Bedeutung. Mit den gemeinsamen Aktionen ermöglichten und stärkten wir die öffentliche Wahrnehmung globaler Themen. Die Arbeitsweise und die Zusammensetzung der Koordinationsgruppe haben sich mit den Erfahrungen der Einzelnen und der Gruppe über die Jahre ständig entwickelt, den Rahmenbedingungen angepasst und auf



Birgit Mitawi

Demokratie und Integration
Brandenburg e.V. /
RAA Brandenburg.

neue Impulse aus Fachdebatten zum Globalen Lernen reagiert. Zentrale Akteur:innen wie die RAA Brandenburg, die GSE e.V., Carpus e.V. und VENROB e.V. waren von Anfang an dabei und sicherten mit ihrem Erfahrungswissen und ihrer Expertise die Kontinuität und die qualitative Weiterentwicklung der BREBIT. Neue Partner:innen wie das Diakonische Werk Teltow-Fläming e.V. brachten eine andere Dynamik in die Gruppe und neue Perspektiven. Einzelne Personen verstärkten die Gruppe mit ihrer Fachexpertise zum Jahresthema.

Im Laufe der Jahre ist die Landschaft im Kontext von BNE/



Globales Lernen vielfältiger geworden. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) nimmt dabei in Brandenburg einen höheren Stellenwert ein. Neue Vereine entstanden und entwicklungspolitische Promotor:innen schärften ihre Profile. Das hatte auch Auswirkungen auf die Koordinationsgruppe der BREBIT. Die Finanzierung der einzelnen Mitglieder veränderte sich, die Arbeit als Gruppe verlor dadurch an Stabilität. Als Konsequenz musste man sich von der jahrelang erprobten Arbeitsstruktur in der Koordinationsgruppe verabschieden. 2022 beendeten wir das Jahr mit dem gemeinsamen Beschluss, die BREBIT als Projekt ganz in die Hände der RAA Brandenburg zu übergeben. Gleichzeitig entwickelten wir neue Formate des Austausches und Netzwerkers, um die soliden, wertvollen Kooperationsstrukturen und Austauschbeziehungen weiter zu nutzen und zu gestalten.

Neues Format der Vernetzung: ‚kooperativdenken-lokallernen‘
 2023 haben wir uns gemeinsam mit anderen Akteur:innen in einem größeren Netzwerk auf einen steinigem Weg begeben. Steinig, weil Vernetzungen und daraus entstehende Kooperationen ihre Zeit benötigen, und von dieser steht uns nicht mehr viel zur Verfügung. Projektarbeit muss sich zwangsläufig immer auf ein einziges Projekt fokussieren, denn neu auftauchende Entwicklungen gehören nicht zu den abrechenbaren Projektmöglichkeiten. Um Synergien zu nutzen, die sich aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Expert:innen des Globalen Lernens ergeben, und um die Angebote bedarfsgerecht weiterzuentwickeln brauchen wir Flexibilität und vernetztes Arbeiten, auch und gerade weil wir in Projekten arbeiten.

Im ersten Jahr haben sich quartalsweise Treffen bewährt, um

gemeinsame Themen zu reflektieren (Wie gestalten wir unsere Arbeit diskriminierungssensibel?), um Strategien für die Lobbyarbeit zu entwickeln (Wie werden wir sichtbarer?); um uns besser kennenzulernen (Welche Anschlusspunkte hat Permakultur zum Globalen Lernen?) und um Erfahrungen auszutauschen (Wie gestalten wir solidarisches Lernen in unserem Arbeitskontext?).

Die 20 Jahre BREBIT waren geprägt durch Lernen und Verlernen, sich verändernde Rahmenbedingungen von Corona bis zur Auseinandersetzung mit populistischen Tendenzen im Klassenzimmer; durch unsichere Finanzierungen; durch das Engagement, durch Wertschätzung vieler Partner:innen und Akteur:innen sowie durch anhaltende Kreativität und Offenheit für neue Wege, um Globales Lernen in Brandenburg zu stärken. Auch weiterhin.

Gemeinsam auf dem Weg Richtung Zukunft – die Servicestelle BNE in Brandenburg

Katastrophenpädagogik? Kann man machen, aber bringt das was?

Einem Großteil der Menschen ist bewusst, dass wir in Zeiten multipler Krisen leben, gleichzeitig erleben sie eine große Diskrepanz zwischen dem was sie wahrnehmen und was sie selbst, ihr direktes Umfeld und gesellschaftliche Institutionen und Politiker:innen tun, um insbesondere die Klimakatastrophe abzuwenden. Statt diese Lücke zwischen Wissen und Handeln zu vergrößern, indem man die Katastrophenstimmung weiter anheizt, möchte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) die Menschen zum Handeln bringen. Für die Entwicklung von neuen Lösungen können Menschen, die „wie Kaninchen vor der Schlange sitzen“ wenig beitragen.

Das Ziel von BNE ist es, Menschen mit Kompetenzen auszustatten, die ihnen in Gemeinschaft mit anderen helfen, gesellschaftliches Handeln in nachhaltige Entwicklung zu transformieren.

Bildungsziel Zukunft

Wichtiges Lernziel einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ist unter anderem die Fähigkeit, auch komplexe Sachverhalte aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und gleichzeitig vernetzt zu denken, um langfristig tragfähige Lösungen zu entwickeln. BNE funktioniert nur, wenn unterschiedliche Bildungsbereiche ihren Bildungsauftrag ernst

nehmen. Ein Umlernen und Ausbilden von neuen Wissensständen und Kompetenzen für nachhaltiges Handeln entfaltet insbesondere in der Aus- und Weiterbildung eine hohe Relevanz. Erwachsene haben häufig die Möglichkeit, direkt auf ihr berufliches und gesellschaftliches Umfeld Einfluss zu nehmen.

Ein weiteres wichtiges Feld der BNE ist das Erlernen aktiver Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Dieses wird durch eine möglichst interaktive Methodik bereits im Kindes- und Jugendalter trainiert. BNE entlehnt dabei viele dieser Methoden der politischen Bildung. Bereits in sehr jungen Jahren, beispielsweise in der Kita, soll durch BNE eine verbesserte Fähigkeit zur Empathie gefördert werden und eine Wertebildung stattfinden. In Deutschland hat sich BNE aus der Szene der Bildungsakteur:innen und dem wissenschaftlichen Fachbereich der Umweltbildung entwickelt. Um Probleme erfolgreich angehen zu können, wurde der Blick geweitet. Neben ökologischen Perspektiven werden im Lernprozess auch die sozialen und ökonomischen Aspekte berücksichtigt und gegeneinander abgewogen.

Ein Schwerpunkt vieler Praktiker:innen der BNE, insbesondere im außerschulischen Bereich, ist weiterhin die Förderung einer Verbundenheit mit der Natur. Hier lautet das Credo: „Nur für das, was ich kenne und schätze, setze ich mich auch ein“. Der weltweite Verlust der Biodiversität sowie die



Anja Zubrod

Servicestelle BNE Brandenburg

Naturzerstörung durch Ressourcenabbau sind ebenso wichtige Themenfelder der BNE.

Die globale Perspektive in der BNE

Alle Themen nachhaltiger Entwicklung kommen nicht ohne den „Blick über den Tellerrand“ und insbesondere die globale Perspektive aus. Wenn wir ►►

►► beispielsweise über die Umsetzung nachhaltiger Mobilität in Deutschland diskutieren, ist es kurzfristig, die Folgen für Menschen in Ländern des globalen Südens durch Gewinnung von Rohstoffen für Elektromotoren auszublenden. In einer globalisierten Welt mit einer weltumspannenden Klimakrise, müssen diese durch die Komplexität der entstehenden Dilemmata, auch in der Bildung aufgegriffen werden.

Bildung für nachhaltige Entwicklung (Education for sustainable development) ist seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 ein weltweites Konzept und wird als Schlüssel zur Transformation betrachtet. Die Herausforderungen und Ziele des 21. Jahrhunderts, die Sustainable Development Goals, bieten inzwischen den Rahmen für die Bandbreite an Themen mit denen sich BNE beschäftigt.

Umsetzung in der Praxis – Weiterbildung „Fünf Plus“

Wie sich BNE in pädagogische Konzepte umsetzen lässt, lernen Bildungsanbieter:innen in der Weiterbildung „Fünf Plus“ der Servicestelle BNE. In Kooperation mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde führt die ‚Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung‘ die Weiterbildung in ähnlicher Form bereits seit einigen Jahren durch. Zielgruppe sind Bildungsakteur:innen, die im außerschulischen Bereich tätig sind, insbesondere Personen, die aus der Umweltbildung kommen und ihre Methodik und ihr Themenspektrum weiterentwickeln wollen. Auch Quereinsteiger:innen nutzen die aktuell fünfmodulige Weiterbildung, in der auch pädagogische Grundlagen vermittelt werden.

Neben Methoden aus der politischen Bildung, liegt ein Fokus in der Vermittlung von Methoden des Globalen Lernens. Von Anfang an wird die BNE-Weiterbildung dabei von einem Referenten aus dem Bereich begleitet. Ergänzend zu den fünf Modulen, veranstaltet die Servicestelle BNE weiterhin Methodentage und Fachtage. Letztere widmen sich jeweils einem der 17 Nachhaltigkeitsziele. Auch hier wird der globalen Perspektive auf das jeweilige SDG Raum gegeben und Referent:innen, zum Beispiel von INKOTA e.V. eingeladen.

Zertifizierung „Natürlich. Nachhaltig. BNE in Brandenburg“

Eine weitere Hilfestellung für außerschulische Bildungsakteur:innen, ihre Angebote und ihre Institution zu reflektieren und weiterzuentwickeln, ist die kostenlose BNE-Zertifizierung. Grundlage für die Zertifizierung ist der „Qualitätskatalog für außerschulische Anbieterinnen und Anbieter von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im Land Brandenburg“.

Im Zertifizierungsantrag werden die im Qualitätskatalog benannten Qualitätskriterien anhand eines exemplarischen Bildungsangebots überprüft. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Beratung und gemeinsamen Definition von Entwicklungszielen. Eine vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz berufene Zertifizierungskommission entscheidet, ob die Antragstellenden hierfür mit einem Qualitätssiegel ausgezeichnet werden. Ein Platz in der Kommission vertritt den Bereich des Globalen Lernens. Die Zertifizierung ist für vier Jahre gültig. Eine anschließende Re-Zertifizierung ist möglich. Die Servicestelle begleitet den Prozess der Zertifizierung.

Infos zur Servicestelle BNE

Die Servicestelle BNE wurde vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) Brandenburg beauftragt, außerschulische BNE-Anbieter:innen bei ihrer Qualitätsentwicklung und Qualifizierung zu unterstützen. Dazu bietet sie Beratung, Veranstaltungen zur Information und Vernetzung, eine umfangreiche Weiterbildung sowie eine Zertifizierung an. Ziel ist es auch, die unterschiedlichen BNE-Akteur:innen für Nutzer:innen, z.B. Lehrkräfte und Unternehmen, sichtbar zu machen. Hierfür entwickelt sich unter <https://www.bne-in-brandenburg.de/bne-akteure> eine Landkarte für die Brandenburger BNE-Bildungslandschaft. Träger der Servicestelle ist die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Landesverband Brandenburg, der Verband Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburg (VENROB) und die Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

Kontakt

Servicestelle BNE
Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) Brandenburg e.V.

im Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam

Tel.: 0331/20 15 516
www.bne-in-brandenburg.de

Globale Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Das Projekt Global Nachhaltige Kommune Brandenburg

Zwölf brandenburgische Kommunen haben sich zwischen 2021 und 2023 im Rahmen des Projekts „Global Nachhaltige Kommune Brandenburg“ auf den Weg gemacht, die Prinzipien und Ziele der Agenda 2030 langfristig und strategisch in das kommunale Verwaltungshandeln zu integrieren. Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** von Engagement Global (EG) unterstützt die Kommunen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dabei sowohl in Hinblick auf lokales Handeln als auch auf das Wahrnehmen ihrer globalen Verantwortung. Die Projekterfahrungen zeugen von hohem Engagement für Nachhaltigkeit bei unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren in brandenburgischen Kommunen. Sie lassen aber auch deutlich werden, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele nicht einfach mal so im Vorbeigehen erreicht werden können.

Die Transformation unseres Gemeinwesens und unserer Wirtschaft zu einem nachhaltigen, postfossilen System, welches die Grenzen unseres Planeten berücksichtigt, ist eine in der Geschichte der modernen Menschheit bisher einmalige Aufgabe. In der Struktur und im Inhalt der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) kommt zum Ausdruck, dass diese Aufgabe nur in weltweiter Zusammenarbeit bewältigt werden kann. Als Bindeglied zwischen dem Staatswesen und den von der Transformation betroffenen und an ihr beteiligten Menschen kommt der kommunalen Ebene eine besondere Bedeutung zu. Viele der Schwerpunktthemen der 17 SDGs, wie beispielsweise Armut, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Kreislauf- und Wasserwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz sind unmittelbar mit kommunalen Aufgaben verknüpft.

Dementsprechend verfügen Kommunen in einzelnen Bereichen, insbesondere bei den kommunalen Pflichtaufgaben, über umfangreiche Erfahrung in der



Meike Pfeil

Projektleiterin Global Nachhaltige Kommune | Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Umsetzung von nachhaltigkeitsrelevanten Projekten und über hochqualifiziertes und engagiertes Personal. Allerdings geschieht die Umsetzung vieler Projekte unter Fortbestand der unsichtbaren Trennwände zwischen den Fachbereichen und meist ohne gesamtstrategischen Rahmen. Im Normalfall stellt das jene Mitarbeitende, die in einer Kommune erstmals ausdrücklich mit dem Thema Nachhaltige Entwicklung betraut werden, vor große Herausforderungen.

Nachhaltigkeitstransformation verändert die Organisation und ist eine Führungsaufgabe

Egal ob im Bauamt, Umweltamt, in der Klimaschutzstelle oder im Amt für Bildung: Aus ihrem jeweiligen Fachbereich heraus können sich Mitarbeitende der Kommunen nicht einfach in die Zuständigkeitsbereiche der anderen Ämter einmischen und müssen zuerst einen Prozess in Gang setzen, welcher die gesamte Verwaltung umfasst und von der Rathauspitze her Unterstützung erfährt.

Diesen Vorgang zu planen und zu begleiten, erwies sich bisher als einer der Knackpunkte im Projekt Global Nachhaltige Kommune Brandenburg, welches im Jahr 2021 in Pandemiezeiten mit fünf Kommunen startete und 2022/2023 auf weitere sieben Kommunen ausgedehnt wurde. Zwei Kommunen entschieden sich im Laufe ihrer Projektteilnahme, sich aufgrund der angespannten Personalsituation zurückzuziehen.





Kommune	Bevölkerung*	Charakterisierung der Kommune
Stadt Baruth/Mark	4.294	Ländliche Flächenkommune, wachsend
Stadt Cottbus	98.359	Mittelstadt, regionales Verwaltungs- und Dienstleistungszentrum, schrumpfend
Gemeinde Großbeeren	8.891	Kleine Kommune in Hauptstadtnähe, wachsend
Stadt Hennigsdorf	26.515	Mittelstadt in Hauptstadtnähe, wachsend
Gemeinde Kleinmachnow	20.136	Gemeinde in Hauptstadtnähe, wachsend
Gemeinde Mühlenbecker Land	15.513	Kleine Kommune in Hauptstadtnähe, wachsend
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	6.578	Ländliche Flächenkommune, wachsend
Stadt Seelow	5.363	Ländliche Kleinstadt, Verwaltungszentrum, schrumpfend
Landkreis Teltow-Fläming	172.545	Dünn besiedelter ländlicher Kreis, wachsend
Gemeinde Wustermark	10.401	Flächenkommune in Hauptstadtnähe, wachsend

Kommunen mit unterschiedlichsten Voraussetzungen nahmen an dem Projekt teil.

*Quelle: SDG-Portal, abgerufen im September 2023

Die Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie kann nicht einfach beauftragt und dann extern erstellt werden, wenn daraus jene Art von Veränderung folgen soll, welche für Transformation hin zu Nachhaltigkeit notwendig ist. Es bedarf der aktiven Teilnahme unterschiedlicher Personen aus nahezu allen Fachbereichen.

Einige Projektkommunen hatten in dieser Hinsicht schon einen Teil des Weges zurückgelegt und profitierten von der Existenz inoffizieller Netzwerke oder offizieller Strukturen wie einem Nachhaltigkeitsausschuss. Das Wissen und die Erfahrung der unterschiedlichen Fachbereiche müssen von Anfang an einfließen. Dadurch sollen nicht nur die erarbeiteten

Ziele und Handlungsempfehlungen realistisch und pragmatisch sein. Durch solch einen Beteiligungsprozess, der nicht immer der Organisationskultur in Verwaltungen entspricht, kann die für die Umsetzung notwendige Identifikation mit den Arbeitsergebnissen erreicht werden. Dass jede Person Nachhaltigkeit mehr oder weniger „auch wichtig“ findet, reicht hierfür nicht aus.

Von der Raupe zum Schmetterling

In der Theorie des Veränderungsmanagements ordnet man diese Prozesse den „Veränderungen zweiter Ordnung“ zu. Die „Veränderung erster Ordnung“ wird anhand der Entwicklung von

Samenkorn zu Spross, Jungpflanze und daraus wachsendem Baum veranschaulicht. Für die „Veränderung zweiter Ordnung“ wird die Analogie der Entwicklung von Raupe zum Schmetterling herangezogen.

Damit geht einher, dass Nachhaltigkeit nicht immer bedeuten sollte, noch mehr zu machen, zu produzieren oder zu bauen. Mitunter sind sogenannte subtraktive Lösungen (etwas Unnötiges weglassen oder die innere Struktur ändern) den additiven Lösungen (zusätzliches Personal, zusätzliche Verordnungen, zusätzliche Bauten) in Hinblick auf Nachhaltigkeit überlegen. Sowohl die innere wie auch die äußere Ordnung sind hiervon betroffen und dafür



bedarf es neben der Unterstützung durch die oberste Führung auch eines partizipativen Prozesses mit den relevanten Akteursgruppen. Dies ist mindestens die gesamte Leitungsebene einer Verwaltung, im besten Fall aber noch weitere Personen aus der Politik, der Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft.

Nachhaltige Transformation ist keine Raketenwissenschaft

Im Projekt Global Nachhaltige Kommune Brandenburg sind Kommunen nicht darauf angewiesen, das Rad neu zu erfinden. Sie bedienen sich zahlreicher bereits bestehender Vorbilder, Beispiele und Instrumente, mit welchen die SKEW in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen bereits gute Erfahrungen gemacht hat und die für die teilnehmenden Kommunen adaptiert werden.

Bei der Entwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien kommt der Formulierung von Zielen mit passenden Indikatoren sowohl auf strategischer wie auch auf operativer Ebene eine wichtige Rolle zu. So banal die Fragen sein mögen, wo die Reise hingehen soll, welche Route man dorthin nehmen kann und welche Schritte dabei als erstes zu setzen sind: Bei einer fachbereichsübergreifenden Betrachtungsweise zeigt sich oft, dass zu wichtigen nachhaltigkeitsrelevanten Fragen noch keine ausreichende Klärung stattgefunden hat.

Hilfe zur Selbsthilfe: Das SDG-Portal der Bertelsmann Stiftung

Überraschend ist oft die Wirkung einer gemeinsamen Betrachtung der Daten einer Kommune im äußerst nützlichen SDG-Portal der Bertelsmann Stiftung und weiteren Partner:innen. In vielen Fällen ist das der Moment, in welchem bisher wenig mit Nachhaltigkeit befassten Personen erst die Relevanz des eigenen Fachbereichs im Konzept des Nachhaltigkeitsdreiklangs bewusst wird. Die bereits bestehende Aufbereitung der Indikatoren und Daten entlastet Kommunen bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien und daraus folgenden Berichten und erhöht deren Qualität.

Austausch mit Kommunen deutschlandweit

Bei der Integration von Prinzipien der fairen und global nachhaltigen Beschaffung profitieren die Projektkommunen nicht nur von einschlägigen Schulungs- und Beratungsangeboten der SKEW. Überaus hilfreich ist vor allem der Austausch mit Kommunen in anderen Teilen Deutschlands, die bereits erste Erfolge verzeichnen konnten, obwohl es auch bei ihnen eine Vielzahl von Bedenken und dazugehörigen Bedenken-träger:innen gab, die erst einmal überzeugt und zum Mitmachen überredet werden mussten.

Diesem Austausch, der im Projekt vorwiegend im Rahmen von

Vernetzungstreffen der teilnehmenden Kommunen stattfindet, wird nach Projektende im Dezember 2023 weiterhin große Bedeutung zukommen. Denn die jetzigen Projektkommunen werden in der Umsetzung ihrer Strategien auf ähnliche Probleme stoßen und voneinander lernen können. Dazu bietet ihnen die SKEW auch weiterhin Gelegenheiten. Darüber hinaus sollen sie auch als Beispiel für andere Landkreise, Städte und Gemeinden in Brandenburg fungieren, die sich ebenfalls auf den Weg zu globaler Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene machen möchten.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) berät, vernetzt und fördert Gemeinden, Städte und Landkreise, die sich für globale Nachhaltigkeit und für eine gerechtere Welt im Sinne der Agenda 2030 der Vereinten Nationen einsetzen. Die SKEW ist ein Fachbereich von Engagement Global und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Weitere Informationen unter:

www.service-eine-welt.de

Kontaktieren Sie uns unter:
info@service-eine-welt.de

Service-Hotline
+49 228 20 717-2670

Kleine Schritte auf der langen Bank: Die Agenda 2030 in den Kommunen

„Städte sind die Orte, an denen der Kampf für nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“ Damit brachte Ban Ki Moon vor der UN-Generalversammlung bereits 2012 die Städte als Zielebene der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung ins Visier. Die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda wirklich umzusetzen – keine Armut, kein Hunger, Klimaschutz, Frieden – käme einer Weltrettung gleich. Die Weltretter dieses Jahrzehnts sollten nun also unter Leuchtstoffröhren und Aktenstapeln in Rathaus nahen Bürogebäuden zu finden sein. Eine Musterresolution zur Umsetzung in der Kommune, als Download auf der Website der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)“ verfügbar, ist schnell unterschrieben. Von Weltrettung ist hier auch nicht mehr die Rede, sondern von „Maßnahmen im Rahmen der Möglichkeiten“.

Umsetzung der Agenda 2030 – Alles eine Frage der Ressourcen?

Der Kommunalverwaltung eröffnet sich also ein riesiges Spannungsfeld: Die Bandbreite der Ziele der Agenda 2030 ist enorm. Daraus ergibt sich ein Handlungsbedarf, der tiefgehend und ressortübergreifend ist. Dennoch ist eine Umsetzung nur dann realistisch, wenn die Ziele angesichts der lokalen Gegebenheiten und verfügbaren Ressourcen konsequent heruntergebrochen werden. „Localization“ nennt das die UN, und bietet zahlreiche Handlungsanleitungen und Best-Practice-Beispiele für Städte an. Die Realität in Kommunen ist trotzdem eine andere: 2018, so ermittelte die Bertelsmann-Stiftung, hatten nur ein Viertel der befragten Kommunen ein Leitbild für ihre nachhaltige Entwicklung, und nur rund ein Prozent verwendete ein Indikatorensystem in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen.

Während der Bund und (fast alle) Länder längst SDG-basierte Strategien entworfen haben, zeigt sich bei den Kommunen im Einzelnen ein sehr heterogenes Fortschrittsbild,



Lena Bunselmeyer
Staatskanzlei Brandenburg
Bereich Internationale
Beziehungen

und unterschiedlichste Herangehensweisen. Gleichzeitig sind es oft dieselben Faktoren, die Einfluss darauf haben, ob eine umfassende SDG-Integration in das kommunale Verwaltungshandeln gelingt: Die zentrale Größe, das ist keine Überraschung, ist in der Regel die Ressourcenfrage, insbesondere im Bereich Personal. Die Kommune, die ich für meine Abschlussarbeit untersuchte, hatte vor einigen Jahren jene Musterresolution

unterschrieben, und seither von dem außergewöhnlichen Engagement einer Fachgebietsleitung profitiert, die die SDG-basierten Aktivitäten zusätzlich zu ihrem Zuständigkeitsbereich organisierte. Eine eigene Stelle für die Koordination konnte sogar gefördert, aufgrund des Fachkräftemangels aber nicht besetzt werden.

Kommunen zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Ganz idealtypisch ging es in dieser Kommune nach Unterschreiben der Musterresolution mit einer Strategieberatung weiter, bei der man sich anhand der vorliegenden Problemlagen auf einige prioritäre SDGs einigte. Dann kam es zu politischen Veränderungen, und plötzlich kam ein zweiter Einflussfaktor zum Tragen: Das politische Interesse an der Weiterverfolgung einer integrierten Strategie blieb aus, und damit denjenigen Verwaltungsmitarbeitern überlassen, die sich dafür interessierten. Nun rückte der dritte Faktor – die Integration der Ansätze zwischen den Ressorts der Verwaltung – in weite Ferne. In einem Fachbereich

wurden aus den SDGs strategisch neue Maßnahmen entwickelt. Andere Fachbereiche entwarfen zwar neue Strategien für Kernanliegen der Agenda 2030, erwähnten die SDGs darin aber mit keinem Wort. Das liegt wesentlich daran, dass andere Vorgaben für die Mitarbeiter notwendigerweise Vorrang haben. Zuerst kommen kommunale Pflichtaufgaben, notwendige Rechtssicherheit und verbindliche Normen und Gesetze von Bund und Ländern zum Tragen. Die SDGs sind keine Pflichtaufgabe, und treffen im Einzelfall auf handfeste Zielkonflikte, wenn es um Wirtschaftlichkeit und gesetzliche Vorgaben geht.

Bürger:innen zwischen Akzeptanz und Zumutung

Die Überzeugung, dass durch die Umsetzung der Agenda 2030 die eigenen Prioritäten ins Hintertreffen geraten würden, ist auch bei den Bürger:innen vertreten. Die Akzeptanz von SDG-basierten Maßnahmen seitens der Bürger:innen wird von der Verwaltung als sehr niedrig empfunden; man will den Leuten also nicht zu viel „zumuten“. Interessanterweise wird den SDGs gleichzeitig eine normative Funktion als gesellschaftliches Leitbild zugeordnet, das Akzeptanz schaffen soll: Die SDGs hätten ja Allgemeingültigkeit, da merken die Leute dann hoffentlich, dass sich doch etwas tun muss. Die Unterstützung der Stadtgesellschaft ist also auch ein wichtiger Faktor; die Frage ist nur, wen die Verwaltung davon überzeugen muss: Die Bürger:innen, oder sich selbst?

Nur wenn die Leitungsebene mitdenkt ...

Insgesamt zeigt sich in der Frage, wie die Agenda 2030 in Kommunen aufgenommen wird, dass strategische Planung nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Leitungsebene aktiv Vorkehrungen trifft, um das Silodenken der Verwaltungsressorts zu überwinden. Selbst wenn sich eine Kommune die Agenda 2030 gar nicht auf die Fahnen schreiben möchte – alle Erfolge und Misserfolge in

Städte sind die Orte, an denen der Kampf für nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.

Ban Ki Moon

Bereichen wie Gesundheit, Klimaschutz, Armutsbekämpfung oder nachhaltiger Handel wirken sich unmittelbar aufeinander aus. Jegliche strategische Planung in der Kommune muss anerkennen, dass die Teilbereiche der 17 Ziele inhaltlich miteinander verbunden sind. Es liegt an der Politik und den Leitungsebenen der kommunalen Verwaltung, diese Verbindungen anzuerkennen und die ressortübergreifende Kommunikation und Planung zur Priorität zu machen.

Zwischen Musterresolution und Weltrettung

Was man allerdings als Verwaltungsmitarbeiter:in tut, wenn man die SDGs ohne diese Strukturen und mit nur wenig Ressourcen und Unterstützung in die Kommunalverwaltung integrieren will, steht leider selten in den Leitfäden. Der Platz zwischen Musterresolution und Weltrettung ist groß, und es liegt oft genug an einzelnen engagierten Mitarbeiter:innen, ihn irgendwie zu füllen. Austauschformate zwischen Kommunen tragen immens zum Gelingen der kleineren Ansätze bei. Sie geben den schwierigen Realitäten in den Kommunen Raum und bieten die Möglichkeit zum Austausch über kreative Herangehensweisen. Die Kraft der SDGs ist also auch im kleineren Rahmen nicht verwirkt, wenn sie als Leitbild kreative Ansätze und neue Formate hervorbringt und Synergien zwischen Ressorts offenlegen. So wird Nachhaltigkeit trotzdem ganz konkret vorangebracht, ganz nach dem Motto: Ein kleiner Schritt für eine Kommune, aber ein großer Sprung für die Weltgemeinschaft.

Autorin: Lena Bunselmeyer

Für ihre Masterarbeit fuhr Lena Bunselmeyer in eine brandenburgische Kommune, um zu untersuchen, wie Kommunen die Agenda 2030 jenseits von Handlungsleitfäden und Best-Practice tatsächlich angehen. Nach ihrem Abschluss an der Universität Potsdam arbeitet sie in der Staatskanzlei Brandenburg im Bereich Internationale Beziehungen.

Nachhaltige Kommunen in Brandenburg: Wie weiter?

Brandenburgs Kommunen stehen immer dringender vor der Herausforderung, sich resilient und nachhaltig aufzustellen, um ihren Einwohnerinnen und Einwohnern ein attraktives Umfeld und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Multiple Krisen ganz unterschiedlicher Natur, wie:

- » die Nachwehen der Coronapandemie,
- » die Aufnahme und Integration der vielen vor Kriegen und Hungersnöten Geflüchteten und Asylbewerber:innen,
- » die Folgen des Klimawandels mit gestiegenen Temperaturen und schwer beherrschbaren Wasserproblemen,
- » die Sorge um den Verlust demokratischer Errungenschaften beispielsweise von Bürgermeister- und Landratsämtern

zeigen, dass Nachhaltigkeit ein globales Zukunftsthema der gesamten Gesellschaft ist, welches es in Zeiten knapper öffentlicher Kassen sowie des Fachkräftemangels in fast allen Bereichen der Daseinsvorsorge anzugehen gilt.



Marion Piek

Brandenburg 21 e.V., RENN.mitte-Koordinierungsstelle Brandenburg

Rück- und Ausblick der AG Nachhaltige Kommune

Den Kommunen kommt anerkanntermaßen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele eine außerordentliche Bedeutung zu. Desto weniger ist es nachzuvollziehen, dass der im Februar 2021 berufene Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung diese Ebene nicht durch eine entsprechende kommunale Mitgliedschaft widerspiegelt. Um den Kommunen in den Nachhaltigkeitsprozessen des Landes dennoch eine Stimme zu verleihen und den gemeinsamen Erfahrungsaustausch zur Ingangsetzung und Ausgestaltung kommunaler Nachhaltigkeitsprozesse zu unterstützen, hat sich im April 2021 unter dem Dach der Brandenburger Nachhaltigkeitsplattform die AG Nachhaltige Kommune (AG) gebildet.

In diesem Jahr hat die AG bereits eine Stellungnahme zum Entwurf zur „Modernisierung der Kommunalverfassung“ erarbeitet. Darin macht sie u.a.

einen Formulierungsvorschlag, um Nachhaltigkeit als Ziel in kommunales Handeln zu integrieren, ohne sie zunächst als eine verpflichtende Aufgabe darzustellen. Auch hat sie an der Stellungnahme des Lenkungskreises der Brandenburger Nachhaltigkeitsplattform zum Entwurf der neuen Landesnachhaltigkeitsstrategie (LNS) mitgewirkt. Zu den dort aufgeführten Kritikpunkten gehören das Fehlen einer übergreifenden Vision für eine nachhaltige Entwicklung Brandenburgs und eine entsprechende Zielformulierung. Dieses wiegt umso schwerer, da der Entwurf die LNS als Orientierungsrahmen für die in den Kommunen anzustoßenden und auszugestaltenden Nachhaltigkeitsprozesse versteht. Diesem Orientierungsrahmen fehlt es jedoch an Untersetzung und Unterstützungsangeboten für die Kommunen, die im Entwurf der LNS aktuell nicht vorgesehen sind.

Des Weiteren hat die AG ein Diskussionspapier „Nachhaltige Kommunen in Brandenburg: Wie

weiter?“ verfasst, das mehrere Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeitsprozesse in den Kommunen umreißt. Dieses Diskussionspapier ist im Nachgang der diesjährigen gleichnamigen Tagung entstanden, die am 16. November 2023 in der Wissenschaftsetage des Bildungsforum Potsdam stattfand, siehe dazu das Veranstaltungskalendroskops im Heft.

Fazit: Gute Beispiele von Kommunen in Brandenburg zeigen, sich auf den Weg in Richtung Nachhaltigkeit zu begeben ist machbar und lohnenswert. Allerdings ist der Weg für viele Kommunen noch immer mit Hindernissen versehen. In Anbetracht der verfügbaren eigenen Kräfte und der gegenwärtig nicht ausreichend definierten Rahmenbedingungen wird es zu einer echten Herausforderung für die Kommunen, hier Fortschritte zu erzielen. Dafür bietet die AG nachhaltige Kommune gezielt Austauschformate zur Unterstützung dieser kommunalen Nachhaltigkeitsprozesse an.

Von Schutzwällen und Windmühlen – das VENROB-Projekt „Regional aktiv – global gedacht“

Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen manche Schutzwälle und andere Windmühlen

...und vielleicht ist auch beides je nach Situation sinnvoll ...

In jedem Fall spüren alle den Wind und haben vermutlich beide Gründe für ihre Präferenzen.

Sie sollten miteinander reden. Ansonsten gibt es Streit um Ressourcen und beides zu bauen geht auch nicht, denn Windmühlen drehen sich nicht, wenn Schutzwälle den Wind abhalten.

Sie ahnen es bereits:

Im diesjährigen VENROB-Projekt bauen wir weder Windmühlen noch Schutzwälle, obwohl Praxiselemente ein wirksames und beliebtes Element in der Globalen Bildung (GL) und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) sind.

Ziel des Projekts ist es, zivilgesellschaftliche Akteur:innen zu unterstützen, die sich für global gerechte, lokale Zukunftsgestaltung zu engagieren, bestehende Strukturen zu stärken und sie durch Einbindung in regionale und landesweite Netzwerke zu stärken. Unsere gewählte Projektregion war der Landkreis Barnim.

Weil auch dort die Früchte der bundesweit und in Brandenburg unsachlich geführten Debatte über Flucht, Migration und Integration zu reifen beginnen, die Atmosphäre an mancher Stelle feindlicher wird und sich AfD-Ortsverbände



Nora Lust

Projektleitung

gründen, wollen viele Engagierte dem etwas entgegensetzen. Die Unterstützungsstrukturen für Asylbewerber:innen / Migrant:innen scheinen in Barnim im Vergleich zu denen andere Landkreise stabil und miteinander gut vernetzt. Woran es aber auch dort mangelt, ist ausreichend Raum und Gelegenheit zur Begegnung bereitzustellen. Dieses Potenzial hilft nicht nur, Vorurteile und Ängste abzubauen, sondern auch populistische Diskurse zu hinterfragen und gemeinschaftliche Strukturen aufzubauen. Es geht darum, fehlende Kenntnis von globalen Zusammenhängen und deren komplexen Auswirkungen zu verringern.

Was haben wir also getan?

Die Projektveranstaltung im November in Biesenthal brachte eine

Gruppe von Engagierten aus unterschiedlichen Bereichen für ein erstes Planungstreffen zusammen, um eine Konferenz zu organisieren, die sich an Akteure im Landkreis wendet. Diese ist für April des kommenden Jahres, dem Jahr mit Kommunal-, Landtags- und Europawahlen, vorgesehen und soll als Gegenstimme zu populistischen, menschen- und demokratiefeindlichen Bewegungen hör- und sichtbar sein. Im Sinne der globalen Bildung und dem Konzept der kommunalen Bildungslandschaft der BNE sollen dort auch Bildungsakteure aus den Bereichen der transformativen Bildung mit ihren Angeboten sowie Vertreter:innen der Wirtschaft und der Kommunen mit der aktiven Zivilgesellschaft zusammenkommen, um Ideen für gemeinsame Formate zu entwickeln und sich vielfältig, ehrlich und lösungsorientiert über die kommunalen Herausforderungen auszutauschen. Aufgrund der begrenzten Projektmittel wird VENROB diese Planung nur anstoßen und mit einigen Stunden in Organisation, Vermittlung von Kontakten und Fördermöglichkeiten unterstützen. Die Realisierung sowie Sicherstellung der Finanzierung dieser Aktivität wird – wie nicht selten in der Engagement-Landschaft – von einzelnen Personen und deren Kapazitäten abhängen.

Es bleibt also abzuwarten, ob Gelegenheiten in Barnim geschaffen werden, bei denen Windmühlen-Befürworter und ►►

►► Schutzwall- Bauende anfangen, über gute Lösungen für alle zu sprechen und diese gemeinsam entwickeln.

„Was kann ich als einzelner Mensch schon ausrichten?“

fragte sich die halbe Menschheit. In der einen Monat zuvor durchgeführten Zukunftswerkstatt für Barnimer Initiativen und Engagierte im Oktober stand das Bedürfnis nach Vernetzung und gegenseitiger Unterstützung für die verschiedenen Aktivitäten im Nachhaltigkeitsbereich im Vordergrund. Nach einer Bestandsaufnahme von Akteuren und Angeboten wurden Herausforderungen und Bedarfe in den verschiedenen Bereichen zusammengetragen und anschließend Lösungsvorschläge formuliert.

Die meisten Initiativen eint die stete Suche nach mehr verlässlichen Mitstreiter:innen. Es gab daher viel Interesse an den Fragen: Welchen Bewusstseinswandel braucht es, damit vorhandenes Wissen umgesetzt wird, damit mehr Menschen die Dringlichkeit zum Handeln für eine gerechte, nachhaltige Welt empfinden? Wie können wir diesen inneren Wandel fördern und wie müssen wir auf Menschen zugehen, damit sie Lust bekommen, sich einzubringen? Und können wir im Hinblick auf die Zielsetzung des ‚Guten Lebens für alle‘ etwas von Gemeinschaften wie der Bevölkerungsguppe der Kogi aus Kolumbien lernen, die ein nachhaltiges Leben führen und deren Verhältnis zu allem sie Umgebenden vermieden hat, dass sie nie gesellschaftliche Praktiken entwickelten, welche Ökosysteme schädigen? Die Inputs zu diesen Themen warfen viele Fragen auf und es gab einen lebendigen Austausch unter den Teilnehmenden.

Globales Lernen „to go“

Im Mai war VENROB im Rahmen des Projekts zu Gast auf dem Biesenthaler Regionalmarkt. In geselliger Atmosphäre gab es verschiedene Möglichkeiten, mit Themen des globalen Lernens in Berührung zu kommen. So wurden anhand von Tischsets die SDGs vermittelt und durch Beispiele ein möglicher Bezugsrahmen zur lokalen Anwendung hergestellt. Die Besucher:innen konnten raten, welche Praktiken im lokalen Alltag auf welches Nachhaltigkeitsziel entfallen. Darüber hinaus dekorierten Fußabdrücke den Marktplatz, mittels derer die Besucher:innen

**Wir können der
Tatsache nicht
ausweichen, dass
jede einzelne
Handlung, die wir
tun, eine Auswirkung
auf das Ganze hat.**

Albert Einstein

ihren ökologischen Fußabdruck errechnen konnten. VENROB teilte sich einen Stand mit Gästen aus Sambia. Mit einer Foto Dokumentation berichteten sie von ihrem Permakultur-Projekt, das Erfolge zeigt gegen den durch den Klimawandel verstärkten Wechsel zwischen Dürren und Überflutungen. Die zu großen Teilen für den Nahrungsanbau unbrauchbar gewordenen landwirtschaftlichen Flächen ziehen Ernteauffälle und Nahrungsmittelknappheit für die lokale Bevölkerung nach sich. Aufgrund der ebenfalls zunehmend von Wasserknappheit betroffenen Barnimer gab es hier Gespräche

über globale Herausforderungen und Möglichkeiten damit umzugehen. Eine Umfrage erfragte die Offenheit und das Interesse für Veranstaltungen zu globalen Themen sowie deren Vorkenntnisse dazu.

Zum Redaktionsschluss dieses Heftes steht das digitale Bildungsangebot noch nicht bereit. Dieses wird aufgrund der positiven Resonanz auf Fragen der Bewusstseinsbildung im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele diese Thematik noch einmal aufnehmen.

Neben der psychologischen Perspektive auf die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln wird hier u.a. das von einer Initiative entwickelte SDG 18 vorgestellt und auch ein Blick auf das Konzept der Inner Development Goals angeboten.

„Wir können der Tatsache nicht ausweichen, dass jede einzelne Handlung, die wir tun, eine Auswirkung auf das Ganze hat.“
(Albert Einstein)

Es wird sich in zukünftigen Angeboten zeigen, ob die Zielsetzung einer engeren Vernetzung der zivilgesellschaftlichen Akteure in Barnim durch die Projektaktivitäten gefördert werden konnte, und ob die globale Bezugnahme innerhalb der lokalen Aktivitäten bekannter und selbstverständlicher geworden ist. Mit den multiplen Krisen als Dauermodus ist es zunehmend anspruchsvoller, dazu anzuregen, sich komplexen Zusammenhängen zuzuwenden und nicht nachzulassen in der Solidarität und dem Engagement für Frieden und globale Gerechtigkeit.

Das Vorhaben wird gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ, vom Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg sowie mit Mitteln der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Grüner Wasserstoff aus Namibia

Privatwirtschaftliche Großprojekte aus entwicklungspolitischer Sicht

Die mittlerweile international agierende Firma ENERTRAG, die ihren Ursprung aus dem Brandenburgischen Ort Dauerthal in der Uckermark hat, ist dabei, eines der weltweit größten deutschen Projekte zur Produktion von grünem Wasserstoff außerhalb der EU zu realisieren und zwar in Lüderitz, im Süden Namibias. Schon 2011 hat ENERTRAG in Prenzlau das weltweit erste Wasserstoff-Hybridkraftwerk in Betrieb genommen und seitdem eine technologische Vorreiterrolle inne. Das Kraftwerk erzeugt grünen Wasserstoff durch Elektrolyse aus Windstrom – also komplett ohne CO₂-Emissionen.

Das Projekt in Namibia würde eine der größten deutschen Privat-Direktinvestitionen in Subsahara-Afrika und die größte in der Geschichte Namibias darstellen. Die Küstenregionen Namibias haben in puncto optimaler Kombination aus durchschnittlichen jährlichen Sonnenstunden und kontinuierlich wehenden Winden wesentliche Vorteile im Vergleich zu anderen Standorten.

In Kleinmachnow arbeitet seit 2019 eine zivilgesellschaftliche Initiative am Aufbau einer Kommunal-Partnerschaft mit der namibischen Stadt Keetmanshoop, die nach namibischen Vorstellungen in der Nachbarschaft des Projektgebietes liegt. Die Kontakte sind mittlerweile intensiv und projektorientiert. Im Herbst 2022 hat eine namibische Delegation



Heiner Naumann
war von 2014 bis 2020
Vertreter
der Friedrich-Ebert-Stiftung
in Namibia

Kleinmachnow besucht. Für das Jahr 2024 ist ein Gegenbesuch in Keetmanshoop vorgesehen.

Da das geplante Großprojekt auch Auswirkungen auf Keetmanshoop haben dürfte, hat die Initiative Ende Oktober zu einer Podiumsdiskussion über das Wasserstoffprojekt geladen, an der mit Ulrich Heindl ein Vertreter der Fa. ENERTRAG und mit Rainer Baake, der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für die deutsch-namibische Energiekooperation, teilnahmen.

Der Autor hat dies zum Anlass genommen, das geplante Großprojekt aus entwicklungspolitischer Sicht zu betrachten.

Zauberwort „Wasserstoff“ als Energieträger der Zukunft

Geht es um die Energiegewinnung der Zukunft, klingt Wasserstoff wie ein Zauberwort, denn grüner Wasserstoff gilt als der Energieträger der Zukunft und damit als Schlüsselwerkstoff für das Gelingen der Energiewende. Allerdings kann Deutschland seinen Bedarf an Grünem Wasserstoff nicht allein mit Anlagen im Inland decken. Die Bundesregierung setzt daher auf den Ausbau internationaler Wasserstoff-Partnerschaften, etwa in Australien, Südamerika und in Afrika. Perspektivisch soll Grüner Wasserstoff, nach den Plänen der Bundesregierung, aus diesen Partnerländern importiert werden.

Namibia ist nach Ansicht vieler Expertinnen und Experten eines der vielversprechendsten Länder für eine kostengünstige Produktion von Grünem Wasserstoff, da sowohl die Sonnenintensität wie auch die Windmengen ca. 3-mal so hoch sind wie in Deutschland und die benötigten großen Flächen kostengünstiger zu pachten sind.

Die Bundesregierung führte deshalb frühzeitig Gespräche mit der namibischen Regierung und ist der erste Regierungspartner Namibias, mit dem eine staatliche Kooperationsvereinbarung zum Grünen Wasserstoff abgeschlossen wurde.

Im Khaeb Nationalpark, in der Wüste Namib, wurde dafür eine Gesamtfläche ausgewiesen, ►►

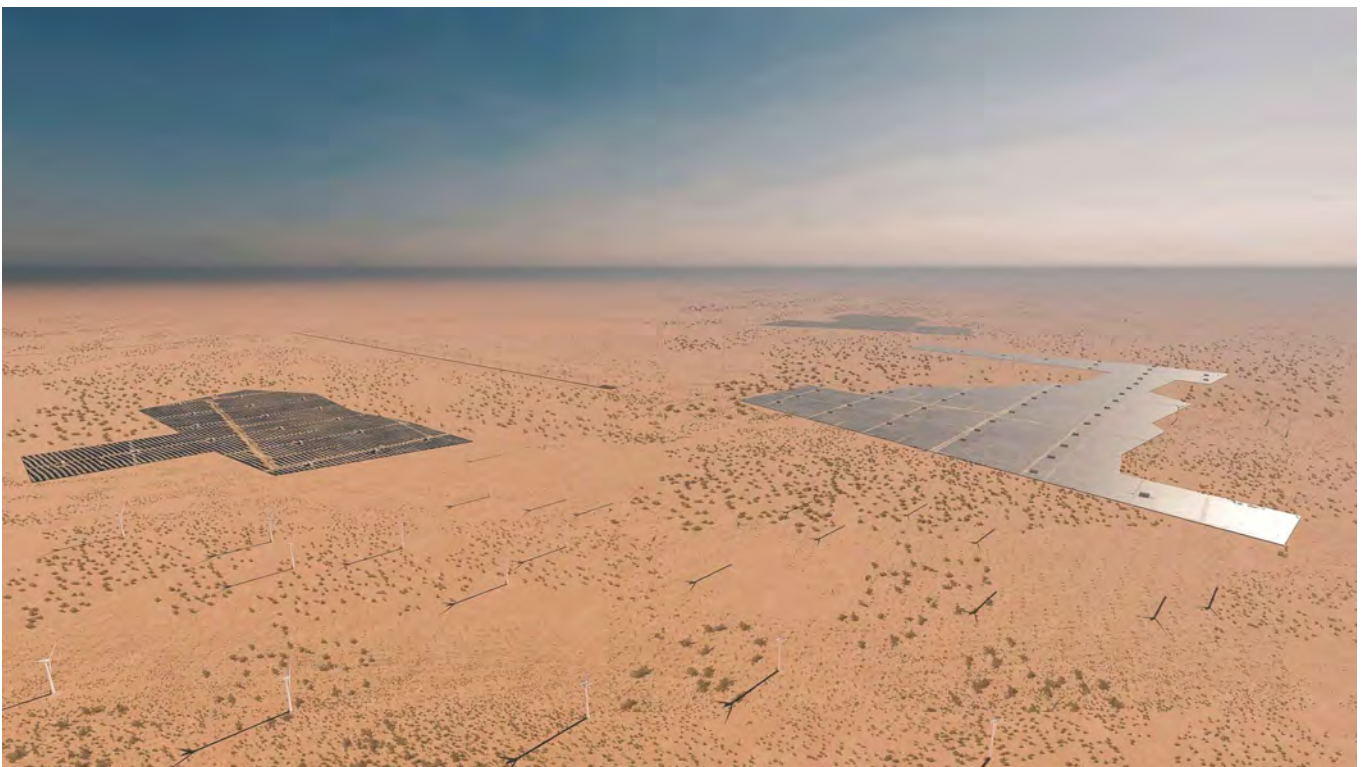


Stadtansicht von Lüderitz

►► die knapp der Fläche des Landes Brandenburg entspricht. In einer ersten Phase sollen auf 4.000 km², dies entspricht der Größe von zwei mittelgroßen Brandenburger Landkreisen, Photovoltaik- und Windkraftanlagen zur Energiegewinnung entstehen.

Auf den beiden Projektparzellen mit den Namen „Springbok“ und „Dolphin“ ist vorgesehen, sieben Gigawatt Strom pro Jahr zu erzeugen. Dies entspricht ungefähr der Jahresproduktion von vier Atomkraftwerken und dem vielfachen des aktuellen namibischen

Stromverbrauchs pro Jahr. Mit dieser Energie sollen in einer ersten Phase 5 Mio. Tonnen Meerwasser entsalzen und dann im Elektrolyseverfahren in seine Bestandteile Sauerstoff und Wasserstoff aufgespalten werden. Über einen neu zu bauenden Hafen in Lüderitz



Photovoltaikanlage in Namibia

soll der in Ammoniak umgewandelte Wasserstoff dann exportiert werden.

Der Stromverbrauch Namibias, der bisher weitgehend von Kohlestrom-Importen aus Südafrika abhängig ist, soll ebenfalls von diesem Projekt gedeckt werden und damit die vollständige Dekarbonisierung Namibias einleiten.

Weitere acht Projektgebiete wurden in der Nachbarschaft ausgewiesen und sollen in der Zukunft zur Wasserstoffproduktion ausgeschrieben werden.

Zur Planung und Errichtung der Anlagen wurde ein Joint Venture zwischen ENERTRAG und dem südafrikanischen Infrastrukturentwickler Nicholas Holdings Limited gegründet.

Das Mega-Projekt, das mittlerweile den Namen „Southern Corridor Development Initiative“ trägt, soll mit einem Investitionsvolumen von mehr als € 10 Mrd. langfristig mindestens 3.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Projektträger ist die Projektgesellschaft Hyphen Hydrogen Energy, an der die Fa. ENERTRAG einen bisher nicht bekannten Anteil und die namibische Regierung einen Anteil von 24,9 Prozent halten soll. Die Finanzierung des Fremdkapitals wird über Bankkredite erfolgen. Während der Bauphase wird der Arbeitskräftebedarf auf ca. 16.000 Personen geschätzt, von denen nach Vorgabe der namibischen Regierung 93 Prozent Namibier und davon mindestens 20 Prozent „junge Erwachsene“ (18–30 Jahre) sein müssen. Mindestens 30 Prozent der zu beschaffenden Investitionsgüter sollten aus Namibia stammen.

Für den Export vorgesehen ist eine jährliche Produktion von 1,7 Mio. Tonnen grünes Ammoniak. Vor einigen Monaten haben Hyphen und die Namibische Regierung einen Projektumsetzungsvertrag

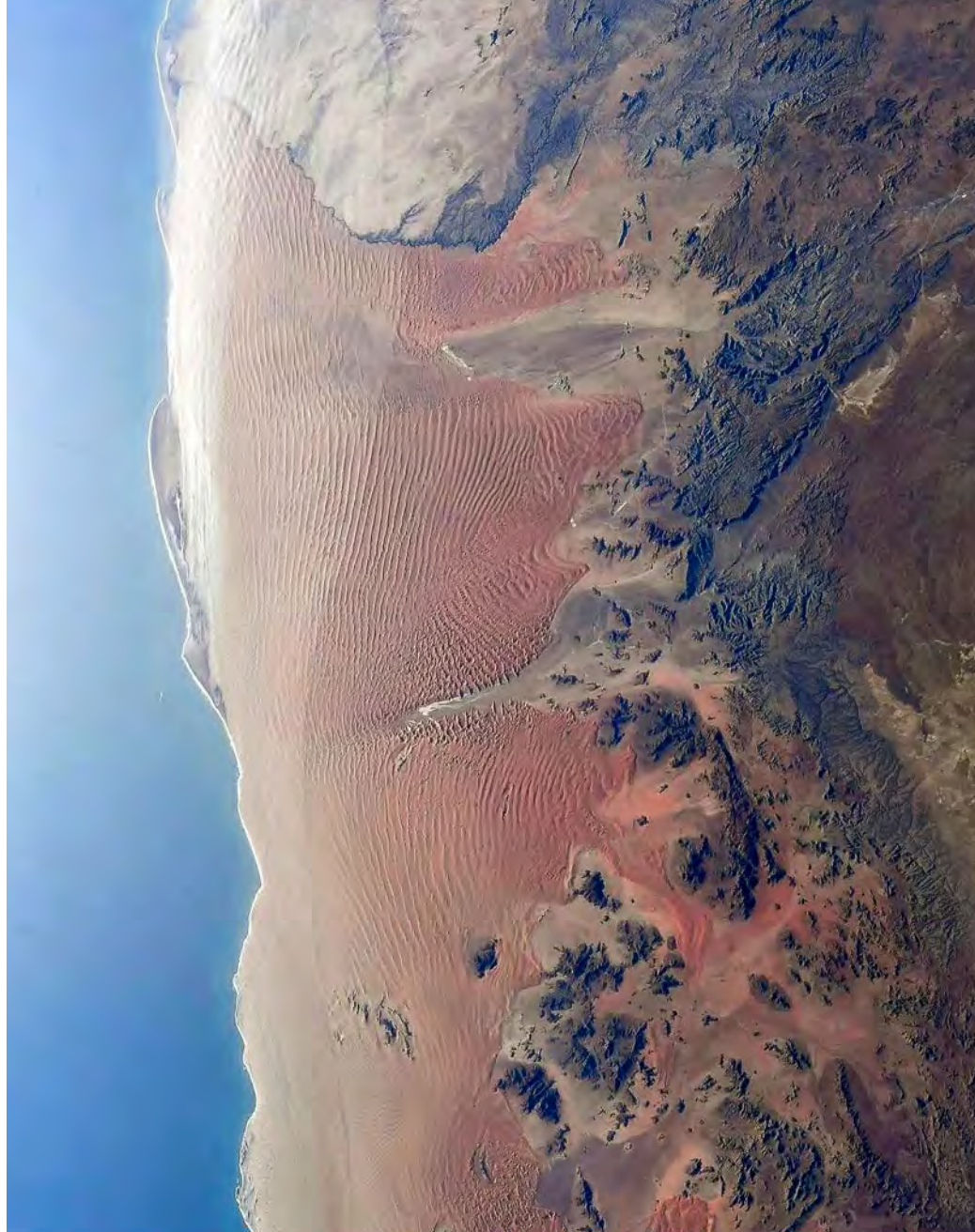


Bild der Projektregion von der Internationalen Raumstation ISS aufgenommen

geschlossen, der die Erstellung einer Machbarkeitsstudie bis 2025 vorsieht. Ab 2028 könnte dann mit der Produktion begonnen werden.

Win-Win-Win Situation

Gewinner dieses Projektes wären nicht nur die Länder Namibia und Deutschland, sondern vor allem das Globale Klima. Namibia kann die Dekarbonisierung einleiten und auf Stromimporte aus Südafrika, Sambia und Zimbabwe verzichten. Die Arbeitslosigkeit im Land könnte erheblich reduziert werden und der Staat zahlreiche zusätzliche Einnahmen erzielen.

Deutschland könnte die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern enorm reduzieren und seine Klimaziele erreichen, ohne eine De-Industrialisierung befürchten zu müssen. Mit dem neuen Energieträger könnte die klimaneutrale Transformation der Wirtschaft schneller gelingen. Mit der Entwicklung der benötigten Technologien könnte ein weiterer Wettbewerbsvorteil für die deutsche Industrie zu erzielen sein. Für den globalen Klimaschutz könnten hier Modellprojekte geschaffen werden, die nachweisen, dass Grüne Energieträger wettbewerbsfähig produziert werden können. ►►

►► Nun hat die Vergangenheit aber häufig gezeigt, dass die geplanten positiven Aspekte von Großprojekten nicht von allein auftreten, sondern in der Planung mit berücksichtigt werden müssen. Im Folgenden werden einige wichtige soziale, ökologische und politische Aspekte dieses Projektes genannt:

1. Aufbau einer Wasserstofftechnologie in Namibia verlangt berufliche Qualifizierung – Aufgabe der internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Die benötigten Qualifikationen zur Produktion von Wasserstoff sind in Namibia zurzeit nicht vorhanden. Die Qualität der lokalen Ausbildung von Ingenieuren kann nicht mit europäischen Standards mithalten. Hier müssen Sonderprogramme zur Qualifizierung flankierend angeboten werden. Diese Kosten sollten aber nicht von dem Unternehmen Hyphen getragen werden müssen, sondern sind Aufgabe der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

2. Umweltschutzaspekte für die Namib-Wüste

Das Konzessionsgebiet liegt zwar in einem menschenleeren Nationalpark, weist aber eine reichhaltige Flora und Fauna auf, in die der Mensch nur einmal während des Diamantenbooms vor mehr als 100 Jahren kurz eingegriffen hat. Die international üblichen Standards von „Environmental Impact Assessments (EIA)“ sollten eingehalten und die Studien dazu öffentlich zugänglich gemacht werden.

3. Berücksichtigung der lokalen Nama-Bevölkerung

93 Prozent der Beschäftigten müssen gemäß der Vereinbarung zwischen der namibischen Regierung und Hyphen aus Namibia kommen. Bei der Zusammensetzung

dieses Hauptanteils an künftigen Mitarbeitern ist es äußerst wichtig, auf ethnische Ausgewogenheit zu achten. So wurden bei anderen Projekten in der Region bevorzugt Beschäftigte der aus dem Norden stammenden, größten Bevölkerungsgruppe Namibias, den Owambo, eingestellt. Jedoch ist die Arbeitslosigkeit bei den hauptsächlich im Süden Namibias lebenden Nama überproportional hoch. Aufgrund der in den letzten Jahren zunehmenden ethnischen Spannungen zwischen beiden Bevölkerungsgruppen und der Tatsache, dass es im Süden eine dominante Regionalpartei gibt, sollten Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere bei den Mitgliedern der Bevölkerungsgruppe der Nama beginnen

4. Berücksichtigung der namibischen Industrie

Das Projekt könnte zu einer Industrialisierung Namibias innerhalb einer Generation beitragen. Da vorgesehen ist, dass 30 Prozent der gesamten Beschaffungen lokal erfolgen soll, stehen Aufträge in Milliardenhöhe für die namibische Industrie an.

Durch die mit Südafrika bestehende Zoll- und Währungsunion (Rand/Namibia Dollar) haben südafrikanische Firmen den gleichen Marktzugang wie namibische Firmen. Da namibische Firmen auf einem wesentlich kleineren Markt agieren, bestehen neben neuen Chancen aber auch Herausforderungen für sie, denn sie dürften kaum wettbewerbsfähiger sein als ihre südafrikanischen Mitbewerber. Hier sollten Schutzvorschriften für die namibische Industrie erlassen werden.

Zu prüfen wäre auch, ob der namibische Strommarkt nicht durch das neu entstehende Stromangebot liberalisiert werden und durch Aufteilung in Produktion,

Netz und „Retail“ mehr Effizienz erzielt werden könnte.

5. Korruptionsanfälligkeit bei öffentlichen Vergaben

Der politische Raum und die öffentliche Verwaltung in Namibia sind nach Ansicht vieler internationaler Beobachter sehr korruptionsanfällig. So vergibt der angesehene Bertelsmann Transformation Index (BTI) für Namibia für die Korruptionsbekämpfung nur 4 von 10 möglichen Punkten.

Die Anwendung der seit mehr als 20 Jahre existierenden „Extractive Industry Transparency Initiative“ (EITI) Vorschriften würde die Korruptionsanfälligkeit erheblich reduzieren. Nicht nur sind ihr die Hälfte aller afrikanischen Staaten beigetreten, sondern Wirtschaftsprüfer können darüber alle Zahlungsströme prüfen und veröffentlichen. Sowohl die deutsche wie auch die namibische Zivilgesellschaft hat hier die Möglichkeit, alle finanziellen Transaktionen nachvollziehen zu können.

6. Bekämpfung der Armut

Mit der Bekanntgabe des Projektes wurde die Hoffnung verbunden, dass das Projekt einen erheblichen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten kann. In vielen anderen afrikanischen Ländern gab es bei Großprojekten ähnliche Erwartungen, die sich häufig leider nicht erfüllt haben. Im Gegenteil, in vielen Ländern haben derartige Projekte zu einer weiteren Verarmung, aber auch zu großen Umweltschäden geführt. Dieser Effekt wurde auch als „Ressourcenfluch“ bekannt.

Um derartige negative Effekte zu vermeiden und um Armut reduzieren zu können, sollen international erprobte Mechanismen wie Mindestlohnfestsetzung, Stärkung der Gewerkschaftsrechte, Kontrolle des Immobilienmarktes in der

Projektregion und andere Steuerungsmaßnahmen frühzeitig geplant und eingesetzt werden.

7. Kommunale Herausforderungen

Die geplante Verdreifachung der Bevölkerung in Lüderitz, der Aufbau eines Logistikbereiches, die Ausbildung von Fachkräften, eine neue Infrastruktur (Straßen, Schulen, etc.) und viele andere, neue Aufgaben werden die Kommunen der Region vor riesige Herausforderungen stellen, bei der sie Unterstützung benötigen. Hier sind die Partner der Entwicklungszusammenarbeit gefragt, aber auch internationale Kommunalpartnerschaften, wie z.B. Keetmanshoop mit Kleinmachnow. Diese könnten hier unterstützend wirken und ihre Erfahrungen bei der Planung großer Investitionsprojekte mit Partnern aus dem Globalen Norden teilen. Auch die Kommunalpartnerschaft von Lüderitz mit dem Ort Lüderitz in der Altmark kann hier unterstützend wirken.

Fazit

Win-Win-Win-Situationen führen nicht von allein zum dreifachen Gewinn sondern müssen mit flankierenden Maßnahmen unterstützt werden. Die angedachten positiven Aspekte können zur Industrialisierung Namibias innerhalb einer Generation, zur Dekarbonisierung des Landes und zur Beseitigung der Armut führen. Sie können aber auch zu negativen Effekten, wie zunehmende Armut, ethnische Spannungen und Zerstörung der Umwelt in der Projektregion führen. Eine industriepolitische Strategie darf trotz aller Beteuerungen „keine Bevölkerungsgruppe zurückzulassen“ und für einen „gerechten grünen Übergang zu sorgen“ zu einem Produkt

INFO BOX

Wasserstoff klingt wie ein Zauberwort, wenn es um die Energiegewinnung der Zukunft geht.

Er wird in die Farben Grün, Türkis, Blau und Grau eingeteilt. Diese Farben geben Aufschluss über die bei der Herstellung des Wasserstoffs verwendeten Energieträger und Energiequellen sowie die entsprechende Klimaneutralität:

Grüner Wasserstoff wird durch Elektrolyse von Wasser mit dem Beiprodukt Sauerstoff unter Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen. Er ist ein neues Produkt, 100% klimaneutral, für das es bisher noch keinen Markt und keine Marktpreise gibt.

Türkiser Wasserstoff wird aus der Spaltung von Methan mit dem Beiprodukt fester Kohlenstoff gewonnen; je nach Energiequelle, Förderung des Erdgases und Weiterverarbeitung des festen Kohlenstoffes können Emissionen entstehen. Er ist nicht 100% klimaneutral.

Blauer Wasserstoff wird aus der Spaltung von Methan mit Beiprodukt CO₂ gewonnen, das gespeichert und nicht ausgestoßen wird. Er gilt als überwiegend klimaneutral, die Langzeitwirkungen der CO₂-Speicherung sind aber bisher nicht ausreichend erforscht.

Grauer Wasserstoff wird mittels Spaltung fossiler Brennstoffe und Strom aus fossilen Energien gewonnen. Er gilt als 100 % klimaschädlich, ist aber bisher in der Produktion am preisgünstigsten.

eines technokratischen Top-Down-Prozesses werden.

Um die aufgezeigten Risiken zu reduzieren, sollten sich sowohl die Regierungen der beiden Länder als auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen engagieren. Die Schaffung von Transparenz in allen Projektschritten sowie der Aufbau eines Monitoring- und Beratungssystems sollten zügig begonnen werden. Für Kleinmachnow ergibt sich die Möglichkeit, den Partner Keetmanshoop in vielen Phasen beratend zu unterstützen und bei Konflikten möglicherweise als Mittler zwischen dem deutschen Partner und der namibischen Kommune tätig zu werden.

Autor

Heiner Naumann war von 2014 bis 2020 Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Namibia.

Er hat in mehreren Ländern des Südlichen Afrika die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung geleitet und setzt sich heute für die Bildung von Städtepartnerschaften zwischen deutschen und namibischen Kommunen ein.

Heiner Naumann hat Betriebswirtschaft und Wirtschaftspädagogik studiert und lebt in Kleinmachnow.

Impressum

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

wird herausgegeben vom Verbund Entwicklungspolitischer
Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB)

Tuchmacherstr. 49, 14482 Potsdam

Tel.: 0331/7048966 | Fax.: 0331/2708690 | www.venrob.de

Verantwortlich: Uwe Prüfer, pruefer@venrob.de

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber:innen wider.

Ausgabe 13 (2023) | ISBN 978-3-949887-35-2

Heike Möller (Hrsg.): Brandenburg im Kaleidoskop der Agenda 2030

VENROB kooperiert für diese Reihe mit WeltTrends e.V.

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. © VENROB e.V., Potsdam 2023

Redaktion: Heike Möller

Lektorat: Harald Melzer

Layout und Satz: Tatjana Pott

Bildnachweise: Das Cover-Bild wurde mit dem KI-Tool Adobe Firefly Pipeline generiert, Adobe Inc.

S. 3, 5, 19, 23, 25, 36: © Tatjana Pott | S. 7: © Achim Wennmann (LinkedIn) | S. 12: © IASS/Lotte Ostermann |
S. 16, 46, 50: © Vanessa Birnbaum | S. 32: © Jahsa Wiles | S. 33: © Cagintua e.V. | S. 34-35: © Simone Holzwarth |
S. 37: © United Action Women & Girls e.V. | S. 38: © BBAG e.V. | S. 39: © Uwe Berger | S. 41: © Birgit Mitawi |
S. 39: © BREBIT | S. 43: © Anja Zubrod | S. 45: © Engagement Global | S. 46-47: © Valentin Paster |
S. 48: © Lena Bunselmeyer | S. 51: © Nora Lust | S. 53-54: © Heiner Naumann

ONLINE PRINTED BY

SAXOPRINT 

Druck: SAXOPRINT GmbH, Dresden

Gedruckt auf FSC®-Papier / mit CO2-Ausgleich

Bisher erschienen

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 12 (2022)

Halbzeit für Agenda 2023!

Wo stehen wir in Brandenburg?

ISBN 978-3-949887-02-4 | 52 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 11 (2021)

Brandenburg: nachhaltig + kommunal + international

ISBN 978-3-947802-81-4 | 60 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 10 (2020)

Brandenburg: kommunal, nachhaltig, international

ISBN 978-3-947802-70-8 | 42 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 9 (2019)

Brandenburg auf dem Weg in die Zukunftsfähigkeit?

ISBN 978-3-947802-31-9 | 54 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 8 (2018)

Brandenburg – Da lässt sich was entwickeln

ISBN 978-3-947802-14-2 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 7 (2017)

Agenda 2030 in Brandenburg

ISBN 978-3-945878-72-9 | 36 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 6 (2016)

Entwicklungsland Brandenburg?

ISBN 978-3-945878-34-7 | 40 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 5 (2015)

Globales Lernen Lebenslang!

Nachhaltiges Lernen in Brandenburg aktuell

ISBN 978-3-945878-05-7 | 43 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 4 (2014)

Brandenburg goes global

Zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015

ISBN 978-3-941880-96-2 | 41 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 3 (2013)

Entwicklungspolitik – Ein zu weites Feld?

ISBN 978-3-941880-79-5 | 38 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 2 (2012)

made in Brandenburg

Die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung

ISBN 978-3-941880-53-5 | 47 Seiten

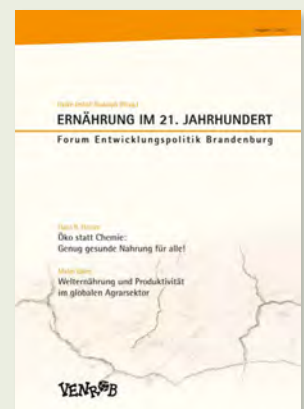
Forum Entwicklungspolitik Brandenburg 1 (2012)

Ernährung im 21. Jahrhundert

ISBN 978-3-941880-43-6 | 29 Seiten

Forum Entwicklungspolitik Brandenburg

Seit 2012 erscheint die Reihe Forum Entwicklungspolitik Brandenburg bei WeltTrends. Sie widmet sich den Fragen und Problemen der Einen Welt. In ihr werden anspruchsvolle, themenbezogene Beiträge mit politischer und wissenschaftlicher Diskussion sowie dem Praktiker austausch verknüpft. Aktuelle entwicklungspolitische Themen (auch mit Blick auf Brandenburg) werden aufgegriffen, um zu dokumentieren, was sich beidseitig der – mehr oder weniger scharfen – Trennlinie von entwicklungspolitischer Theorie und Praxis tut. *Das Forum Entwicklungspolitik Brandenburg wird herausgegeben vom VENROB e.V., dem entwicklungspolitischen Landesnetzwerk in Brandenburg. Die kostenlosen Broschüren stehen Ihnen als PDF auf der Website www.venrob.de zur Verfügung.*



Was erwartet Sie / Euch in dieser Ausgabe mit der Nummer 13 für 2023?

Ein neues Layout, zeitgemäßer und flexibler, lesefreundlich und ein Titelbild, das unter Zuhilfenahme von Künstlicher Intelligenz, kurz KI, erstellt wurde. Aber auch Letzteres passiert nicht von allein. Es bedarf einer sehr konkreten Fragestellung, einer hohen Frustrationsschwelle und einer großen Freude am Unerwarteten und hohen Anpassungsfähigkeit, um die Bilder im Kopf mit denen auf dem Bildschirm zu synchronisieren.

Die Rubrik Vermischtes, diesmal mit einem Gastbeitrag gleich zu Beginn über „Global Governance auf städtischer Ebene in Zeiten radikaler Ungewissheit“ greift die Relevanz von Kompetenzen auf, die Megacities benötigen, um ihre Systeme an die vielfältigen Problemlagen anzupassen. Globale Unternehmen in den Bereichen Technologie, Rohstoffgewinnung, Energie oder Landwirtschaft einerseits sowie die Zunahme von sozialen Bewegungen andererseits veranschaulichen die Herausbildung neuer Macht- und Einflusssphären jenseits staatlich zentrierter Strukturen. Die Gegenbewegung manifestiert sich in wiederbelebten Nationalismen, deren Auswirkungen viele Menschen zutiefst verstört und verängstigt.

Dagegen helfen Erfolge in Aushandlungsprozessen auf allen Ebenen emanzipatorischer Bemühungen, begleitet von scheinbaren Rückschlägen und finanziellen Knappheiten. Der Round Table für Entwicklungspolitik, das Promotor:innen-Programm, der Runde Tisch Bildung für Nachhaltige Entwicklung, die Nachhaltigkeitsplattform sowie zahlreiche AGs und Institutionen, die für mehr Nachhaltigkeit in den Kommunen eintreten, zeigen auf, was die kontinuierliche Arbeit der damit befassten Stakeholder im Land Brandenburg zu leisten vermag (und was nicht).

Unsere „Eine Welt“ zeichnet sich durch ein irreversibles Maß an Abhängigkeiten aus. Multiple Krisen und kriegerische Auseinandersetzungen wirken sich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten direkt oder mittelbar auch auf unser Leben aus. Es liegt an uns, dieses „Eine Leben“ so friedlich, emphatisch und nachhaltig zu gestalten wie nur irgend möglich.

